

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



5. Dezember 1981
Jg. 2 Nr. 25

G 7756 D

Preis:
2 DM



dpa. Die deutsche Stahlindustrie hob hervor, daß auch unproduktive Kapazitäten abgebaut werden müßten, um den notwendigen Strukturwandel zur Herausbildung von Industrien mit europäischen Dimensionen zu beschleunigen. Nur durch entschlossenes Handeln sei die Stagnation im großen europäischen Einigungswerk zu überwinden.



Lohnbewegung Metall: 7,5%-Forderungsgesucht: Kapitalistenwunsch oder Vorstandswille? Seite 7



GTB-Demonstration: „Mein Arbeitsplatz muß bleiben – Für ein besseres Welttextilabkommen“ Seite 8



C.G.I.L. DECIMO CONGRESSO 1981
Italien: Gewerkschaftskongresse suchen neue Wege zur Einigung der Arbeiterklasse Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,00 DM

Inhalt

<i>BRD-Europapolitik: BRD-Imperialisten starten neuen Anlauf zur „Neuordnung Europas“ unter ihrer Fuchtel</i>	Seite 3
Gesammelte Freimütigkeiten des Großeuropäischen Deutsch-Herrenordens	Seite 4
EPZ: Die kleineren EG-Länder werden außenpolitisch unter die Knute genommen	Seite 5
<i>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</i>	Seite 6
<i>Lohnbewegung Metall: 7,5%-Forderungsergüt: Kapitalistenwunsch oder Vorstandswille?</i>	Seite 7
<i>Postgewerkschaft: Gegen Gscheidles „Sparprogramm“</i>	Seite 7
<i>GTB-Demonstration: „Mein Arbeitsplatz muß bleiben — Für ein besseres Welttextilabkommen“</i>	Seite 8
<i>Bundesbahn: Manager in den Vorstand, Tarifierhöhung</i>	Seite 9
<i>Energieprogramm: Weshalb Kernkraftwerke? Einige Gesichtspunkte</i>	Seite 10
<i>Breschnew-Demonstration: CDU/CSU vereint Faschisten und Liberale</i>	Seite 11
<i>Abrüstungsverhandlungen: USA pokern um Aufrüstung, SU pokert mit</i>	Seite 12
<i>England: Reallohnverluste für Metall-Arbeiter</i>	Seite 12
<i>Westdeutsche Stahlindustrie: Rationalisieren! Entlassen! Lohnsenken! — Die IG Metall vor schweren Aufgaben im Kampf gegen einen brutalen Gegner</i>	Seite 13
Entlassungen in der BRD-Stahlindustrie	Seite 14
„Aktionsprogramm Ruhrgebiet“ der NRW-Landesregierung: „Hilfe zur Selbsthilfe“	Seite 16
Lohnstandard der Stahlarbeiter in der EG 1973 – 1980	Seite 17
<i>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</i>	Seite 18
<i>HBV: Mehrwöchiger Streik im Duden-Verlag um Haustarifvertrag</i>	Seite 19
<i>Siemens: Schrumpfen, um zu expandieren</i>	Seite 19
<i>Bayerischer Staatshaushalt: Haushalt der „absoluten Solidität“</i>	Seite 20
<i>Teststrecke Boxberg: Für Daimler-Benz und Regierung weiterhin von „landespolitischem Interesse“</i>	Seite 20
<i>Studenten: Aktionen gegen Überlastprogramm</i>	Seite 21
<i>Jugend: Mit „Heimen der offenen Tür“ gegen selbstverwaltete Jugendzentren</i>	Seite 22

Jugendfreizeitstätten und die Forderungen der Jugendlichen dazu	Seite 22
<i>Lehrerreferendare: Gegen die Sparmaßnahmen des Bremer Senats</i>	Seite 23
<i>Fritz Werner: Rationalisierung in Konstruktionsbüros</i>	Seite 23
<i>IG Druck und Papier: Neue Lohnstruktur wird angestrebt</i>	Seite 24
<i>Verfassungsschutz: Prozeß gegen Opel-Betriebsrat</i>	Seite 24
<i>Gewerkschaftliche Kulturarbeit: Die DGB-Kulturinitiative Frankfurt — mit Satire, Klamauk und Selbstironie gegen die Reaktion</i>	Seite 25
Szenen zum Antikriegstag: Raketen sind süß, Bolschewismus ist bitter; Hitlers Anhörung für den öffentlichen Dienst	Seite 27
<i>Internationale Nachrichten</i>	Seite 28
<i>DDR: Gewerkschaftswahlen 1981/82: „Erfolgreiche Arbeiterpolitik“?</i>	Seite 29
<i>Namibia: Imperialisten fordern Garantie ihres Besitzes</i>	Seite 29
<i>Tschad: OAU-Friedensinitiative unter US-Kriegsdruck</i>	Seite 30
<i>Kanadische Verfassung: Teilerfolg der Indianer und Inuit</i>	Seite 30
<i>USA: Angriff auf Wahlrecht der Minderheiten</i>	Seite 31
<i>Eurokommunismus: PCE gegen vereinigte baskische Linkspartei</i>	Seite 31
<i>Italien: Gewerkschaftskongresse suchen neue Wege zur Einigung der Arbeiterklasse</i>	Seite 32
Aus Dokumenten der Gewerkschaftskongresse	Seite 32
<i>Aus Kultur und Wissenschaft</i>	Seite 34
<i>Wahl der Waffen: Filmische Diskussion über Gangstermethoden und das Gute des Gewaltverzichts</i>	Seite 34
Helden braucht für den „starken Staat“	Seite 34
„Super“-Mensch schafft Ordnung	Seite 34
Wie Frau Fischer die „wilde Jugend“ zähmt	Seite 35
<i>Heilkräuter: Zurück zur Natur oder Kostendämpfung</i>	Seite 35
<i>Grüne: Schwarm von Glaube, Hoffnung und Wärme</i>	Seite 36
„Madame“, „Vogue“ u.a.: Zeitschriften für das „Vergnügen an den schönen Dingen“	Seite 37
Lohn drift metallverarbeitende Industrie von 80 auf 81	Seite 38

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3 – 12): Christiane Schneider; für Spezialberichte (S. 13 – 17) Rüdiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional (S. 18 – 27): Günter Baumann; für Auslandsberichterstattung (S. 28 – 33): Ulrich Grothus; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34 – 37): Angela Lux; für Sozialstatistik (S. 38/39): Wolfgang Müller. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.

BRD-Imperialisten starten neuen Anlauf zur „Neuordnung Europas“ unter ihrer Fuchtel

Zwar sei auf dem Gipfeltreffen der EG-Regierungschefs am 26./27.11. in London in keiner Frage eine Einigung zustande gekommen. Dennoch: Von einem „regelrechten Fehlschlag“ könne keine Rede sein. So verlautete Ende letzter Woche aus Kreisen der BRD-Delegation in London. Die Regierungschefs hätten beschlossen, daß die Außenminister noch vor Weihnachten erneut zusammentreffen sollen, um die nötigen „Reformen“ der EG zu beraten.

Welche „Reformen“? Tatsache ist: Weder beim Streit um die „Reform“ der EG-Agrarpolitik noch beim „Stahlkrach“ (siehe S. 13ff.) haben sich die BRD-Imperialisten bis jetzt durchsetzen können. Hinzu kommt der Krach um die Beiträge zum EG-Haushalt. Die Bundesregierung hat ausrechnen lassen, daß sie 1982 einziger „Nettozahler“ an die EG sein werde, mit einem Nettobetrag von angeblich 5 Mrd. DM. Jetzt droht sie, ihre Zahlungen notfalls einseitig zu kürzen. Die EG-Kommission *mußte* dann, gegen den Willen Frankreichs, aber auch Irlands, Dänemarks, Griechenlands usw., rabiat die Agrarausgaben senken. Die BRD würde diese Staaten durch wirtschaftliche Erpressung geschwächt haben. Aber die BRD-Imperialisten haben noch viel Weitergehendes vor.

Keines der imperialistischen EG-Mitglieder kann es sich heute noch leisten, ohne Gefahr des sofortigen Verlusts seiner wichtigsten Absatzmärkte aus der EG auszuschneiden. In der EG aber sind die BRD-Imperialisten wirtschaftlich heute mit Abstand die stärkste Macht. Durch „vorbildliche“ Ausbeutung ihrer Arbeiter konnten sie seit 1973 ihre Exporte in die anderen EG-Staaten von 85,9 Mrd. DM auf 181,7 Mrd. DM (1981, geschätzt aufgrund der Angaben bis September, d. Red.) mehr als verdoppeln, ihren Exportüberschuß von 9,2 Mrd. DM auf 10,5 Mrd. DM ausbauen. Heute sind die BRD-Bourgeois mit 21% an den Einfuhren Belgiens beteiligt, mit 29% an denen der Niederlande, an denen Frankreichs mit 18%, Dänemarks mit 20%, Griechenlands mit 19%, Italiens mit 19%. Zur Festigung ihrer Stellung als führende Handelsmacht in der EG und zur Steigerung ihres Anteils an der Ausbeutung der Arbeiter in der EG exportierten die BRD-Bourgeois bisher 24,2 Mrd. DM Kapital in andere EG-Staaten und sind damit auch führender

Kapitalexporteur unter den EG-Staaten. Diese wirtschaftliche Vorherrschaft wollen die BRD-Imperialisten jetzt zum Aufbau eines umfassenden politischen Einmischungsinstrumentariums gegen die anderen EG-Staaten und zur Festigung ihrer Stellung auch außerhalb der EG ausbauen.

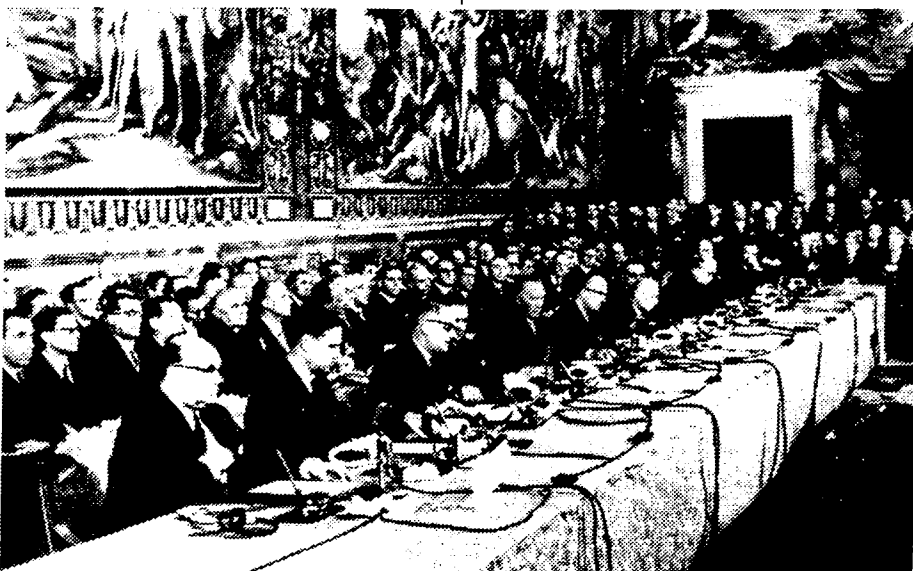
Anfang Oktober hat die Bundesregierung zu diesem Zweck in einer Klausurtagung ihre „Europapolitik“ beraten. Das Ergebnis ist ein Vorschlag für eine „europäische Akte“, für den Genscher die italienische Regierung bereits „gewonnen“ hat und den er jetzt den anderen Regierungen zuleitete. Ziel ist die „Umwandlung“ der EG in eine „Europäische Union“. Über den Wortlaut der „europäischen Akte“ hüllt sich die Bundesregierung in Schweigen. Sie will im Trüben der Geheimdiplomatie fischen.

Am 19. 11. hat Genscher jedoch in einer „Grundsatzrede“ vor dem Europäischen Parlament die Ziele der Bun-

striellen Hauptkonkurrenten USA und Japan betrug das Defizit 45 bzw. 20 Mrd. DM ... Die Handlungsfähigkeit Europas nach außen macht es notwendig, die Außenpolitik ... und die Außenwirtschaftspolitik ... zu einer kohärenten und umfassenden europäischen Politik zu integrieren.“

Sodann müsse die „europäische Zusammenarbeit“ auf „sicherheitspolitische Fragen“ ausgedehnt werden: „Die Stimme Europas muß gerade in diesen Tagen deutlicher zu hören sein. Wir sind uns bewußt, daß wir gerade hierbei mit Umsicht vorgehen müssen. Aber die Einbeziehung der politischen und wirtschaftlichen Dimensionen europäischer Sicherheit in die werdende gemeinsame Außenpolitik halten wir für unverzichtbar. Dazu gehören:

- die gemeinsame Analyse weltweiter und regionaler Gefahren für die Sicherheit der Gemeinschaft
- die Entwicklung aktiver globaler Politiken der Zehn, die solchen Gefah-



1957: Unterzeichnung der „Römischen Verträge“ zur Bildung von EWG und Euratom. Die Bundesregierung heute über die „Vorteile Europas“: „Supermarkt für 260 Mio. Menschen. Heute bilden die Länder der Gemeinschaft einen der größten Binnenmärkte der Erde.“ Und: „Europa ist bei weitem die größte Handelsmacht der Welt.“

desregierung durchblicken lassen. Als erstes müßten alle Instrumente der EG für eine Verschärfung des Handelskrieges gestrafft werden. Das dient insbesondere den BRD-Imperialisten, die mit Abstand die meisten Waren außerhalb der EG absetzen. Genscher aber propagiert dies als „europäisches Interesse“: „Im Außenhandel hatte die Gemeinschaft 1980 ein Defizit von fast 120 Mrd. DM. Gegenüber den indu-

ren entgegenwirken und dabei auch die wirtschaftliche Sicherheit der Gemeinschaft und ihre Versorgung mit Energie und Rohstoffen gewährleisten helfen

- die Verbesserung der Fähigkeit der Zehn, in Abstimmung mit anderen auf Krisen in der Welt dem gemeinsamen Interesse entsprechend zu reagieren.“

Auf deutsch: Aufbau eines umfassenden Interventionsinstrumentariums

Gesammelte Freimütigkeiten des Groß-europäischen Deutsch-Herrenordens

Goebbels, Tagebuchnotiz vom 8.5.1943: „Aus alledem aber hat der Führer die Konsequenz gezogen, daß das Kleinstaatengerümpel, das heute noch in Europa vorhanden ist, so schnell wie möglich liquidiert werden muß. Es muß das Ziel unseres Kampfes bleiben, ein einheitliches Europa zu schaffen. Europa kann aber eine klare Organisation nur durch die Deutschen erfahren“ (1)

v. Ribbentrop, Richtlinien für die Arbeit des Europa-Ausschusses, 5.4.1943: „Hauptaufgabe des Ausschusses ist ... die Vorbereitung von Unterlagen für die bei Kriegsende zu treffenden Regelungen der europäischen Neuordnung ... Die Sicherung (der großdeutschen) ... Vormachtstellung ist ... als Kern der künftigen Neuordnung anzusehen ...“ (2)

Entwurf einer Denkschrift des Auswärtigen Amtes (v. Ribbentrop) über die Schaffung eines „Europäischen Staatenbundes“, 9.9.1943: „Ein in sich zerspaltenes Europa ist ... zu schwach, um sich in der Welt

in seiner Eigenart und Eigenkraft zu behaupten und sich den Frieden zu erhalten ... Nicht auf der gezwungenen oder geforderten Unterordnung der einen europäischen Macht unter die andere, sondern auf ihrer Einigkeit beruht die Kraft und Sicherheit Europas ... Andererseits würde die europäische Macht, die nicht bereit ist, ihre Politik den europäischen Notwendigkeiten anzupassen, sich außerhalb der europäischen Gemeinschaft stellen ...

Die Zeit der europäischen Binnenkriege muß beendet werden ... Es kommt ... darauf an, in allen Europa gemeinsam interessierenden Fragen eine einheitliche Grundhaltung ... gegenüber den außereuropäischen Staaten herbeizuführen ... Ohne Beseitigung der bolschewistischen Gefahr kann es für Europa keine Sicherheit und keinen Frieden geben ... Es muß der Grundsatz gelten, daß einem Angriff auf Europa die solidarische Abwehr der europäischen Völker entgegengesetzt wird. Die militärischen Kräfte der europäischen Völker sind insofern als eine Ein-

heit anzusehen und aufeinander auszurichten ...“ (3)

Adenauer, Bundestag, 9.7.1952: „Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ... dient bei weitem, in erster Linie und in der Hauptsache dem ... Zweck der Befriedung Europas. Er ist ein Instrument des Friedens von denkbar größter Bedeutung“ (4).

Kiesinger, Bundestag, 4.12.1952: „Ja, meine Damen und Herren, haben wir hier nicht von allem Anfang an und immer wieder erklärt, daß diese Europäische Verteidigungsgemeinschaft ... deswegen (geschlossen worden ist), weil wir in Europa reinen Tisch machen wollen und auch die unter uns, die einmal virtuell (d.h. möglicherweise, d. Red.) Angreifer sein könnten, zusammenführen wollten zu einem Frieden? Haben wir nicht immer wieder erklärt, daß wir dieses Europa auch geschaffen hätten ohne die Bedrohung von Osten und daß diese Bedrohung ... diese unsere Arbeit nur beschleunigen kann?“ (5)

Strauß, Mai 1964, wiedergegeben von H. Bohle in „Europa – Weltmacht auf der Startrampe“, Bonn

der EG gegen fremde Staaten, faktisch unter Kontrolle vor allem der BRD, die bei allen Entscheidungen ihre wirtschaftlichen Pressionshebel gegen die anderen EG-Staaten einsetzen kann. Die beschlossene Beteiligung britischer, niederländischer, französischer und italienischer Truppen an der Sinai-„Friedenstruppe“ ist das jüngste Beispiel.

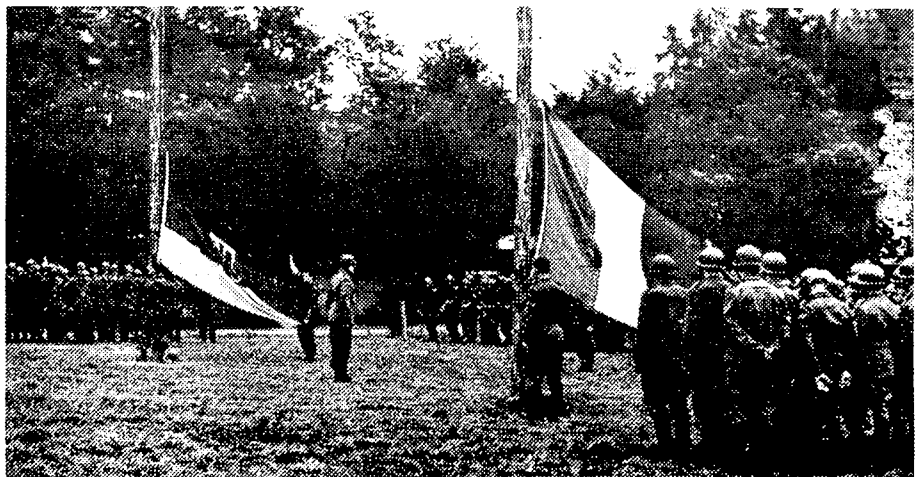
Damit die EG allgemein „handlungsfähiger“ wird, insbesondere nach dem Beitritt Portugals und Spaniens, soll sodann das Einstimmigkeitsprinzip für Entscheidungen der EG-Ministerräte aufgehoben werden. Genscher: „Wir plädieren insbesondere dafür, in den Ministerräten die von den Verträgen vorgesehene Mehrheitsentscheidung ... zur Regel und die Berufung auf ‚vitale Interessen‘ (mit der formal jedes Mitglied sein Veto gegen Entscheidungen der EG einlegen kann, d. Red.) zur Ausnahme zu machen.“ Damit hätten die BRD-Imperialisten sich in jeder sie interessierenden Frage, sei es die „Sanierung“ der belgischen Stahl- oder Textilindustrie, sei es die Beseitigung der Preisindexierung der Löhne in Belgien, Italien usw., einen Hebel geschaffen, um mit wirtschaftlichem Druck „Mehrheiten“ zurechtzuzimmern und sich in innere Angelegenheiten ihrer „EG-Partner“ einzumischen.

Dieser „europäische Einigungsprozeß“ soll abgerundet werden durch

weitere Vorwände für die BRD-Imperialisten, sich als „Ordnungsmacht“ aufzuspielen. Genscher: „Der dritte Bereich, die Harmonisierung ... weiterer Bereiche der Gesetzgebung ... soll das gemeinsame Rechtsbewußtsein stärken. Dieser justizpolitischen Zusammenarbeit im Rat der Justizminister (den es bisher nicht gibt, d. Red.) kommt wegen der gemeinschaftsbildenden Kraft eines einheitlichen europäischen Rechtsraums eine besondere Bedeutung zu. Als vierten Bereich ... nenne ich schließlich eine europäische Zusammenarbeit in Fragen der inneren

Sicherheit und insbesondere des ... Terrorismus.“

Wär das nichts: Rebmann als „Europäischer Generalstaatsanwalt“, BKA, GSG 9 und Konsorten auf „europäischem Großeinsatz“? Todeschuß- und Kontaktsperregesetz als Bestandteile des „gemeinschaftsbildenden Rechtsraums“? Wehe den irischen und baskischen Freiheitskämpfern! Und wehe besonders den westdeutschen Arbeitern, wenn die BRD-Imperialisten sich so zum Polizeidegen in ganz Westeuropa aufschwingen!



Deutsch-französischer „Truppentausch“: Eine Panzergrenadier-Kompanie im August 1963 bei den Chausseurs Portés in Saarbürg. 1954 scheiterte der westdeutsche Plan der Bildung einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“. Jetzt nehmen die BRD-Imperialisten einen neuen Anlauf.

1972: „... und ich entsinne mich daran, wie mir Strauß in einer langen Unterhaltung Ende Mai 1964 in Paris einmal sinngemäß sagte: Die Wiedervereinigung der Deutschen sei untrennbar von der Neuordnung ganz Europas, insbesondere Osteuropas.“

Scheel, anlässlich der Entgegennahme des „Internationalen Karlspreises“ (in Erinnerung an Karl den Großen, d. Red.); Aachen, 19.5.1977:

„Uns Deutsche drängte es nach dem Krieg nach Europa; wir hofften wohl in Europa ein neues Vaterland zu finden ... Doch man kann seiner Nation nicht entfliehen, und man soll es nicht ... Wir Deutschen wollen heute Europa nicht mehr als ein Ersatzvaterland. Wir wollen wieder bei uns, bei der deutschen Nation, zu Hause sein. Doch ich stelle ganz entschieden in Frage, daß die deutsche Nation nur in der Form des Nationalstaates sich entfalten könnte“ (6).

(1) Europastrategien des deutschen Kapitals, Dok., Köln 1977, S. 943; (2) dto., S. 955; (3) dto., S. 957-966; (4) Stenographische Berichte des Deutschen Bundestags, 1952, S. 9792; (5) dto., S. 11374; (6) „Wir müssen Europa jetzt bauen“, in: W. Scheel, Die Zukunft der Freiheit, Frankfurt 1981, S. 88.

Schließlich brauche dieser „europäische Rechtsraum“, der bis 1984 durch eine „EG-Verfassung“ nach westdeutschem Muster abgerundet werden soll, eine wirtschaftliche Untermauerung, genauer, so Genscher, einen „funktionsfähigen Binnenmarkt, ... engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik, Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems und Vollendung der Süderweiterung“ sowie die „Schaffung von Industrien mit europäischen Dimensionen“. Unter BRD-Kommando, versteht sich!

Auf dem Londoner EG-Gipfel sollen die Pläne der BRD „zurückhaltend“ aufgenommen worden sein, heißt es in der bürgerlichen Presse. Was Wunder: die „Europäische Union“ à la Genscher wäre ein Völkergefängnis, in dem die BRD als wirtschaftlich vorherrschende Macht politische Interventionsvorwände und -hebel genug hätte. Auch das Angebot „gemeinsamer“ Handelskriege gegen andere Staaten, „gemeinsamer Interventionen“ gegen fremde Staaten und einer „gemeinsamen“ Versicherung gegen die Revolution und die Arbeiterklasse in den eigenen Ländern kann das nicht versüßen. Mag sein, daß die BRD in den nächsten Monaten offiziell nur sehr langsam mit ihrem Vorschlag vorankommt. Aber man kann sicher sein, daß sie hinter der Fassade der EG-Geheimdiplomatie mit allen möglichen Erpressungen vorgehen wird.

EPZ: Die kleineren EG-Länder werden außenpolitisch unter die Knute genommen

Ende der 60er Jahre hatten die führenden imperialistischen Mächte in der EG, die BRD und Frankreich, bereits Erhebliches erreicht bei der ökonomischen Durchdringung der Länder des „Gemeinsamen Marktes“. Um so mißlicher erschien ihnen, daß sie ihr Gewicht in der EG nicht als das Gewicht eines „geeinten Europas“ in der Welt zur Geltung bringen konnten. „Europa“, wie sie den Zusammenschluß einiger westeuropäischer Länder in Bekundung ihrer weitreichenden Ansprüche nennen, sprach nicht mit einer, sondern mit damals sechs Stimmen und hatte folglich trotz allen Ehrgeizes wenig zu sagen. 1970 riefen auf westdeutsch-französische Initiative die Staats- und Regierungschefs der EG die „Europäisch Politische Zusammenarbeit“ (EPZ) ins Leben, um „einem geeinten Europa den Weg zu bahnen, das seine Verantwortung in der Welt von morgen übernehmen und den Beitrag leisten kann, der seiner Tradition und Aufgabe entspricht“, so das Kommuniqué.

Fortan trafen sich die Außenminister sechsmal jährlich im Rahmen der EPZ, um ihre „Standpunkte zu harmonisieren“ und „ein gemeinsames Vorgehen“ festzulegen. Außer gelegentlichen Kommuniqués wird über Verlauf und Inhalt dieser Treffen praktisch nichts bekannt. Die niederländischen Vertreter zogen einmal höchste westdeutsche Empörung auf sich, als sie vorschlugen, die Verfahrenspraktiken der EPZ einer Kontrolle durch die nationalen Parlamente zu unterziehen. Dies sei, hielt man ihnen entgegen, ein fürwahr „unmögliches Unterfangen, als dadurch einseitig der Inhalt vertraulicher multilateraler Diskussionen offengelegt werden würde“. (D. Allen, Europäische Politische Zusammenarbeit).

Was aber haben die Außenminister zu verbergen? Laut gemeinsamer Erklärung vom 12.12.1974 erstreckt sich die EPZ auf „alle Bereiche der internationalen Politik, die die Interessen der Europäischen Gemeinschaft berühren“. Und eines machen die vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung zusammengestellten Dokumente der EPZ auf jeden Fall klar: Die Interessen der Europäischen Gemeinschaft sind überall auf der Welt „berührt“. Den ersten Schwerpunkt – Schwerpunkt bis heute – bildete der Nahe Osten: Inzwischen ist die EG, vertreten durch vier Mitgliedsstaaten, auf dem

besten Wege, Truppen nach Sinai zu entsenden. Ein weiterer Schwerpunkt war bzw. ist, gemessen an der Zahl der Kommuniqués, das südliche Afrika: Über die EG und die EPZ partizipieren gerade auch die westdeutschen Imperialisten an dem politischen Ein-



„Europa“ als politischer (Garten-)Zwerg – aus der Propaganda der Bundesregierung

fluß, über den Großbritannien als ehemalige Kolonialmacht nach wie vor verfügt. Auch die UNO, wo man „in gewisser Weise auch den zunehmend koordinierten Angriffen der Dritten Welt begegnen mußte“ (Allen), wurde zu einem wichtigen Feld „Europäisch Politischer Zusammenarbeit“. 1972 stimmten die Mitgliedsländer der EG noch in mehr als der Hälfte aller Fälle unterschiedlich ab, 1973 schon in 60% und 1974 in 77% aller Fälle einheitlich.

Gerade die kleineren EG-Mitgliedsländer aber neigen in vielen außenpolitischen Fragen zu anderer Haltung als die die EG beherrschenden imperialistischen Mächte, sei es, weil ihre Interessen denen der Dritten Welt näherstehen, wie im Fall Irlands oder jetzt auch Griechenlands, sei es, daß sie mit den Ländern der Dritten Welt nicht frontal zusammenstoßen möchten, um ihren schwächeren Einfluß nicht ganz zu verspielen, wie im Fall z.B. Dänemarks. Wie immer, die kleineren Mitgliedsländer werden im Rahmen der EPZ auch außenpolitisch unter die Knute genommen. Daß die führenden Mächte dabei alle Register des Drucks und der Erpressung ziehen, steht fest. Daß ihre Methoden das Licht der Öffentlichkeit und selbst der Parlamente scheuen, auch.

Demonstration gegen Ausländererlaß

Am Samstag, dem 28. November, demonstrierten 20000 in Westberlin gegen den Ausländererlaß des Senats. Die Demonstration wurde von zahlreichen Organisationen unterstützt. Vor allem ausländische Arbeiter beteiligten sich an der Demonstration. Innensenator Lummer will die Zuwanderung von Ausländern erheblich einschränken. Die Bundesregierung hat am 11.11. Grundsätze zur „Eindämmung“ des Ausländerzustroms beschlossen (vergl. letzte Ausgabe, S. 6). Lummer hat mit seinem Erlaß vom 20.11., noch früher als andere Landesregierungen in Westdeutschland, die „Grundsätze“ angewandt. 240000 Ausländer leben heute in Westberlin, 12% der gesamten Bevölkerung. Zwischen 1965 und 1979 sind insgesamt 880800 Ausländer zugereist und 620420 ausgewiesen worden.

Die Kapitalisten in Westberlin haben eine große Zahl ausländischer Arbeitskräfte zu niedrigen Löhnen ausgebeutet. Die sozialen Bedingungen sind katastrophal. Der Westberliner Senat gibt offen zu, daß der Schulunterricht für ausländische Jugendliche nicht gewährleistet ist. Jetzt, wo die Arbeitslosigkeit steigt und die Kapitalisten Kapital z.B. in die Türkei bringen und dort Fabriken errichten, werden die Einreisen drastisch verschärft. Die Alternative Liste fordert die Rücknahme des Ausländererlasses. Abschiebungen von ausländischen Jugendlichen hat der Senat bis zur parlamentarischen Beratung ausgesetzt. Arbeitsminister Ehrenberg beabsichtigt, über die Festlegung der bisherigen Zwangsregulierungen hinauszugehen. Es sollen sogar nur Kinder bis zum 14. Lebensjahr einreisen dürfen. Damit sollen

noch einmal die Einreisemöglichkeiten für ausländische Jugendliche um zwei Jahre gekürzt werden, nachdem sie bereits vor einigen Wochen um zwei Jahre auf das 16. Lebensjahr heruntergesetzt wurden. Nach Ehrenbergs Vorstellungen sollen Ausländer, die in Ausbildung stehen, ihre Familie, und Ausländer, die im Ausland heiraten, ihren Ehepartner nicht mehr in der BRD nachholen dürfen.



Anerkennung d. DDR-Staatsbürgerschaft!

Voraussichtlich am 14./15.12. wird Schmidt sich in der DDR mit dem Staatsratsvorsitzenden Honecker treffen. Er hat dabei nicht vor, der berechtigten Forderung nach Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft nachzukommen.

Mit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags zwischen der BRD und der DDR 1972 hatte die BRD zu Protokoll gegeben: „Staatsangehörigkeitsfragen sind durch den Vertrag nicht geregelt worden.“ Tatsächlich hält die westdeutsche Bourgeoisie seit eh und je daran fest, daß es für sie in der BRD, in Westberlin und in der DDR nur eine Staatsangehörigkeit gibt: die „deutsche“. Ganz abgesehen davon, daß sie damit ihren Anspruch auf „Deutschland in den Grenzen von 1937“ bekräftigt, daß sie damit auch die „besonderen Beziehungen“ zu Westberlin bekräftigt — die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft würde unweigerlich die Frage einer Westberliner Staatsbürgerschaft und damit des Westberliner Status aufwerfen — bietet ihr die „deutsche Staatsangehörigkeit“ handfeste Einmischungsmöglichkeiten in die Angelegenheiten der DDR.

Keine der nach dem 2. Weltkrieg gegründeten Volksdemokratien in Osteuropa hatte so hohe Verluste an Arbeitskräften wie die DDR. Die westdeutsche Bourgeoisie warb Hunderttausende ab, gab ihnen mit der „deutschen Staatsbürgerschaft“ quasi eine Rechtsschutzversicherung gegen Strafverfolgung durch die DDR bei Verletzung von DDR-Gesetzen. Die Möglichkeit, sich ohne Furcht vor Auslieferung abzusetzen, förderte ebenso die Tätigkeit von Konterrevolutionären in der DDR. Bis heute ermunert die BRD-Bourgeoisie Aktivitäten gegen die DDR-Gesetze, indem sie „politischen Häftlingen“ als eben „deutschen Staatsbürgern“ den „Freikauf“ verspricht. Weiterhin unterhält sie in Salzgitter eine „Erfassungsstelle für Unrecht drüben“ (Barzel), bei der DDR-Bürger — als „Deutsche“ — „ihr Recht suchen“ können und bei der nach westdeutschen Gesetzen Strafverfolgungsgründe gegen DDR- und SED-Funktionäre gesammelt werden — für den „Wiedervereinigungsfall“.

Im Beförderungsstau: der Zeit-/Berufssoldat

Der Verteidigungsausschuß hat den Bundeswehretat gekürzt, die Union hat dabei positiv mitgestimmt. Wie das? Der große Brocken der Kürzung ergab sich durch die devisenmäßig verbesserte DM-Stellung, da hat sich sachlich also nichts geändert. Trotzdem gab's im Bundestag eine brünstige Debatte wegen zu wenig Geld für die Armee. Aus der Debatte läßt sich ein interessantes Problem rückschließen. Ein Großteil der Zeit- und Berufssoldaten steckt angeblich im „Beförderungsstau“, v.a.: Hauptleute, Oberleutnants, Oberfeldwebel. Keineswegs also eindeutige Eingangsdienstgrade wie etwa Fähnriche, Leutnants, Unteroffiziere, sondern Besoldungsgruppen, die im öffentlichen Dienst hoch belegt sind und als gut gelten. Woher stammt die Idee vom „Stau“? Die Zeit- und Berufssoldatenbesoldung ist an die Beamtenbesoldung gebunden. Der öffentliche Dienstherr plant bekanntlich Lohnkürzungen. Die Soldaten werden mitgetroffen. Im öffentlichen Dienst plant man zu streiken. Was werden sich die Zeit- und Berufssoldaten denken? Zumal die öffentliche Meinung die Idiotenidee vom Opfergang für vaterländische

Zwecke nicht gerade fördert? Die Dienst- & Einsatzfreude wird abnehmen. Konkret kann dagegen etwas unternommen werden, indem die Lohnsenkung durch raschere Beförderung ausgeglichen wird. Hier tut sich dann das Problem mit dem Beförderungsstau auf. Ein weiteres Moment ist: In die Berufssoldatenlaufbahn lockt man die Leute ohnehin mit Laufbahnversprechen, man winkt mit dem Marschallstab, der in jedem Tornister verborgen immer noch steckt. Prinzipiell kann jeder in der Armee durch interne und bezahlte Lehrgänge alles werden. Praktisch wird sich in den nächsten Jahren der Marschallstab im Tornister als Kürzungsknüttel entpuppen, den man auf weiter unten gelegenen rückwärtigen Körperteilen der Zeit- und Berufssoldaten tanzen läßt.

Belgien: Kein Arbeitslosengeld?

Die neue belgische Regierung ist noch gar nicht gebildet, da startet die Finanzbourgeoisie bereits mit dem Personal der alten Regierung einen schweren Angriff auf die Arbeiter. Ende letzter Woche meldete der noch amtierende Arbeitsminister de Wulf, die Arbeitslosenkasse sei leer. Wenn das

neue Parlament nicht umgehend allein bis Jahresende Zusatzkredite in Höhe von 10,6 Mrd. bfr bewilligt (ca. 640 Mio. DM), dann müsse die Arbeitslosenversicherung ihre Zahlungen an die 410000 registrierten Arbeitslosen (Arbeitslosenrate: 9,9%) einstellen. Die Bourgeoisie frohlockte. Jahrelang haben die belgischen Bourgeois die Versicherungskassen geplündert. Jetzt bietet sich ihnen die Gelegenheit, mit Verweis auf die leeren Kassen die Arbeitslosengeldzahlungen rabiat zu senken und ihr Gebüll nach „Kostensenkung“ durch äußerst wuchtigen Druck auf die noch beschäftigten Lohnabhängigen zu untermauern. Schon vor einem Jahr hatte zum Beispiel die Christdemokratische Partei, vermutlich bald mit den Liberalen in der neuen Regierung, den „Sanierungs“-Vorschlag entwickelt, alle verheirateten Frauen, deren Mann noch beschäftigt ist, aus der Arbeitslosenversicherung herauszuwerfen. Wäre das nicht die Gelegenheit jetzt? Das neugewählte Parlament hat dem Arbeitsminister erst mal gar nichts bewilligt. Dafür stellte der Finanzminister 2,4 Mrd. bfr zur Verfügung. Das reicht, um bis Anfang Dezember Arbeitslosengeld auszuzahlen. Dann kann die zu bildende neue Regierung ans „Sanieren“ schreiten.

Lohnbewegung Metall

7,5%-Forderungsgerücht: Kapitalistenwunsch oder Vorstandswille?

Das Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute wurde von der bürgerlichen Presse zurückhaltend behandelt. Die Integrationskraft der Einrichtung hat gelitten, seit im Oktober der den Gewerkschaften nahestehende Gutachter Glastetter zurückgetreten ist. Dennoch wird in den kommenden Monaten als arbeiterfeindliche Polemik in die öffentliche Meinung einfließen, was im Gutachten an wirtschaftlichen Sachzwängen aufgeschrieben steht. Das Gutachten läuft nämlich auf die streng wissenschaftliche Begründung hinaus, daß entweder das BRD-Kapital sich Kostenvorteile gegenüber dem Ausland

können, ist den Wirtschaftsspezialisten keine Zeile wert, obwohl dies Problem einen wirklich umfangreichen Teil des gesamtwirtschaftlichen Geschehens umfaßt. Aber da zuerst die Lebensfreude und die Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeiterbevölkerung berührt werden, sodann die Leistungskraft und der gesundheitliche Standard und sodann die Lebenszeit, beeinträchtigen entsprechende Minderungen den Marsch zu höheren Profiten nicht, sondern sind eher die Steigeisen, welche die Kapitalisten beim Marsch zu den fernen Profitgipfeln in den Rücken der Lohnabhängigen treiben.



DGB-Demonstration am 7.11. in Stuttgart gegen die Kürzungsbeschlüsse der Bundesregierung

verschaffen könne, oder man könne für gar nichts mehr garantieren. Die Kosten der Unternehmen sollen gesenkt werden durch Rationalisierung, dabei würde der Spareffekt in der Gesamtlohnsumme auftreten, weil entlassen werden könnte. Die Kosten sollen weiter gesenkt werden durch Absenken des pro Person verdienten Lohnes, wodurch die Lohnkosten pro Beschäftigtenstunde gesenkt werden könnten. Die Kosten sollen ferner gesenkt werden durch Haushaltskürzungen und Kürzungen der Leistungsverpflichtungen der Sozialversicherungen, da dies letzten Endes vermittelt über Steuern, Arbeitgeberbeiträge und Lohnnebenkosten zu einer Entlastung der Unternehmen führen würde, soll heißen zum Wiederanstieg der Profite.

Das Problem, wie die Lohnabhängigen ihre Haushaltskosten bei sinkenden Einkommen bestreiten sollen und

Matte Sorge allerdings tut sich im Gutachten auf, daß die soziale Stabilität über all dies zu Bruch gehen könne. Hans Janßen von der IG Metall will jedenfalls daran nicht schuldig werden. Er tat nach der jüngsten Vorstandstagung der IG Metall Auskünfte an die Presse, die das „Handelsblatt“ zu folgenden Bemerkungen inspirierten:

„Wie vom Handelsblatt bereits gemeldet, werden in der Tarfbewegung 1982 von der IG Metall nur Forderungen nach Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen gestellt werden.

Wie man zusätzlich dazu erfährt, empfiehlt der Vorstand eine Forderung von 7,5 Prozent. Er ist zwar durch einen Beschluß des Gewerkschaftstages gehalten, solche Forderungsempfehlungen an die Tarifkommissionen nicht öffentlich bekanntzugeben.

Doch ist dem Vorstand die Indiskretion, daß er intern 7,5% empfehlen wird, sicherlich nicht unwillkommen, möchte er doch auch die Drohung annähernd zweistelliger Forderungen, die schon in einigen Betrieben genannt wurden, vermeiden.“

Wenn da nicht eine Richtigstellung erfolgt, dann muß man annehmen, daß der Vorstand der IG Metall Abschlüsse mit ungefähr 5% für gut halten würde und auch anpeilt. Selbst die Wirtschaftsinstitute rechnen für 1982 mit einer Inflation von 5,5% im Jahresdurchschnitt, wenngleich sie behaupten, die Rate gegenüber Vorjahresmonat würde bis zum Jahresende 1981 auf 4% zu liegen kommen. 5%-Abschlüsse jedenfalls (und 7,5%-Forderungen würden darauf hinzielen) würden nicht einmal eine Minderung der Fallgeschwindigkeit der Löhne von 80 auf 81 beinhalten.

Zu dieser traurigen Nachricht aus dem Frankfurter Hauptquartier der IG Metall passen die Äußerungen, die Janßen, nach der Haltung der IG Metall zu den Kürzungsbeschlüssen der Bundesregierung gefragt, tat. Er stritt im wesentlichen ab, daß die IG Metall hierzu überhaupt eine Position habe. Wozu eigentlich haben vor vier Wochen in Stuttgart etwa 70000 demonstriert, und zwar auch gerade auf Aufruf der IG Metall hin? Es scheint, als wolle der Vorstand an zwei Fronten gleichzeitig flüchten. In der Tarfbewegung steht der Lohnstandard des einzelnen beschäftigten Arbeiters oder Angestellten zur Debatte. Selbst wenn der Lohnstandard verteidigt würde, und dazu müßten mehr als 7,5% und für die niedrigeren Lohneinkommen noch mehr gefordert werden, würde der Lebensstandard nicht sicher sein. Der leidet nämlich unter rückläufiger Beschäftigung und durch die Kürzungsmaßnahmen der Bundesregierung zusätzlich. Kaum glaublich, daß die Tarifkommissionen so schlechte Beschlüsse fassen werden.

Postgewerkschaft Gegen Gscheidles „Sparprogramm“

Postminister Gscheidle hat am 20.11. in Absprache mit Finanzminister Matthöfer die Besetzung von 6000 Stellen im Jahr 1982 durch den Postverwaltungsrat beschließen lassen. Die Neueinstellungen sind fast nur für den Fernmeldedienst bestimmt. Keine der Forderungen der Postgewerkschaft ist damit erfüllt. Um die wachsende Arbeitslast zu bewältigen, muß eine sehr viel größere Zahl an Stellen neu besetzt werden. Die Nichtbesetzung dieser

notwendigen Stellen und die damit verbundene Mehrarbeit trifft vor allem die Beamten im einfachen und mittleren Dienst. Gscheidles „Sparplan“ sieht weiter vor die Streichung von Pausen, des Winterzusatzurlaubes, des Freizeitausgleichs von Überstunden, die Kürzung der Ausbildungsstellen um 40%. Auf der Protestveranstaltung der Münchner DPG rechnete ein Paketzusteller vor, welche Folgen für ihn Gscheidles Pläne hätten: „Ihm blieben für sein Mittagessen dann noch ganze drei Minuten“ (Welt der Arbeit, 46/81). Die Gewerkschaft fordert nach wie vor, daß 15000 Stellen neu besetzt werden, die auf Grundlage des bisherigen postinternen Bemessungssystems im Haushalt 1982 schon eingeplant waren.

Schon Anfang November hat der Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft den Rücktritt des Postministers Gscheidle verlangt. In der Begründung der Rücktrittsforderung greift der Hauptvorstand Gscheidle an, daß er, um seine „Sparpläne“ durchzusetzen, in den letzten Wochen nichts unversucht ließ, die Beteiligungsrechte der Personalräte massiv in Frage zu stellen, daß „es ... nur im Interesse der Wahrung des Betriebsfriedens liegen kann, wenn dieser Minister seinen Hut nimmt.“ Auf Personalversammlungen und Kundgebungen der Gewerkschaft forderten die Mitglieder den Ausschluß Gscheidles aus der Gewerkschaft. Die 4000 Mitglieder im Raum Augsburg werfen Gscheidle in ihrem Ausschlußantrag „gewerkschaftsschädigendes Verhalten“ auch deswegen vor, weil er beim Streik der Postgewerkschaft 1981 „zur Durchsetzung der Schichtdienstforderung Beamte als Streikbrecher mißbraucht hat.“

Dringlich halten Gscheidle und der Postverwaltungsrat die laufend verstärkte Überarbeit der Postbeschäftigten, denn, so der Postverwaltungsrat am 20.11.81: „Die technische Weiterentwicklung des Fernmeldewesens erfordert allein bei den Fernmeldeanlagen bis 1985 Investitionen von rd. 45 Mrd. DM. Zur Deckung dieses enormen Kapitalbedarfs kann die notwendige Neuverschuldung nur dann in vertretbaren Grenzen gehalten werden, wenn die Deutsche Bundespost angemessene Gewinne erwirtschaftet.“

Zusätzlich zu den Stellenstreichungen im gesamten öffentlichen Dienst will die Bundesregierung ab 1. März 82 die Löhne und Gehälter aller Beschäftigten drastisch kürzen. Die DPG hat, wie auch die anderen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, die Regierungsbeschlüsse als „nicht zumutbar“ angegriffen.



Demonstration: „Ausbeutung + Hungerlöhne sind keine Entwicklungshilfe“

GTB-Demonstration

„Mein Arbeitsplatz muß bleiben — Für ein besseres Welttextilabkommen“

20000 Mitglieder der Gewerkschaft Textil und Bekleidung demonstrierten am 21.11. in Bonn: „Mein Arbeitsplatz muß bleiben — Für ein besseres Welttextilabkommen“. Die Gewerkschaft fordert, daß die Bundesregierung in den jetzt begonnenen Verhandlungen über ein neues Welttextilabkommen durchsetzen soll: Die jährlichen Zuwachsraten der Importe von Billigpreiswaren von bisher 6% sollen in dem neuen Welttextilabkommen ab 1982 auf 1,5% herabgesetzt werden. Wogegen soll diese Forderung eine Schranke bilden? In diesem Jahr haben die Textil- und Bekleidungskapitalisten über 60000 Arbeitsplätze beseitigt, von 1969 bis 1980 insgesamt 340000 Arbeitsplätze. In derselben Zeit stiegen die Importe von 8 Mrd. DM auf 25,7 Mrd., die Exporte von 6,3 auf 16,3 Mrd. DM. Die westdeutschen Textil- und Bekleidungskapitalisten sind die weltgrößten Exporteure ihrer Branchen. Einen großen Teil der Arbeitsplätze haben sie durch die Verlagerung der Produktion in „Niedriglohnländer“ vernichtet.

Die Position der Bundesregierung hatte der Staatssekretär Schlecht von Graf Lambsdorffs Wirtschaftsministerium ausgedrückt, als er im Bundestag am 9.10.81 die Aufforderung „Weiter so!“ an die Textil- und Bekleidungskapitalisten richtete: „Dieser Prozeß der Anpassung auch an erklärte entwicklungspolitische Ziele der Bundesregierung, nämlich den Entwicklungsländern ihre Produkte abzunehmen, ist noch nicht abgeschlossen ... Die Industrie muß also weiterhin versuchen,

ihre Leistungsfähigkeit zu steigern, ihre Flexibilität zu erhöhen.“

Gegen die Angriffe der Kapitalisten bietet die Senkung der Importzuwachsrate keine wirksame Schranke. Im Gegenteil steht die GTB mit dieser Forderung in der Gefahr, sich mit den Textilkapitalisten, die ähnliches fordern, gegen die Länder der Dritten Welt zu „verbünden“. Die GTB ist sich dieser Gefahr jedoch bewußt, und der 13. Gewerkschaftstag hatte in der Entschließung „Außenwirtschaft und Entwicklungspolitik“ festgehalten: „In der Bundesrepublik kam es durch die Verlagerung von Produktionen in die Niedriglohnländer zu Betriebsstillegungen und Massenentlassungen.“ Der Gewerkschaftsvorsitzende Keller griff in seiner Rede auf der Bonner Demonstration ausdrücklich den Kapital-export an: „Jeder Sachkenner weiß, daß der weitaus größte Teil der Industrieansiedlungen in Entwicklungsländern Unternehmen aus Industrieländern gehört. Der Unternehmer will so schnell wie möglich so viel Geld wie möglich verdienen. Und dieses verdiente Geld wird dann so schnell wie möglich auf dem Wege des Gewinntransfers aus dem Entwicklungsland herausgeholt ... Für mich ist diese Methode eine neue Form von Kolonialismus.“

Keller verurteilte in seiner Rede die Politik der Bundesregierung und insbesondere des FDP-Wirtschaftsministers Graf Lambsdorff: „Die Folgen dieser sogenannten Segnungen des Freihandels für die Arbeitnehmer waren verheerend. Der Markt in Europa wurde von Jahr zu Jahr mit unvorstellbaren Mengen von Textil- und Bekleidungs-

waren aus vielen Ländern der Dritten Welt überschwemmt, in denen die Arbeitnehmer in unvorstellbarer Weise ausgebeutet werden. Hunderte von Betriebsschließungen, Entlassungen, Arbeitslosigkeit, radikale Rationalisierung und unerträglicher Leistungsdruck waren die Folgen.“

In Interviews auf der Demonstration berichteten Beschäftigte über ihre Erfahrungen. Ein Arbeiter aus der Nähe von Stuttgart betonte, daß die Kapitalisten gerade die Betriebe mit dem niedrigsten Lohnniveau dichtmachen: „Der Betrieb, wo ich herkomme, hat Produktionsstätten in Griechenland und Hongkong. In den letzten Jahren wurden bei uns zwei Betriebsstätten zugemacht. Die Produktion ist in der Bundesrepublik selbst erhöht worden. Die Automatisierung geht jetzt soweit: Eine Arbeiterin ist für zwei, drei Maschinen zuständig, z.B. Bünde fixieren, da gibt es eine ganze Menge Maschinen, die jetzt von einer Frau bedient werden, die natürlich mehr arbeiten muß. Die Unternehmer sagen z.B. auch, daß bei uns die Löhne zu hoch wären, daß deswegen verlagert werden müßte. Der Betrieb, der bei uns im letzten Jahr dichtgemacht wurde, das war der mit dem niedrigsten Lohnniveau. Ganz im Gegensatz zu dem, was immer gesagt wird. Ganz leise, hier einen Betrieb zu, dort in Griechenland einen auf.“

Daß der Gewerkschaftsvorsitzende weiter massiv vorgeht, hoffte ein Arbeiter aus dem Bereich der Verwaltungsstelle Freiburg: „In dem Betrieb, wo wir herkommen, waren wir vor zehn Jahren 650 Beschäftigte, heute noch etwa 350 bei gleicher Produktion. Wir haben aus dem Tal im Schwarzwald, wo wir herkommen, 480 Arbeitslose, und das ist sehr viel. Wo die Leute sonst hingehen können? Keine Möglichkeit. Die Uhrenindustrie ist da zu Hause, ein bißchen Textil noch und Druckmaschinenindustrie. Ich hoffe, daß der Gewerkschaftsvorsitzende ziemlich massiv vorgeht, wie er das bisher auch schon gemacht hat. Sei es mit dem Graf, sei es in Brüssel oder in der EG.“

Wie die Kapitalisten den Effektivlohn drücken, berichtete eine Arbeiterin aus Dinkelsbühl: „Ich bin seit 15 Jahren im Bekleidungsbetrieb. Ich verdiene netto im Monatsdurchschnitt 1000 DM, bei 120% Akkord. Der Effektivlohn ist gleich geblieben, obwohl der Tariflohn gestiegen ist, dadurch, daß der Leistungsdruck in den Betrieben sich verstärkt hat, und die Beschäftigten im Akkord wurden dann mit den Akkordvorgaben weiter runtergesetzt.“

Über die Stilllegungen setzen die Kapitalisten Lohneinbußen durch. Ein Arbeiter aus Mönchengladbach: „Ich

habe in 30 Jahren acht Textilbetriebe durchgemacht. Von diesen acht Textilbetrieben existiert nur noch der letzte. Ich habe mehrere Schließungen mitgemacht. Man nimmt an Lohneinbuße in Kauf zwei-, drei-, fünfhundert Mark im Monat, Bruttoeinbuße beim Wechsel. Wenn ich noch einmal eine Pleite mitmache, dann kriege ich keine Arbeit mehr.“

Arbeiter aus einem Textilbetrieb in der Nähe von Warendorf unterstützten die Forderung ihrer Gewerkschaft nach „Einbau von Sozialklauseln in die Handelsverträge“ der EG-Länder mit Ländern der Dritten Welt, gerichtet gegen die Ausbeutung in diesen Ländern durch die imperialistischen Konzerne. Die GTB verlangt Höchstarbeitsgrenzen von 48 Stunden, Verbot von Kinderarbeit, keine Hungerlöhne, Recht auf Gewerkschaften: die Mindestarbeitsbedingungen der Internationalen Arbeitsorganisation. Die Textilarbeiter: „Viel besser wäre es, wenn man in diesen Ländern, wo man produziert, auch die gleichen sozialen Bedingungen geben würde, genauso wie das bei uns auch ist, das würde für uns besser und wahrscheinlich für diese Leute auch. Was sie produzieren, wird überwiegend nach uns hin exportiert. Verdienen die Leute genau so viel wie wir und die Chancen sind gleich, können sie ihre Produkte ja auch kaufen. Wir sind doch Verdienener und Arbeiter, und wir sollten zusammenhalten; auch wenn das in der Politik nicht geht, sollten das wenigstens die Arbeiter versuchen untereinander.“

Bundesbahn Manager in den Vor- stand, Tariferhöhung

Letzte Woche hat der Bundestag das Bundesbahngesetz in zwei Punkten geändert. Erstens kann die Bundesregierung in den DB-Vorstand künftig auch „Manager aus der Wirtschaft“ zu den dort üblichen Gehältern (geschätzte Mehrkosten: 1,6 Mio. DM jährlich) berufen – und ohne Angabe von Gründen wieder feuern. Bisher konnten die Herren von der „Wirtschaft“ nur im Beirat mitwirken, in dem alle wichtigen Konzerne, Thyssen sogar doppelt, vertreten sind. Zweitens werden Planungsbefugnisse bei der Bundesbahn konzentriert und Enteignungen erleichtert. Bei Widerspruch anderer Behörden stellte bisher der Verkehrsminister die DB-Pläne fest; über Enteignungen beschloß einzeln die Bundesregierung. Künftig entscheidet die DB selbst abschließend über ihre Pläne, nach denen dann gleich enteignet werden kann.

Unstreitig war in der Bundestagsdebatte, daß diese Maßnahmen nur einen „ersten Schritt“ zu „kaufmännischer Führung“ der Bahn darstellen. Der Union geht das nicht schnell genug, deshalb hat sie sich bei der Abstimmung („Ablenkungsmanöver“) enthalten. 1980 hat die Bahn mit fast 3,6 Mrd. DM Verlust abgeschlossen, die jährlichen Bundeszuschüsse haben 13,5 Mrd. DM erreicht. Die Kapitalisten drängen darauf, daß solche Riesennittel nur bei gehöriger Ausbeutung der Bahnbeschäftigten verausgabt werden. Die „Manager“ im DB-Vorstand sollen dazu ebenso beitragen wie eine Reform des Rechnungswesens, die „gemeinwirtschaftliche“, d.h. zuschußbedürftige Verpflichtungen von kostendeckend zu betreibenden Aufgaben trennt.

Auch ohne „Manager“ im Vorstand ist die Schweißauspressung bei der Bahn schon auf durchaus industrielles Niveau gebracht. Fast die Hälfte aller Bahnbeschäftigten muß Nacht- oder Wechselschicht machen; zur Jahresmitte 1981 waren 700000 Tage Überstunden und 1,3 Mio. rückständige Urlaubstage aufgelaufen. Verkehrsminister Hauff meldete dem Hohen Hause: „Die Reduzierung des Personals seit 1974 um 85000 Stellen ist ein erfolgreiches Beispiel.“



Gleisbauarbeiter der Bundesbahn

Ein „modernes kaufmännisches Management“ sichert den Kapitalisten auch künftig billige Gütertarife, während die Massenarbeitslosigkeit Preistreiberei im Nahverkehr ohne lästige Nebenwirkungen auf die „Mobilität“ der Arbeitskraft erleichtert. Bis 1985 will der Bundesbahnvorstand die Tarife im Güterverkehr jährlich um 3%, im Nahverkehr dagegen um 7% erhöhen. Am Tag nach der Bundestagsdebatte gab er die dritte Tariferhöhung in 13 Monaten bekannt: Ab 1.2.82 werden die Fahrpreise um 7%, Nahverkehrskarten sogar um 10% teurer.

Weshalb Kernkraftwerke? Einige Gesichtspunkte

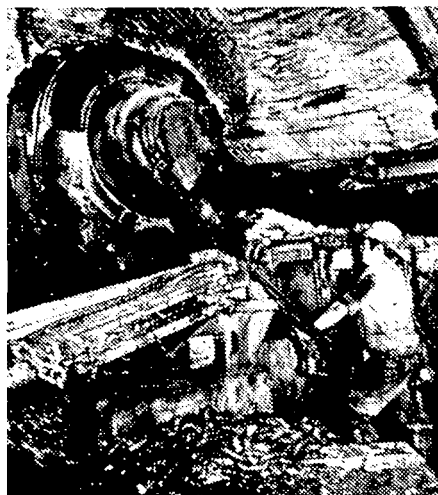
Am 5. November 1981 hat die Bundesregierung die „3. Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung“ bekanntgegeben. War in der 2. Fortschreibung von 1977 noch etwas vorsichtig vom „begrenzten Ausbau der Kernenergie“ die Rede, so wird in der neuen Fassung dem zügigen Ausbau der Kernenergie aller Nachdruck verliehen. Begründete die 77er Fassung die energiepolitischen Maßnahmen noch weitgehend mit dem „Versiegen der Energieressourcen in der Welt“, so schält sich in der neuen Fassung die „Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“ heraus, von der im wesentlichen gehandelt wird. Mit der neuen Fassung kommt die Bundesregierung dem Drängen der westdeutschen Kapitalisten nach Senkung der Energiepreise mit Hilfe der Kernenergie nach. Nachdrücklich hatte die „deutsche Wirtschaft“ zu Beginn des Jahres noch einmal festgestellt: „Das Ausland, mit dem die deutsche Wirtschaft in Konkurrenz steht, hat diese Rationalität in der Energiewirtschaft keineswegs aufgegeben. In Frankreich z.B. nimmt man die Kostenvorteile der Kernenergie auch heute noch wesentlich ernster als bei uns. Ein Kostenvorteil zwischen 10 und 20 Milliarden DM im Jahre 1985 ist ein nicht mehr wegzuleugnender Wettbewerbsvorteil für die französische Wirtschaft.“ (Energiewirtschaft, 6/81)

Entgegen vielen anderslautenden Behauptungen können die Kapitalisten tatsächlich davon ausgehen, mit Hilfe der Kernenergie die Stromproduktionskosten zu senken, was sich auf der Tatsache gründet, daß der Uranbrennstoff zunächst ein günstigeres Kosten/Nutzen-Verhältnis aufweist als die fossilen Brennstoffe: „Denn da existiert der entscheidende Unterschied, daß bei der Kernenergie eine Uranimportmenge im Wert von 1 DM ausreicht, dieselbe Nutzenergie bereitzustellen, wie bei einer Mineralölmenge, für die nach heutigem Preisstand (Juli 81) an Devisen im Ausland 48 DM zu bezahlen wären.“ (Energiewirtschaft, 6/81)

Ob Atomstrom für die Kapitalisten tatsächlich billiger kommt als zum Beispiel Kohlestrom, hängt von verschiedenen Faktoren ab: Unter anderem davon, ob ein Atomprogramm in großem Maßstab durchgesetzt werden kann, so daß industrielle Produktion der Kraftwerksanlagen möglich wird; ob die Wiederaufbereitung des Kern-

brennstoffes in eigener Regie durchgeführt werden kann, und vor allem, wie teuer die fossilen Brennstoffe für die Kapitalisten sind. Insbesondere letzteres ist einer der Hauptgründe dafür, daß die westdeutschen Kapitalisten so verbissen an der Durchsetzung des Kernenergieprogrammes arbeiten. Der Abbau von Steinkohle in Westdeutschland muß mit großem technischen Aufwand und äußerst arbeitsintensiv durchgeführt werden. Beim Kostenvergleich zwischen Strom aus Kernkraftwerken und Strom aus Kohlekraftwerken gehen die Kapitalisten davon aus, daß bei Kernenergieanlagen zwar die einmaligen und fixen Kosten relativ hoch sind, die laufenden Kosten aber relativ gering im Gegensatz zu Kohlekraftwerken, in denen während der ganzen Betriebsdauer der Anteil der laufenden Kosten hoch ist, und sich insbesondere der Kohlepreis im Strompreis niederschlägt.

Allgemein läßt sich sagen: Wie stark das Interesse der jeweiligen Kapitali-



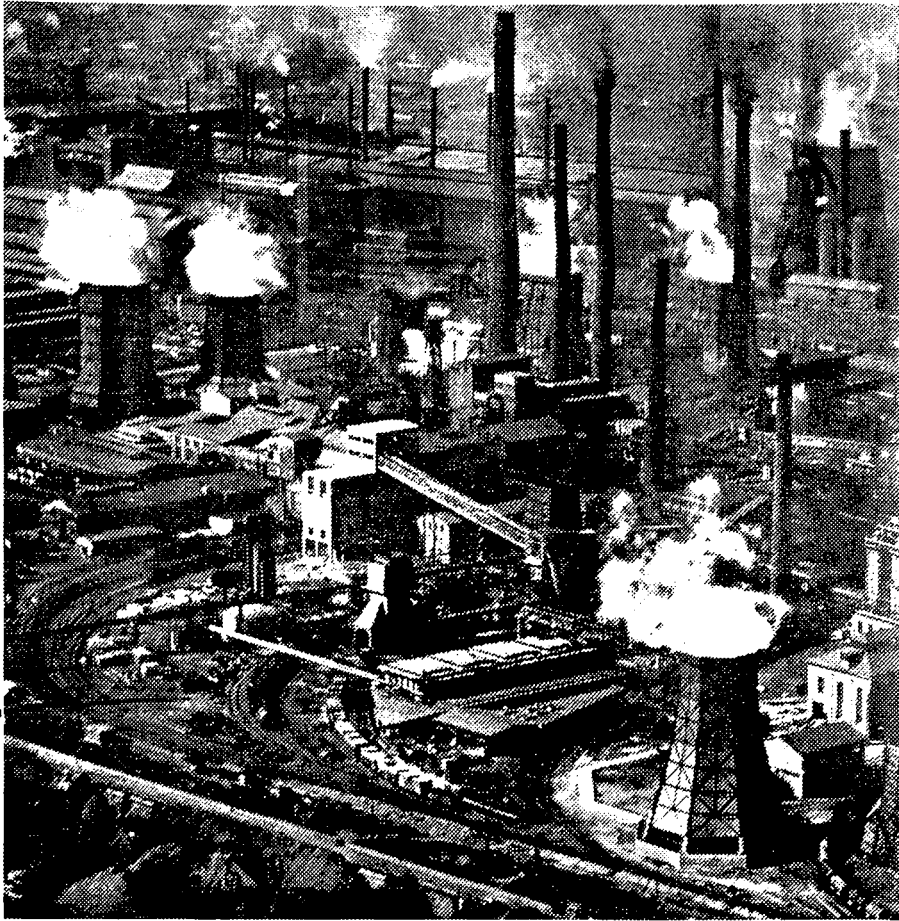
Arbeitsintensiver Kohleabbau aufgrund der Geologie in NW-Europa

stenklasse eines Landes zur Durchsetzung des Kernenergieprogrammes ist, hängt entscheidend davon ab, ob und in welchem Umfang und vor allem zu welchen Preisen fossile Energieträger zur Verfügung stehen, sei es durch eigene Ressourcen, oder sei es durch die Möglichkeiten zur Ausbeutung der Ressourcen der Länder der Dritten Welt. Aus diesen Gründen sind gegenwärtig von den großen imperialistischen Ländern die westdeutschen, französischen und japanischen Imperialisten am meisten an einem starken Ausbau der Kernenergie in ihren Län-

dern interessiert und haben auch die technischen Mittel und Kapitalien dazu. Die französischen Kapitalisten gehen von folgenden Produktionspreisen für elektrischen Strom aus: (Stand 1.1.1980) Kernenergie: 13,52 Centimes/KWh; Öl: 36,32 c/KWh; Kohle: 24,79 c/KWh. (Le figaro, 5.5.1980) Wie bekannt ist, setzt inzwischen die Mitterrand-Regierung das unter Giscard d'Estaing durchgesetzte gewaltige Kernenergieprogramm fort. Anders gewichtet ist das neue Energieprogramm in den USA. Seit 1978 wurde das US-Kernenergieprogramm drastisch gekürzt. Etwa 200 Anlagen wurden in den vergangenen Jahren wieder abbestellt, von den 170 geplanten Anlagen sollen in den nächsten Jahren noch fünf gebaut werden. Dies hat mehrere Gründe:

Erstens verfügen die USA über beträchtliche Energieressourcen: „So brauchten die USA 1980 nur 16% ihres Energiebedarfs zu importieren, während die BRD 60% ihres Energiebedarfs einführen mußte ...“ (Schiffer, Ölwirtschaft und Ölpolitik in den USA) Zweitens verfügen die USA über gewaltige Möglichkeiten zur Ausbeutung der Ressourcen der Dritten Welt. Drittens liegen die Förderkosten für Primärenergieträger wie etwa der Kohle teilweise sehr niedrig: „Im Westen finden sich riesige Vorkommen an zwar minderwertiger, aber schwefelarmer Kohle, die zum Teil im Tagebau abzubauen wäre. Man rechnet insoweit mit Kosten von weniger als einem Sechstel derjenigen im geologisch ungünstigen und lohnintensiven deutschen Steinkohlebergbau.“ (Grawe, Aspekte amerikanischer Energiepolitik) Im Durchschnitt liegt der Kohlepreis bei US-Kohle bei 3, bei nordwest-europäischer Kohle bei 12 Dollar/barrel Öläquivalent. Viertens wurden bereits unter Carter, jetzt verstärkt durch die Reagan-Regierung, Umweltvorschriften, die sich insbesondere „kostenungünstig“ auf den Abbau fossiler Brennstoffe und deren Verarbeitung auswirkten, abgeschafft.

Die Umweltschutzbehörde auf Bundesebene wird aufgelöst und regional gegliedert, zwecks besserer Zusammenarbeit mit den regionalen Monopolen. Der „clean air act“ (Gesetz zur Sauberhaltung der Luft) soll aufgehoben werden, desgleichen der „Federal Water pollution act“, der die Sauberhaltung des Wassers regelt. Die Offshore-Bohrungen (vor der Küste im Kontinentalschelf) werden freigegeben, da dadurch das Meer zerstört wird, sollen die Schutzbestimmungen für den Fischfang aufgehoben werden. Der Abbau von Teersand, bislang durch Umweltvorschriften seit zwei Jahrzehnten eingeschränkt, soll freigegeben werden, desgleichen bei der Kohle, wo



Ob Kernenergie oder Kohle, die kapitalistische Energiewirtschaft zerstört in großem Umfang Mensch und Natur. (Westfalenhütte 1956)

ein 10 Jahre altes Umweltschutzgesetz aufgehoben werden soll. Der Erwerb zusätzlichen Geländes für die Nationalparks, der bislang praktisch als Ersatz für zerstörte Territorien jährlich geschehen mußte, ist gestoppt worden.

Mit der Streichung dieser Vorschriften erhofft sich die Reagan-Regierung weitere Senkung der Energiepreise. Gleichzeitig wurde die Preisbindung für Energiepreise aufgehoben mit dem ausdrücklichen Vermerk der Administration: „Die Energiepreise niedrig zu halten, wird auch nicht als geeignete Maßnahme gesehen, dem ärmeren Teil der Bevölkerung zu helfen.“ Zusätzliche Ausplünderung der Volksmassen also, um die Energiepreise für die Kapitalisten senken zu können.

Diese Bedingungen führen dazu, daß die US-Imperialisten gegenwärtig in ihrem Energieprogramm Kohle, Gas und Öl den Vorrang geben und die Kernenergie nur stark beschränkt ausbauen wollen. Daß dies für die Volksmassen in irgend einer Hinsicht angenehmer sei, kann wirklich nicht behauptet werden.

Für die westdeutschen Imperialisten stellt das US-Energieprogramm einen scharfen Stachel dar. Die „Dritte Fortschreibung ...“ betont deshalb: „Die Sicherung einer langfristigen positiven Wirtschaftsentwicklung und einer ausgeglichenen Leistungsbilanz stellt hohe Anforderungen an die Wettbewerbsfä-

higkeit der deutschen Wirtschaft. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist die Verfügbarkeit von Energie zu international konkurrenzfähigen Preisen ... Ein größerer Anteil von kostengünstigem Strom aus Kernkraftwerken würde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken.“ Kaum war die „Dritte Fortschreibung ...“ veröffentlicht, da liefen die Spitzenverbände der deutschen Industrie auch schon gegen die für Frühjahr geplante Änderung der „Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft“ Sturm mit dem Hinweis auf die „Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie“, die unter extremen Umweltauflagen nicht mehr konkurrenzfähig sei.

Breschnew-Demonstration CDU/CSU vereint Faschisten und Liberale

Die „Aktion für Frieden und Menschenrechte“ hatte bereits im Oktober angekündigt, zum Zeitpunkt des Breschnew-Besuchs in Bonn „Für Frieden und Menschenrechte in Ost und West“ zu demonstrieren. Die Propaganda der Einmischung in die inneren Verhältnisse der Länder des Warschauer Pakts bildete ein breites Sammelbecken für reaktionäre und faschistische Ziele. An der Demonstration beteiligten sich

30000 bis 40000. Beim 78er Breschnew-Besuch konnte die Junge Union erst 5000 mobilisieren. Neu ist auch, daß es der CDU/CSU gelingt, faschistische und liberale Kräfte in einer solch großen Demonstration zusammenzufassen. Die alte groß-deutsche CDU-Forderung, „Deutschland den Deutschen“, die auch die NPD vertritt, hatte großen Einfluß. Die Forderungen „Die Mauer muß weg“ und Forderungen, die Deutschland in den Grenzen von 1937 wieder zum Staatsgebiet erheben wollen, wurden von den Reaktionären gestellt. Fahnen der BRD, der EG und der NATO rahmten das ganze bunt ein. Die Veranstalter ließen Exil-Russen, -Ungarn, -Tschechen, -Rumänen, -Polen und -Bulgaren aufmarschieren.

Die bürgerliche Presse spielte die reaktionären Ziele der Demonstration runter und berichtete, daß die Polizei NPD-Mitglieder abgedrängt habe. Tatsächlich sammelten sich tausende Faschisten auf dem Kundgebungsplatz. Die Demonstration war revanchistisch. Sie forderte die Einverleibung von Gebieten der DDR, Polens und der Sowjetunion und fordert Teile der dortigen Bevölkerung („Estland, Lettland, Baltikum, und Weißrussland“) zum Befreiungskampf auf. Die Reaktionäre operierten ähnlich wie vor dem 1. und 2. Weltkrieg: Bestehende Verträge und Grenzziehungen wurden nicht anerkannt, und irgendwelche „Deutschen“ wurden, wie seit achtzig Jahren schon immer wieder, vorgeführt, um expansionistische Politik zu rechtfertigen.

Die gleichzeitige Demonstration der Marxistischen Gruppe wandte sich gegen den Revanchismus der Reaktionäre. An dieser Demonstration beteiligten sich 7000. Schade war, daß keine Forderungen wie Anerkennung der DDR und Anerkennung der Grenzen Polens vertreten wurden. Die Demonstration wandte sich vor allem gegen die Demagogie, von der Politik der BRD und NATO abzulenken und erste Schritte der Abrüstung von der Sowjetunion zu fordern.

Der Demonstrationsaufruf der Grünen u.a. ebenfalls für den selben Zeitpunkt vertrat die Position: „Solange unser Widerstand gegen den atomaren Rüstungswahnsinn auf einen Block beschränkt wird, kann der Rüstungswettlauf nicht gestoppt werden.“ Knapp 5000 zählten wir auf dieser Demonstration, deren Protest gegen die Unterdrückung anderer Völker durch den russischen Sozialimperialismus zur Unglaubwürdigkeit verurteilt blieb, weil (und soweit) sie dabei die Fülle von imperialistischen Ansprüchen, die seitens des BRD-Imperialismus gegen genau dieselben Völker verfolgt werden, unter den Tisch fallen ließen, statt sie zu bekämpfen.

Abrüstungsverhandlungen USA pokern um Aufrüstung, SU pokert mit

Am 18.11. hatte US-Präsident Reagan der UdSSR sein „Abrüstungs“angebot unterbreitet: „Die Vereinigten Staaten sind bereit, auf die Dislozierung der Pershing-II und der landgestützten Marschflugkörper zu verzichten, wenn die Sowjets ihre SS-20-, SS-4 und SS-5-Raketen abbauen.“ In der Presse wurde Reagans Angebot fortan nur noch als „Nulllösung“ gehandelt. Von einer „Nulllösung“ allerdings wäre das angestrebte Ergebnis weiter entfernt denn je. Zwar wären nach dem Wunsch der USA die sowjetischen Mittelstreckenraketen abgebaut, nicht aber das gewaltige see- und luftgestützte Nuklearpotential der USA bzw. der NATO, nicht die taktischen Atomwaffen, die v.a. in der BRD stationiert sind, nicht die britischen und französischen Atomraketen. Vor allem aber: Reagans Betonung auf „landgestützte Marschflugkörper“ enthält die stillschweigende Ankündigung, in diesem Fall die Marschflugkörper auf See zu stationieren, wie das ursprünglich erörtert und nur als Alternative zur Landstationierung verworfen worden war. Denn das US-Marineprogramm sieht ohnehin vor, die alten Schlachtschiffe erneut in Dienst zu nehmen und mit atomaren Marschflugkörpern zu bestücken.

Im Ergebnis also würde Reagans „Nulllösung“ ein noch größeres atomares Übergewicht der in der NATO verbündeten Imperialisten über die Sowjetunion herstellen, als dies mit dem sog. „Nachrüstungs“beschluss bezweckt ist, und die Kriegsgefahr noch steigern. Die Sowjetunion könnte den US-Nachschub für den Krieg in Europa ohne die SS-20 kaum unterbinden. Die NATO hingegen könnte mit in europäischen Gewässern stationierten Mittelstreckenraketen den Aufmarsch der sowjetischen Truppen und die sowjetische Schwarzmeerflotte ebenso bedrohen wie mit landgestützten Raketen. Reagans Angebot läßt keinen Zweifel, daß die USA in Genf nur verhandeln, um die politisch, ideologisch und militärisch besten Ausgangspositionen für einen Waffengang mit dem Rivalen zu erreichen.

Die UdSSR hat den US-Vorschlag prompt abgelehnt, und Breschnew hat seinerseits bei seinem Besuch in Bonn ein Angebot unterbreitet: Erstens sollten während der Genfer Verhandlungen in Europa keine neuen Mittelstreckenraketen aufgestellt werden. Zweitens sei man bereit, „einseitig einen gewissen Teil unserer nuklearen

Mittelstreckenwaffen im europäischen Teil der UdSSR abzubauen“. Drittens und viertens könne über den völligen beiderseitigen Verzicht auf Mittelstreckenraketen und auf Kernwaffen aller Art in Europa verhandelt werden.

Über die Ernsthaftigkeit des sowjetischen Vorschlages kann man sich streiten. Jedoch: sorgfältig verzichtet die Sowjetunion, seit langen Jahren und jedenfalls bisher, auf alle politischen Lösungsvorschläge, und dies wären v.a. Vorschläge für die friedensvertragliche Sicherung der bestehenden Grenzen in Mittel- und Osteuropa. Sie hat faktisch akzeptiert, daß die BRD die „deutsche Frage“ offenhält und daraus ihre aggressiven Ansprüche gegen die Völker des europäischen Ostens begründet; daß die USA die Stationierung und Aufrüstung ihrer Truppen in der BRD ebenfalls aus der „deutschen Frage“ und der „Wiedervereinigung Deutschlands“ herleiten, und zwar seit dem „Deutschlandvertrag“ von 1954. Statt jedoch Vorschläge zu unterbreiten, die diese Quelle ständiger Bedrohung verstopfen, benutzt die Sowjetunion diese beständige Bedrohung, um ihre eigene Einflußsphäre in Osteuropa auszubauen. Angesichts dessen bedeuten ihre Abrüstungsvorschläge nichts anderes, als daß die Sowjetunion im Rüstungspoker mitpokert, wohl auch mit dem Hintergedanken, daß sie als die größte europäische Militärmacht bei Abzug wirklich aller Atomwaffen aus Europa um so mehr ihre konventionellen Möglichkeiten zur Geltung bringen kann.

So konnten auch die USA das Angebot der Sowjetunion prompt beantworten: Der Abzug der sowjetischen Mittelstreckenraketen aus Europa und hinter den Ural würde keineswegs genügen, um die Stationierung der NATO-Raketen zu verhindern. Sie müßten schon gänzlich verschwinden. Und natürlich würden Pershing-II und Marschflugkörper weitergebaut.

England Reallohnverluste für Metall-Arbeiter

Anfang der Woche stimmten die 17 gemeinsam verhandelnden Metallgewerkschaften dem „letzten Angebot“ der britischen Metallkapitalistenvereinigung EEF zu. Die Grundlöhne von 1,5 Mio. Metallarbeitern werden um 5,1% angehoben. Die Inflationsrate beträgt über 11%. Damit ist aber noch nicht sichergestellt, daß die Arbeiter die 5,1% erhalten. Denn nach den zentralen folgen örtliche und betriebliche Tarifverhandlungen. Die meisten Arbeiter verdienen mehr als den Grundlohn (z. Zt. 1050 DM für ungelernte,

1450 DM für Facharbeiter), und die Kapitalisten haben angekündigt, sie würden diesen Mehrverdienst auf die 5,1% anrechnen. Ihnen schweben Lohnerhöhungen von 3,8% vor, wie sie sie bei British Leyland Anfang November durchgesetzt haben.

Jetzt veröffentlichte Zahlen für durchschnittliche Arbeitslöhne im April 1981 zeigen, daß diese angestrebte Lohnsenkung zusätzlich zu einem kräftigen Reallohnverlust von 1980 auf 1981 käme. Der durchschnittliche Wochenlohn für manuelle Arbeiter stieg von April 1980 auf 1981 um 8,95%, die Inflationsrate betrug knapp 20%. Gelingt es der Regierung Thatcher, auch im öffentlichen Dienst Abschlüsse unter 5% durchzusetzen, werden die Reallohnverluste der unteren Lohngruppen dort in zwei Jahren mehr als 25% betragen.

Die konzentrierte Hetze einer gut dirigierten Presse kann es sich leisten, jede Arbeiterforderung, die auch nur auf Erhalt des Lohnniveaus gerichtet ist, als Hochverrat an der nationalen Wirtschaft zu verdammen. Die Regierung teilte letzte Woche mit, „in einer Zeit, wo diejenigen mit Arbeit sich realen Senkungen ihres Lebensstandards gegenübersehen, werden die Arbeitslosigkeitsempfänger wohl das gleiche tun müssen“ – also wird das Arbeitslosigkeitseinkommen von z. Zt. 23 Pfund/Woche (ca. 110 DM) weiter gesenkt werden.

Streikämpfe werden von kleineren Belegschaften und Teilbelegschaften geführt. Bei *British Leyland* streiken 2200 Arbeiter jetzt seit drei Wochen gegen die Ruhepausen-Kürzung von 51 auf 40 Minuten, und das, obwohl ein Streik der Gesamtbelegschaft gegen das 3,8%-Angebot vor vier Wochen nach zwei Tagen zusammenbrach.

Die *Tankwagenfahrer* der Ölkonglomerate führen eine Urabstimmung mit Warnstreiks gegen ein 8,1%-Angebot durch, einzelne Depots werden vollständig bestreikt. Streikvorbereitungen gegen ein 5%-Angebot treffen auch die 30000 *Drucker* der überregionalen Zeitungen. Die *Vauxhall*-Arbeiter (General Motors) mußten die 5% entsprechend der Metallvereinbarung bereits hinnehmen. Bei *Ford* erhöhten die Kapitalisten ihr Angebot nach einer Streikdrohung von 4,5% auf 7% – allerdings unter der Bedingung, daß die Gewerkschaften neuen Produktivitätsabkommen zustimmen.

Den 250000 *Bergarbeitern* der staatlichen Kohlegruben will die Regierung 9,1% mehr zahlen, die Gewerkschaft NUM lehnt das ab. Bei den *Stahlarbeitern* weigert sich die staatliche *British Steel Corporation*, zentral zu verhandeln – es werde auch örtlich nur etwas geben, wenn die Gewerkschaften 19000 weiteren Entlassungen zustimmen, das sind etwa ¼ der Arbeiter!

Rationalisieren! Entlassen! Lohnsenken! – Die IG Metall vor schweren Aufgaben im Kampf gegen einen brutalen Gegner

Noch ist die Entscheidung nicht endgültig gefallen, ob zwei der größten westdeutschen Stahlmonopole – Krupp und Hoesch – zu einem einzigen mächtigen Stahlmonopol fusionieren werden und ob womöglich Peine-Salzgitter als dritter Konzern zu der neuen „Stahl AG“ hinzustößt. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Fusion ist jedoch hoch. Denn das Rationalisierungs- und Modernisierungsprogramm für die Stahlindustrie übersteigt die Potenzen eines jeden einzelnen Konzerns bei weitem. „Selten“, so schreibt das „Handelsblatt“ am 6.11., „waren die Umwälzungen innerhalb einer Branche derart tiefgehend und umfassend wie derzeit in der bundesdeutschen Stahlindustrie.“

Bereits im Geschäftsbericht 1980 hatten die Hoesch-Kapitalisten ein „Strukturkonzept“ vorgestellt, „dessen Kern darin besteht, die über mehrere Standorte verstreute Dortmunder Hütte schrittweise in einem integrierten Hüttenwerk mit neuer, moderner Stahlbasis auf dem Standort Westfalenhütte zu konzentrieren und die Produktionsstruktur auf langfristig ertragsstarke Erzeugnisse auszurichten.“ Mit den Fusionsplänen nimmt dieses „Strukturkonzept“ neue Dimensionen an: Stillgelegt werden soll das Hörder Phönix-Werk, stillgelegt werden sollen die technisch veralteten Siemens-Martin-Öfen, das Elektro-Stahlwerk, die Block- und Halbzeugstraße auf der Westfalenhütte. Anstelle dessen soll hier ein sog. Einzweckstahlwerk mit einer Jahreskapazität von 3,5 Mio. t sowie eine neue Strangguß-Anlage errichtet werden. Laut „Handelsblatt“ würden damit insgesamt „rund zwei Millionen Tonnen Stahlkapazität aus dem Wettbewerb ausscheiden“ (bei einer Roßstahlkapazität von jetzt 7,2 Mio. t), die Auslastung der Produktionsanlagen würde beträchtlich erhöht, der ganze Produktionsapparat gestrafft und modernisiert.

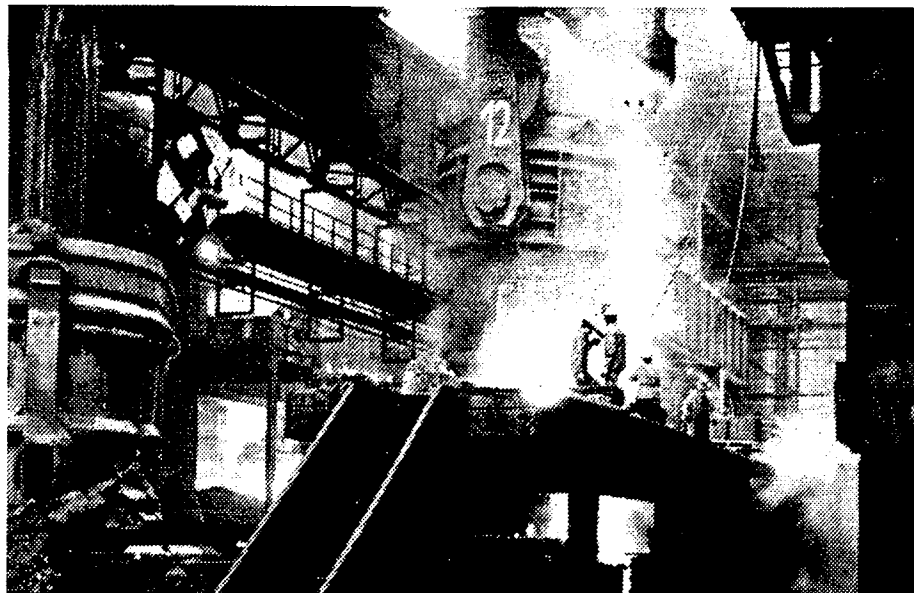
Kostensenkung! heißt die Devise der Stahlkapitalisten. Im Zuge bisheriger „Kostensenkungen“ hat Hoesch die Zahl der in den drei Dortmunder Werken ausgebeuteten Lohnabhängigen von 27200 1974 auf jetzt rund 19000 reduziert. Im Zuge der Fusion mit Krupp will Hoesch in den nächsten fünf Jahren mindestens 12000 der verbliebenen 19000 Stahlarbeiter „freisetzen“. Stößt auch Peine-Salzgitter zur neuen „Stahl AG“, wird es dabei nicht bleiben. Dann wird mit hoher Wahrscheinlichkeit ein weiteres Hoesch-

Werk, Dortmund-Union, stillgelegt und die Produktion in die weitaus moderner ausgestatteten Werke nach Peine oder Salzgitter verlagert werden. Weitere 300 würden arbeitslos. Zudem ist höchst fraglich, ob die „Stahl AG“ das neue Einzweckstahlwerk auf der Dortmunder Westfalenhütte tatsächlich baut. Die Zeitschrift „Revier“ weist darauf hin, daß das Krupp-Stahlwerk in Rheinhausen deutlich Standortvorteile gegenüber einem Stahlwerk in Dortmund besitzt und ebenso genügend Platz für die notwendigen Erweiterungen (11/81). Auch das „Handelsblatt“ bemerkt, daß „lediglich ein Adieren von Kapazitäten ohne Ausnutzung aller Rationalisierungseffekte sinnlos wäre“. In diesem Falle werden in Dortmund nur die Walzwerke auf der Westfalenhütte übrigbleiben, und das heißt, werden bis 1987 über 16000 der 19000 Dortmunder Stahlarbeiter auf die Straße geworfen.

Auch das Krupp-Rationalisierungsprogramm wird durch eine mit staatlichen Mitteln geförderte Fusion – die Zeitung der KPD „Roter Morgen“

mindestens 4000 Arbeiter „freigesetzt“ und sicher noch mehr, wenn die Produktionen von Hoesch und Krupp weiter aufeinander „abgestimmt“ werden. Ebenfalls bis Ende 82 will Krupp das zur Herstellung des Stahls aus Eisen z.T. noch angewandte, jedoch langwierige und veraltete Siemens-Martin-Verfahren vollständig durch ein modernes und viel schnelleres und damit billigeres Oxygen-Verfahren ablösen. In der weiteren Anwendung dann sollen die Anteile von Eisen und Schrott bei der Stahlerzeugung, derzeit 75 zu 25, auf 50 zu 50 verändert und damit die Kosten um weitere 20 DM pro Tonne Stahl gesenkt werden.

Peine-Salzgitter hat bereits in den letzten Jahren vollständig auf Oxygen-Verfahren umgestellt. Außer seinen modernen Anlagen könnte es neue Entwicklungen bei der Senkung der hohen Energiekosten durch Nutzung der bei der Stahlerzeugung anfallenden Abwärme mit in die neue „Stahl AG“ einbringen. Auch für Peine-Salzgitter sieht das „Handelsblatt“ noch einen



Die ohnehin schwere Arbeit der Stahlarbeiter wird durch die Konti-Schicht rund um die Uhr noch aufreibender

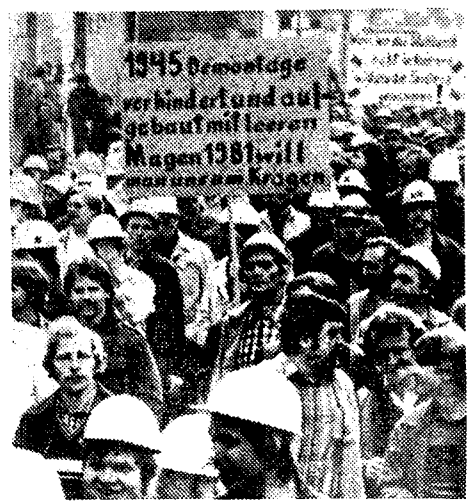
spricht von Subventionsforderungen in Höhe von 4,5 Mrd. DM – eher beflügelt. Nach wie vor hat Krupp das Konzept nicht aufgegeben, mehrere Walzstraßen in Bochum, Hagen, Rheinhausen sowie die Schmieden in Hagen und Siegen stillzulegen und 5300 Lohnabhängige zu entlassen, auch wenn der iranische Vertreter im Aufsichtsrat die volle Durchsetzung des Konzepts erst einmal verhindert hat (s. Pol. Ber. 13/81). Dennoch werden bis Ende 1982

„Nachholbedarf“ bei „Bereinigungen im Personalbereich“.

Das Ergebnis einer Fusion wird sein: Neben Thyssen, dem größten westdeutschen Stahlmonopol und dem sechstgrößten der Welt, wird ein zweites westdeutsches Stahlmonopol von vergleichbarer Schlagkraft um Anteile am Weltstahlmarkt kämpfen. Ob die übrigen BRD-Stahlkonzerne, insbesondere Klöckner und die Stahlwerke Röchling-Burbach, sich daneben be-

haupten können – die Bourgeoisie wartet kaltblütig ab. In jedem Fall werden die unrentabelsten Anlagen vernichtet, die profitablen dagegen weiter modernisiert und erweitert, die Produktionskosten auf zwei Wegen gesenkt: durch Massenentlassungen und Steigerung der Produktivität und Intensität der Arbeit, d.h. durch Senkung der Lohnkosten, und durch Rohstoffe und Energie sparende neue und daher billigere Verfahren.

Die Fusionspläne wiederum stacheln Thyssen an, seinen Konkurrenzvorsprung zu halten und auszubauen. Man vermutet, daß seine Produktionskosten um ca. 80 DM pro Tonne Walzstahl und damit um fast 9% niedriger liegen als bei der übrigen westdeutschen Konkurrenz. Dies ist v.a. auf den hohen Einsatz von Stranggießverfahren für die Walzstahlerzeugung zurückzuführen. Gegenüber älteren Verfahren wird dabei die Produktionszeit erheblich verkürzt, werden Rohstahl, Energie, Maschinen und Arbeitskräfte gespart. Der spezifische Energieverbrauch pro Tonne Walzstahlerzeugung z.B. sank laut Geschäftsbericht 1980 in den letzten vier Jahren von 900 kg



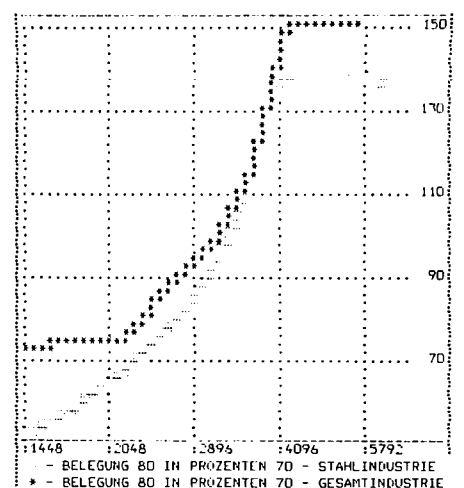
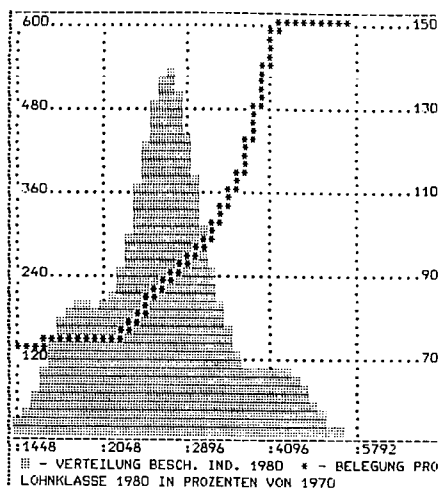
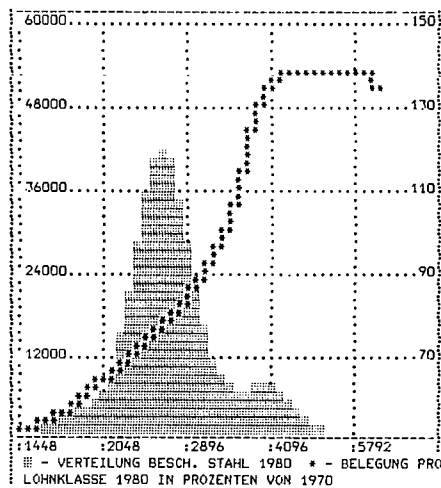
Demonstrationen gegen Massenentlassungen bei Krupp und Hoesch

Steinkohleeinheiten auf 848 kg. Der weitere Ausbau der Stranggießanlagen bleibt vorerst auch Schwerpunkt. Gleichzeitig will Thyssen wie schon in den letzten Jahren weiter „umstrukturieren“, d.h. veraltete Anlagen stilllegen und entlassen.

Seit 1975 haben die westdeutschen Stahlkapitalisten insgesamt 12 Mrd. DM in Rationalisierungsvorhaben investiert und über 22000 Lohnabhängige von knapp 222000 entlassen. Die

Rohstahlproduktion wird in diesem Jahr mit 41 Mio. t knapp über der von 1975 (40,5 Mio. t) liegen. Mit dem jetzt anlaufenden Rationalisierungsschub werden mindestens 25000 weitere Lohnabhängige entlassen werden („Handelsblatt“ v. 13.11.). Die Kapitalisten rechnen mit einer Produktionssteigerung von 8 bis 9 Mio. t bis 1986 (s. „Stahl und Eisen“ v. 1.7.81).

Ihre Vorgaben sind in jeder Hinsicht aggressiv, aggressiv gegenüber den



Entlassungen in der BRD-Stahlindustrie

1961 verzeichnet die westdeutsche Stahlindustrie den Höchststand an Beschäftigten nach dem 2. Weltkrieg mit 591688 Beschäftigten. Seitdem sinkt ihre Zahl mit geringfügigen Schwankungen bis 1970 auf 531555 um 10,8%. Ab 1970 entlassen die westdeutschen Stahlmonopole Jahr für Jahr, 1980 sind die Belegschaften um nochmals 20,8% reduziert. Jedoch sind die Entlassungen nicht gleichmäßig vorgenommen, den Massenentlassungen bis in die höchsten Arbeiterlohngruppen stehen

Einstellungen im Bereich der höheren Angestellten gegenüber. In den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen sinkt die Beschäftigung unter 60% gegenüber 1970, über 30% nimmt der Teil der Belegschaft zu, der mit der Vorbereitung und Änderung der Produktion befaßt ist.

In der Gesamtindustrie findet sich eine ähnliche Entwicklung, das Schwergewicht der Entlassungen liegt auf den Arbeitern und Angestellten bis zu den höchsten Arbeiterlohngruppen, bei gleichzeitiger Zunahme der Beschäftigung im Bereich der höheren Angestellten, um 50% nimmt sie in diesem Bereich zu. Die Gesamtzahl der Beschäftigten sank um 11%, der Entlassungsdruck in den unteren Lohn-

gruppen ist nicht ganz so hoch wie in der Stahlindustrie, die Beschäftigungsquote sinkt nicht unter 70%. Angesichts der Massenentlassungen in der Stahlindustrie, der Schließung ganzer Werke ist der Druck auf die Belegschaftsteile, die sich in den unteren Lohnklassen befinden, erheblich verschärft, sowohl im Vergleich zur Gesamtindustrie wie auch innerhalb der Stahlbranche selbst. Dagegen sind die höheren Gehaltsklassen nicht nur nicht von Entlassungen bedroht, sondern mit Einstellungen entlastet, wenn auch im Stahlbereich nicht ganz so hoch wie in der übrigen Industrie. Schon über die Beschäftigtenstatistik läßt sich die Herausbildung eines nicht unbeträchtlichen Kaders in der gesamten Industrie,

Lohnabhängigen in der Eisen- und Stahlindustrie, die, sofern sie nicht entlassen werden, zu immer mehr und immer härterer Arbeit angetrieben werden; aggressiv auch gegenüber der Konkurrenz, v.a. in der EG.

Der Weltstahlverbrauch stagniert, nicht nur infolge der weltweiten Krise, sondern auch, weil durch die Entwicklung neuer Produktionsverfahren in der Stahl- und in der übrigen Industrie, z.B. beim Brückenbau und in der Fahrzeugproduktion, zunehmend Stahl eingespart werden kann und wird. Auch ersetzen häufiger Kunststoffe oder Leichtmetalle bisher verwandten Stahl. Gleichzeitig schrumpft der Weltstahlmarkt, weil die Länder der Dritten Welt ihre Stahlproduktion entwickeln und z.B. die US-Stahlkonzerne versuchen, Stahlexporteuren den US-Markt zu verschließen, wie zur Zeit durch eine Dumpingklage. Um so heftiger tobt der Kampf um die Beherrschung des westeuropäischen „Gemeinsamen Marktes“.

1880 produzierten die deutschen Stahlkapitalisten 22% des in den Ländern der heutigen EG produzierten Rohstahls; 1939, zu Beginn des zweiten

imperialistischen Weltkrieges, 45%; 1946, nach der Niederlage und auf westdeutsches Territorium reduziert, gerade 10,2%; 1952, nach Inkrafttreten der Montanunion, bereits wieder 26,8% – und heute, nach fast 30 Jahren Montanunion, knapp 33%. Die Stahlproduktion und erst recht die Produktionskapazitäten übertreffen den Stahlverbrauch der BRD bei weitem und sind auf Exportexpansion ausgerichtet. Tatsächlich sind die westdeutschen Stahlkapitalisten die größten westeuropäischen Stahlexporteure und hinter Japan die zweitgrößten Stahlexporteure der Welt.

BRD: Kapazitäten, Produktion und Verbrauch von Rohstahl, in Mio. t

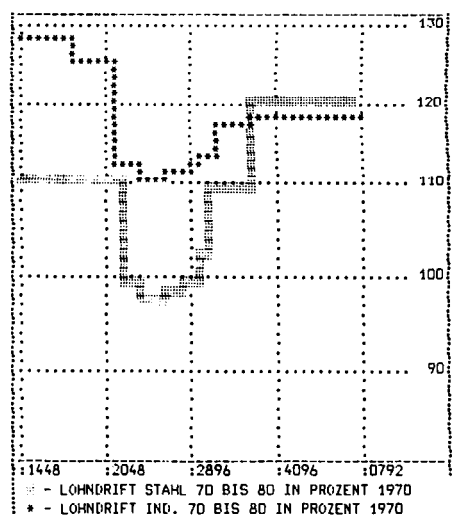
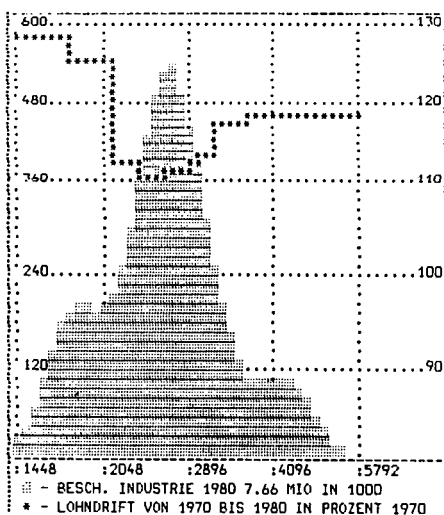
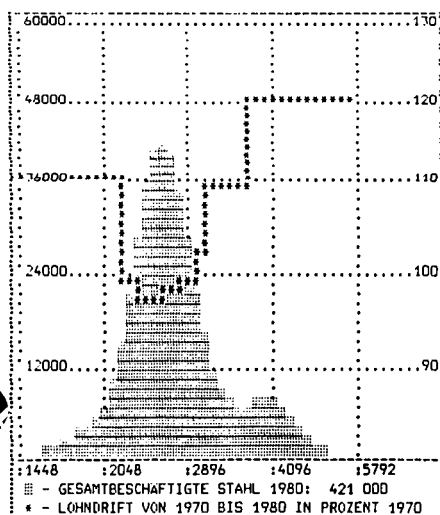
	Kapazitäten	Produktion	Verbrauch
1975	62,9	40,4	33,0
1976	65,8	42,4	37,3
1977	67,7	39,0	36,1
1978	68,9	41,3	39,1
1979	68,8	46,0	39,1

Nicht nur die Stahlkapitalisten selbst, die ganze westdeutsche Bourgeoisie ist wild entschlossen, die ungeheuren Produktionsüberkapazitäten

– Überkapazitäten v.a. im Hinblick auf den westdeutschen Stahlverbrauch

– weitgehend zu erhalten, mögen sie auch zeitweilig unprofitabel sein. Denn: Die Stahlindustrie ist auch die Grundlage für die Exportexpansion anderer Industriezweige, etwa Maschinen- oder Fahrzeugbau. Und nicht zuletzt wird die eigene Stahlbasis zu einem entscheidenden Faktor, wenn sich die Imperialisten entschließen, ihre Ansprüche auf Neuaufteilung der Welt mit militärischen Mitteln zur Geltung zu bringen. Die Subventionsforderungen der Stahlkonzerne stoßen deshalb auch auf offenes Gehör.

Das Rationalisierungsprogramm der westdeutschen Stahlkapitalisten verfolgt v.a. das Ziel, die Stahlbasis der westeuropäischen Konkurrenten zu untergraben. Dies war bereits ihr Ziel bei der Errichtung der Montanunion, und tatsächlich haben sie sich ja auch in der ungehemmten Entfaltung der Konkurrenz im „Gemeinsamen Markt“ die führende Position erkämpft. Nur, durch beträchtliche staatliche Finanzmittel konnten die belgischen, französischen, britischen und italienischen Stahlkonzerne noch



aber auch – trotz aller Entlassungen – in der Stahlindustrie nachweisen, der ein Interesse gewinnen kann an der Hebung der Konkurrenzlage der westdeutschen Stahlindustrie.

Parallel zu den Rationalisierungsentlassungen gelang es den Stahlmonopolen zudem, die Lohnentwicklung deutlich zu drücken bis zu den höchsten Arbeiterlohngruppen. Es vereint sich hier der Druck durch drohende Entlassungen mit dem niedrigen Lohns, bei überproportionaler Steigerung in den hohen Gehaltsklassen. Unter Berufung auf die schlechte Konkurrenzlage im europäischen wie im internationalen Vergleich ist es den Stahlmonopolen gelungen, die Lohnskala ganz erheb-

lich zu spreizen und eine im Verhältnis zur Gesamtindustrie umgekehrte Entwicklung durchzusetzen. In der Gesamtindustrie ist die überproportionale Anhebung der untersten Lohn- und Gehaltsklassen gelungen, auch wenn etwas höhere Zahlung in den hohen Gehaltsklassen stattfindet. Die Herausbildung einer Schicht von Lohnabhängigen, die ein Interesse an der Findung von Methoden zur Profitsteigerung und Konkurrenzvorteilen haben, zeichnet sich in der Gesamtindustrie ab, ist in der Stahlindustrie insbesondere ausgeprägt, auf jeden Fall schlagen sich solche Tätigkeiten selbst und gerade in Zeiten unsteter Beschäftigung und unter erheblichem Druck auf die Mehrzahl der Löhne und Gehälter

unmittelbar positiv auf dem Gehaltskonto nieder.

Für die Mehrheit der Belegschaften in der Stahlindustrie stellt sich das Ergebnis der Konkurrenzschlachten umgekehrt dar. Für eine Sorte Arbeit, die körperlich schwer, von dauernder Vergiftung durch Rauch und Gase begleitet, in Kontschicht abgeleistet wird, ist die Bewegung des Bruttolohns entgegengesetzt zum Trend in der Gesamtindustrie gedrückt.

Quellen: Für die Beschäftigtenzahlen: Industrie-gruppenerhebung des DIW, erfaßt sind alle Betriebe ab 20 Beschäftigte, der eisenschaffenden Industrie, der Gießereien und Zieh-, Warm- und Kaltwalzwerke. Für die Löhne: Fachserie 16, Reihen 2.1 und 2.2 des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden, jeweils Juliausgaben.

„Aktionsprogramm Ruhrgebiet“ der NRW-Landesregierung: „Hilfe zur Selbsthilfe“

Essen. Im September 1979 hat die nordrhein-westfälische Landesregierung (SPD) das „Aktionsprogramm Ruhrgebiet“ vorgelegt. Zu dem Zweck, „dem Revier die Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, die notwendig ist“ (Ministerpräsident Rau im Vorwort), enthält es die Zusammenfassung des Katalogs von Maßnahmen zur „Förderung der Umstrukturierung“ des Ruhrgebietes.

1978 waren nach Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsinstitutes noch 37% aller Erwerbstätigen im Ruhrgebiet im Montankomplex (Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie sowie vor- und nachgelagerte, abhängige Bereiche) beschäftigt (1957: 55%). Entsprechend liegt die Arbeitslosenquote seit dem erneuten Kriseneinbruch in der Stahlindustrie 1975 wieder ständig über dem Bundesdurchschnitt, zur Zeit bei 8%. Dem will das Programm entgegenwirken.

6,9 Mrd. DM sollen 1980 bis 1984 aufgewendet werden, 5,3 Mrd. davon vom Land und 1,5 Mrd. DM vom Bund getragen. Kernstück sind die Maßnahmen zur regionalen Wirtschaftsförderung, die zum größten Teil über den Rahmen der von Bund

und allen Ländern getragenen „Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur“ (GRW) hinausgehen. Mit Zulagen zwischen 5% und 20% soll die Errichtung, Erweiterung, Um-



Demonstration gegen Stilllegung der Thyssen-Gießereien, Gelsenkirchen

stellung oder grundlegende Rationalisierung von Betrieben gefördert werden, Arbeitsplätze sollen vor allem außerhalb des Montanbereiches geschaffen werden.

Gefördert wird dabei direkt die Konzentration des Kapitals. Dafür sorgen schon die notwendigen Voraussetzun-

gen nach dem Investitionszulagengesetz und der GRW (vgl. Pol. Ber. 15/81, S.27). Die Ansiedlung von Opel in Bochum ist ein Beispiel für ähnliche Maßnahmen der Landesregierung im Zusammenhang mit den Zechenstilllegungen. Und auch die anderen Maßnahmen zielen in die Richtung Förderung der größeren Kapitalisten.

So sollen neben arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur „Angleichung der Qualifikation der Arbeitskräfte an die Anforderungen der Wirtschaft“ 709 Mio. DM zur Förderung von Forschungsprojekten ausgegeben werden, 705 Mio. DM für Lärm- und Umweltschutzmaßnahmen im Bergbau, Hütten- und Stahlbereich, zu denen die Kapitalisten ohnehin großenteils gesetzlich verpflichtet sind, 660 Mio. DM zur Subventionierung von Kraftwerksbaumaßnahmen zwecks billiger Energieerzeugung.

Im Kapitel Stadterneuerung sind 500 Mio. DM allein für den Erwerb brachliegender Zechen- und Industriegrundstücke vorgesehen zur Bildung eines Bodenfonds u.a. für die Schaffung von Gewerbegebieten. Nicht nur hierdurch werden die Möglichkeiten und Rechte der Kommunen zu eigener Tätigkeit eingeschränkt. Denn die Verfügung darüber hat zunächst der Käufer, das Land.

herbere Schläge abwenden und z.T. sogar verlorenen Boden wiedergutmachen. Mit dem Versuch, die Konkurrenten über ein Subventionierungsverbot der EG von den staatlichen Mitteln abzuschneiden und sie so in die Knie zu zwingen, sind die westdeutschen Stahlkapitalisten gescheitert. Um so verbissener trachten sie jetzt danach, ihre eigenen Produktionskosten weit unter die der Konkurrenten zu drücken und diese aus dem Markt zu schlagen. Klöckner-Chef Gienow z.B. verbreitete sich erst kürzlich über seine Absichten, Verträge etwa mit dem angeschlagenen belgischen Stahlkonzern Cockerill-Sambre zu erreichen, wonach dieser seine „obsolete, nicht mehr wettbewerbsfähige Kapazität“ stilllegt und die ihm von der EG zugesprochenen Produktionsquoten an Klöckner „abtritt“ („Wirtschaftswoche“ 42/81).

Bei der Senkung der Eisenerzkosten – der Verbrauch von Eisenerz pro Tonne Roheisen liegt um 12% unter EG-Durchschnitt – und bei der Senkung der Lohnkosten durch die Massenentlassungen und Reallohnsenkung führen die westdeutschen Stahlkapitalisten das westeuropäische Feld an. Gelingt es ihnen nach Plan, die eigenen Produktionskosten noch weiter

und so weit zu drücken, daß staatliche Subventionen die höheren Kosten der Konkurrenz nicht mehr ausgleichen können – die massenhafte Vernichtung fremder Produktionskapazitäten ist die Folge. Bei der Edelstahlproduktion haben die westdeutschen Konzerne mit einem Anteil von fast 42% bereits ein solches Gewicht in der EG, wie sie es für die gesamte Stahlproduktion erst noch anstreben. Was wird sein, wenn die belgische, niederländische, britische usw. Nachfrage nach Stahl nicht mehr durch die belgische, niederländische, britische usw. Stahlindustrie befriedigt werden kann? Die Aufträge wären Thyssen & Co. schon fast sicher. – Die Beherrschung der westeuropäischen Stahlindustrie ist für die westdeutsche Finanzbourgeoisie ein fast sicherer Weg zur unumstrittenen wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft in der EG. Dies erklärt die Schärfe des sog. „Stahlkrachs“.

Für die IG Metall ist die Lage überaus kompliziert. Sie ist, seit Jahren schon, mit Massenentlassungen konfrontiert, deren Umfang noch zunehmen wird. Angesichts der räumlichen Konzentration der Stahlproduktion im Ruhrgebiet und angesichts der Tatsache, daß die Stahlindustrie die Wirt-

schaft des Ruhrgebietes beherrscht, sind die Auswirkungen der Massenentlassungen noch gravierender als auch sonst schon. Rund 100000 Lohnabhängige und insgesamt rund 300000 Einwohner Dortmunds sind direkt oder indirekt von Hoesch abhängig; die geplanten Massenentlassungen werden nicht nur 12000 bis 16000 Hoesch-Arbeiter um Arbeit und Brot bringen, sondern weit mehr. Die Aussicht, einen anderen Ausbeuter zu finden, haben die Betroffenen in Dortmund nicht. Schon jetzt ist die Arbeitslosenrate mit 9,3% eine der höchsten in der BRD.

Andererseits kann die IG Metall sich im Kampf gegen die Massenentlassungen nicht für die Erhaltung oder gar den Ausbau der Überkapazitäten einsetzen und sich damit in die Expansionspläne der Stahlkapitalisten verwickeln lassen. Die IGM fordert Subventionen, aber verbindet sie mit Auflagen: „Die Umstrukturierung der Stahlindustrie darf nicht zu neuen Überkapazitäten führen. Deshalb sind veraltete Anlagen durch kleinere Kapazitäten zu ersetzen, die ältesten völlig stillzulegen.“ Was aber heißt Überkapazitäten? Von Überkapazitäten muß gesprochen werden, insofern die Pro-

duktionsmöglichkeiten den Stahlverbrauch weit übersteigen. Und zwar deshalb, weil die Kapitalisten ihre Anlagen zum größten Teil Tag und Nacht in Gang halten lassen, weil sie die Arbeitskraft in mörderischem Konti-Schicht-Betrieb verheizen. Die IGM trägt dieser Tatsache nur zum Teil Rechnung, wenn sie fordert: „Teil eines Strukturprogramms sind Arbeitszeitverkürzungen in der Stahlindustrie in allen Formen (Wochenarbeitszeit und 5. Schicht, Urlaub, Altersgrenze und Frühpensionierung); insbesondere durch Tarifverträge. Vordringlich ist eine Herabsetzung der Altersgrenze auf 55 Jahre für die Beschäftigten in Warmbetrieben.“ Warum aber nicht Verbot der Schichtarbeit? Die Behauptung der Kapitalisten, daß die Schichtarbeit technisch notwendig sei, ist durch die häufigen Kurzarbeitsperioden von ihnen selbst und auch durch den Stahlarbeiterstreik 1978/79 längst widerlegt. Die zweite, zur Durchsetzung der Konti-Schicht 1973 aufgestellte Behauptung der Kapitalisten, die Konti-Schicht sei notwendig zum „Schutz der Arbeitsplätze“, ansonsten nämlich müßten sie entlassen, ist ebenfalls widerlegt: Sie haben die Konti-Schicht eingeführt *und* entlassen.

Die IGM stellt noch eine Anzahl von Bedingungen, die dem Interesse der Stahlkapitalisten entgegenstehen. In der Frage des Lohnstandards aber bleibt sie verdächtig ruhig. Der Durchschnittslohn der Stahlarbeiter wurde in den letzten Jahren unter den Durchschnittslohn der Industriearbeiter gedrückt, trotz des hohen Anteils der Schichtzuschläge. Die IGM hat Tarifabschlüsse unter denen etwa in der Metallindustrie hingenommen. Auch hier ist doch erwiesen, daß die Kapitalisten dadurch nur ermutigt werden, Entlassungen durchzuziehen.

Auf der Stahlkonferenz der IG Metall am 15.10. erhoben etliche Redner auch die Forderung nach Verstaatlichung der Stahlkonzerne. Gewiß in dem Wunsche, dem freien Schalten und Walten der Stahlmonopole, ihrem rücksichtslosen Umgang mit der Existenz hunderttausender direkt oder indirekt abhängiger Arbeiter und Angestellter einen Riegel vorzuschieben. Diese Forderung ist jedoch umstritten. Es gibt genügend Beispiele dafür, so etwa British Steel, daß mit der Umwandlung in ein Staatsmonopol nur die Kosten verstaatlicht, d.h. den steuerzahlenden Lohnabhängigen aufgebürdet werden, sich an der Unsicherheit der Existenz der Arbeiter und Angestellten jedoch rein gar nichts ändert.

Literaturhinweise: Brennpunkt Stahlkrise, hrsg. von der Revier-Redaktion, Duisburg 1981; neben anderen Dokumenten sind auch die „Vorschläge der IG Metall zur Bewältigung der Strukturprobleme in der Stahlindustrie“ v. Mai 81 enthalten; „Revier, Zeitung für das Ruhrgebiet“, laufende Ausgaben; „Roter Morgen“, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, lfd. Ausgaben.

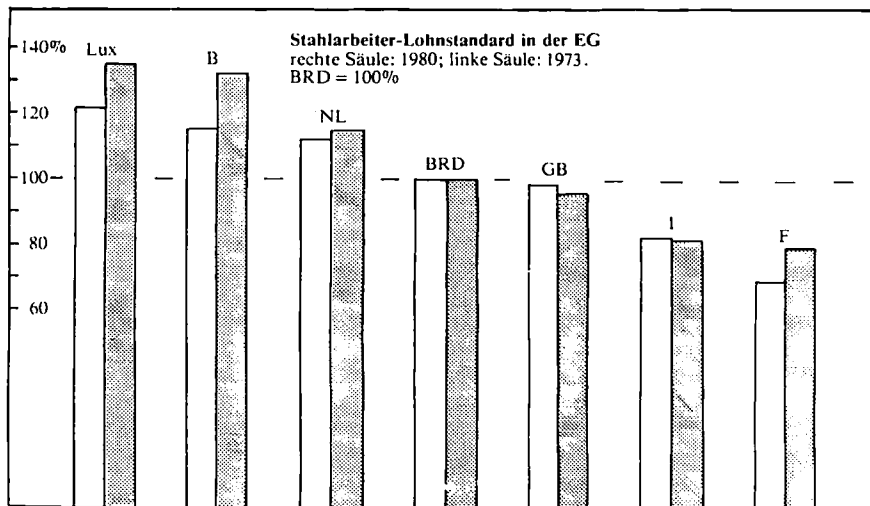
Lohnstandard der Stahlarbeiter in der EG 1973 – 1980

Die westdeutschen Stahlarbeiter haben in den vergangenen Jahren schwere Lohnsenkungen und Steigerungen der Ausbeutung hinnehmen müssen, auch im Vergleich zu den Stahlarbeitern in den anderen Staaten der EG. Um dies zu berechnen, haben wir die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne der Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie in der EG mittels der „Kaufkraft“-Parität, wie sie alljährlich vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaft ermittelt wird, in DM umgerechnet und dann mit den westdeutschen Stahlarbeiterlöhnen verglichen. Durch die Umrechnung nach der „Kaufkraft“-Parität werden, genauer als bei Verwendung der offiziellen Wechselkurse zwischen den Währungen, die unterschiedlichen Preise für Reproduktionsmittel, unterschiedliche Inflationsraten und indirekte Steuern in den einzelnen Ländern berücksichtigt (siehe auch KVZ 1/80).

Das Ergebnis ist: Schon 1973 verdienten westdeutsche Stahlarbeiter 10,7% weniger als niederländische Stahlarbeiter, 13,4% weniger als belgische und 17,7% weniger als luxemburgische Stahlarbeiter – wenn man den durchschnittlichen Stundenlohn als Vergleichsbasis nimmt. Mit einem Lohn von durchschnittlich 8,91 DM – alle „arbeitsbezogenen“ Zulagen wie Nacht-, Schicht- und Akkordzulagen sind darin eingerechnet – lagen sie im Mittelfeld der Stahlarbeiter in der EG. Seitdem haben die westdeutschen Stahlkapitalisten ihren Konkurrenzvorteil gegenüber den

belgischen, niederländischen und luxemburgischen Stahlkapitalisten weiter ausbauen können. Im Oktober 1980 lagen die Durchschnittslöhne der westdeutschen Stahlarbeiter (13,96 DM) um 13% unter den niederländischen, um 24,3% unter den belgischen und um 25,9% unter den luxemburgischen Stahlarbeiterlöhnen. Noch 1973 hatten westdeutsche Stahlarbeiter real 44% mehr verdient als französische Stahlarbeiter – 1980 lag ihr Lohn nur noch um 25% über dem französischen Lohn. Würden wir die *Nettomonatslöhne* vergleichen – deren Berechnung wegen der Vergleichsbasis „Brutto-Durchschnitts-Stundenlohn“ schwierig ist – so würden die westdeutschen Stahlarbeiter noch weiter zurückfallen.

Für die westdeutschen Stahlkapitalisten sind diese „Erfolge“ gegen ihre Arbeiter die Grundlage ihrer Zuversicht, ihre Vorherrschaft auf dem EG-Stahlmarkt in naher Zukunft kräftig ausbauen zu können. Für die westdeutschen Stahlarbeiter bedeuten dergleichen „Erfolge“ ihrer Kapitalisten: schwindende Reserven, sinkender Lebensstandard, rascherer Verschleiß der Arbeitskraft. Und nicht nur für die westdeutschen Stahlarbeiter: Mit verbissener Wut versuchen die übrigen Stahlkapitalisten in der EG, diesen Vorsprung der BRD-Monopole mit Lohnsenkungen und Massenentlassungen aufzuholen und möglichst zu überholen. Nur durch entschiedene gegenseitige Unterstützung können die Stahlarbeiter in der EG diese Angriffe abwehren.



Als Vergleichsbasis haben wir die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne für Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie genommen, wie sie das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaft (eurostat) in Luxemburg angibt, für 1973 laut „Eisen und Stahl 1980“, Hrsg. eurostat, für 1980 (Oktober) nach telefonischer Auskunft von eurostat. Zur Umrechnung der nationalen Löhne in DM wurde nicht der offizielle Wechselkurs verwendet, sondern die von eurostat ermittelte „Kaufkraft“-Parität für die Jahre 1973 und 1980.

HBV verhindert Tarifaufkündigung

München. In Vorbereitung der kommenden Tarifikämpfe debattierte der Verband bayerischer Verleger und Buchhändler die Aufhebung seiner Tariffähigkeit. Tarifloser Zustand oder die Angliederung an den Groß- und Einzelhandel wären die Folge gewesen. Nach Protestaktionen in mehreren Betrieben in München, Augsburg, Regensburg und Würzburg sowie der HBV-Fachgruppen mußte der Kapitalistenverband zusichern „die Fortsetzung der Tarifarbeit auf der Basis der bestehenden Verträge“. Damit sind Verhandlungen um einen neuen Manteltarif möglich.

Diskussionsverlangen = strafbare Nötigung

Mit dem Urteil des BGH gegen drei ehemalige Heidelberger Studenten wegen eines Vorlesungsstreiks 1976 in Höhe von 17, 20 und 23 Monaten Gefängnis ohne Bewährung sowie 6000, 4500 und 4400 DM Geldstrafe ist die Strafverfolgung von Kämpfen der Studenten weiter erleichtert. Eine mehrfache Forderung nach Diskussion ist danach schon

12000 Leute demonstrierten am 20.11. in Hamburg gegen die sog. Sparmaßnahmen im Jugend- und Sozialbereich. Am darauffolgenden Wochenende beschloß die SPD-Mehrheitsfraktion, die Erhöhung der Elternbeiträge in Kindertagesheimen zurückzunehmen. Nach diesem Erfolg wurde auf einem gemeinsamen Kongreß vieler Initiativen mit GEW und DGB-Jugend zum weiteren Kampf aufgerufen – ausgebaut wurde der SPD-Vertreter, der verkündete, daß von zu „sparenden“ 950 Mio. DM nun 13 Mio. DM wieder draufgelegt wurden.

„Nötigung“. Gegen das Urteil haben sich der Vorstand der VDS und die IG Druck München ausgesprochen. Verfassungsbeschwerden werden eingelegt. Weitere Maßnahmen der Heidelberger Justiz gegen Studenten in jüngster Zeit: Strafantritt für 9 Monate gegen S. Getachew. Urteil gegen T. Brückner von 9 Monaten o. B., die Entscheidung in einem zweiten Verfahren gegen ihn (1. Instanz: 22 Monate o. B.) steht unmittelbar an. Strafantritt für 14 Monate gegen M. Staab. Ein Amnestieantrag im ba-wü. Landtag wird von den Grünen vorbereitet.



500 demonstrieren gegen Vereidigung

Etwa 500 Menschen nahmen am 23.11. an der Demonstration gegen die Rekrutenvereidigung in dem Metallbetrieb Keiper in Rockenhausen/Pfalz teil. Die IG Metall war u.a. mit Delegationen aus Mainz, Ludwigshafen und Worms stark vertreten. Der Redner der IG Metall griff das Gelöbnis als Propagandamaßnahme für militaristische Ziele an, die auf der Tradition der faschistischen Reichswehr beruhe. Zur „Verbundenheit zwischen Bevölkerung und Soldaten“ fordere der DGB seit langem das uneingeschränkte Zutrittsrecht der Gewerkschaften zu den Kasernen sowie das Recht der Soldaten auf Teilnahme an gewerkschaftlichen und politischen Veranstaltungen in Uniform. Otl. von Stünzner, Kommandeur der Rekruten, darauf in der Presse: „... wir (beschwören) keine bösen Geister der Vergangenheit herauf, sondern zeigen, daß wir unseren Staat erhalten und weiterentwickeln wollen.“

Ausgesetzt, aber nicht eingestellt

Nürnberg. Am 24. November hat die 13. Strafkammer des Landgerichts nach acht Verhandlungstagen das Verfahren gegen die ersten zehn wegen schweren Landfriedensbruch Angeklagten ausgesetzt. Tags darauf erklärte der Justizminister Hillermeier die Staatsanwälte für abgelöst und ersetzt durch die Staatsanwaltschaft Regensburg, die jetzt Nachermittlungen durchführen soll. Der Grund: Die Staatsanwaltschaft hatte Akten mit entlastendem Material verschwinden lassen. Nachdem das „Ansehen der Justiz“ wieder her-

gestellt ist, wird es einen erneuten Anlauf geben, um zu einer Aburteilung zumindest eines größeren Teils der insgesamt 65 Angeklagten zu kommen. Es gibt schließlich die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das eine Verfassungsbeschwerde gegen die Massenverhaftungen ablehnte und dabei begründete: „Der dringende Verdacht, die Beschwerdeführerin habe sich des Landfriedensbruchs in einem besonders schweren Fall schuldig gemacht, drängt sich auf ...“ In einem zweiten Prozeß gegen Besetzer des Hauses Roritzerstraße 5 hat jetzt die Staatsschutzkammer Nürnberg erneut Haftstrafen bis zu einem Jahr verhängt mit der Begründung: Unterstützung einer kriminellen Vereinigung.

§129a – Ermittlung gegen die FAU

Zahlreichen politischen Gefangenen wurde in den letzten Wochen der Bezug der Zeitung „direkte aktion“ der Freien Arbeiter Union (FAU) verweigert. Begründung: Die Aushändigung sei geeignet, „die Sicherheit und Ruhe der Anstalt“ zu gefährden, da sich u.a. ein Artikel mit der Perspektive des Kampfes der politischen Gefangenen auseinandersetzt. Datiert vom 11.11. leitete dann der durchaus berüchtigte Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof Kuhn ein Ermittlungsverfahren in Sachen §129a ein, weil dieselbe Ausgabe der „direkten Aktion“ aus wohlverstandener journalistischer Pflicht abgedruckte Erklärungen der „Revolutionären Zellen“ und den Bekennerbrief der RAF bezüglich des Anschlags auf den US-General enthielt.



Der Internationale Metallarbeiterbund (IMB) hat „scharfen Protest“ gegen die erneute Verurteilung des brasilianischen Metallarbeiterführers Luis Inacio da Silva – genannt „Lula“ – sowie von zehn weiteren Führern der brasilianischen Metallarbeitergewerkschaft erhoben. Die elf Gewerkschaftsführer sind am 19.11. von einem Revisionsgericht in Sao Paulo erneut zu Gefängnisstrafen zwischen zweieinhalb und dreieinhalb Jahren verurteilt worden, weil sie den Streik von bis zu 250000 Metallarbeitern im Gebiet von Sao Paulo im April und Mai 1980 gegen die Automobilmonopole VW, Mercedes, Ford, General Motors, Fiat und Saab geführt hatten. In diesem Streik (Bild: Streikversammlung) hatten die Arbeiter – vergeblich – versucht, den freien Zugang ihrer Gewerkschaften zu den Betrieben, eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden, 15% Lohnerhöhung und vierteljährliche statt bisher halbjährliche Anpassung ihrer Löhne an die Inflationsrate – zur Zeit über 100% – durchzusetzen.

HBV

Mehrwöchiger Streik im Duden-Verlag um Haustarifvertrag

Mannheim. Im Duden-Verlag Mannheim, in dem seit Bismarck die Standardwerke der deutschen Rechtschreibung erscheinen, streiken seit dem 6.11. die Beschäftigten für einen Haustarifvertrag. 130 der ca. 160 Angestellten sind in der Gewerkschaft HBV organisiert, am Streik beteiligten sich ständig 100–120 Kollegen. Die Geschäftsleitung hat per einstweiliger Verfügung durchgesetzt, daß Lastwagen zum Lager zugelassen werden, nachdem die Streikenden an den ersten Tagen Autoblockaden errichtet hatten und dann selbst durch Menschenketten das Lager blockiert hatten.

Diesem Streik gingen im März/April 1981 vier Warnstreiks voraus. Die HBV hatte über ein Jahr lang versucht, mit dem Arbeitgeberverband Buchhandel/Verlage zu einem Flächentarifabschluß für Baden-Württemberg/-Bayern zu kommen. Es ging vor allem um eine neue Eingruppierungs- und Entgelttarifstruktur, die die Niedriglohngruppen von 1308 bis 1400 DM (Gruppe I) und ab 1306 bis 1750 DM (Gruppe II) abschaffen sollte. Besonders für die Beschäftigten der kleinen und mittleren Buchhandlungen, aber auch für die Verlagsbeschäftigten in den unteren Gruppen war das dringend nötig. In diesen Gruppen werden im Verlag – wenn überhaupt – die niedrigsten übertariflichen Zulagen gezahlt.

Der zweite wichtige Effekt sollte die tarifliche Absicherung der im Verlagswesen durchschnittlich gezahlten Effektivgehälter sein. Nachdem die HBV die Verhandlungen für gescheitert erklärt hatte, verlegte sie den Kampf in die großen Betriebe, vor allem die Verlage. Daran änderte auch nichts, daß die Verleger und Buchhändler freiwillig den DAG-Abschluß von 5,3% für die Beschäftigten in Baden-Württemberg/Bayern zahlten. Das Ziel war, in jedem einzelnen Betrieb einen Haustarifvertrag abzuschließen, aber mit dem Preis, die kleinen und mittleren Buchhandelsbelegschaften im Moment nicht in die Kämpfe miteinbeziehen zu können. Eine Haustarifforderung für den Duden-Verlag wurde aufgestellt, die zum Ziel hatte, die durchschnittlich in Baden-Württemberg gezahlten Verlagsgehälter zu tarifieren. „Im Duden-Verlag werden Löhne und Gehälter gezahlt, die mit Abstand das Schlußlicht im Verlagswesen in Baden-Württemberg bilden ... Im März 1981 betrug das durchschnittliche Effektivgehalt ei-

nes Redakteurs im Duden-Verlag 2800 DM brutto.“ (HBV-Landesleitung Baden-Württemberg) Nach dem neuen Haustarifvertrag im Haufe-Verlag, Freiburg, ist ein Redakteur bei 4500 DM eingruppiert.

Die unteren Gehaltsgruppen (I – III) machen im Duden-Verlag ca. die Hälfte aus. Die HBV rechnete aus, daß die Duden-Kapitalisten die Ertragskraft des Verlages allein 1980 um 97,1% (1,737 Mio. DM) steigern konnten, im Vergleich zu anderen Betrieben „sensationale Zahlen“. (HBV-aktuell-Info Nr. 3, unter der Überschrift: Der Duden-Verlag – eine Goldgrube für Aktionäre und Vorstand!)

Die Taktik der Duden-Verlagskapitalisten, zuerst gestützt durch ihren Verband, sich vor einem Tarifaßschluß mit der HBV zu drücken, nahm übelste Formen an.

1. Eine Tarifvereinbarung mit der HBV über mindestens 10% plus Strukturverbesserungen erklärte der Arbeitgeberverband nachträglich für ungültig und ließ sich dies vom Gericht noch bestätigen.

2. Die Geschäftsleitung versuchte durch Flucht in den Groß- und Außenhandelsverband (G/A) für den Verlag einen billigeren Tarif in Kraft treten zu lassen. Dieser Versuch scheiterte bis jetzt in der ersten Instanz vor dem Arbeitsgericht.

3. Im Zusammenhang damit führte die GL einen Prozeß gegen den Streik, da ja der Groß- und Außenhandelsverband für den Betrieb gültig sei und somit Friedenspflicht bestünde. Auch dieser Versuch scheiterte mit demselben Arbeitsgerichtsurteil.



Die Streikposten verpflegen sich vor dem Betrieb

All diese Versuche sind Angriffe auf die Tarifhoheit und das Streikrecht. Der Streik im Duden-Verlag ist deshalb wichtig für die gesamte Branche. Die Beschäftigten haben bis jetzt großes Durchhaltevermögen bewiesen und wurden von vielen Betrieben durch Solidaritätsadressen und Spenden unterstützt. Die Geschäftsleitung hat inzwischen Kündigungsdrohungen gegen eine Reihe von Beschäftigten ausgesprochen, nachdem ein Angebot von 3% bei einem Spitzengespräch am 27.11. als Hohn bezeichnet und abgelehnt worden war. Eine Streikversammlung am 28.11. hat jedoch gleich darauf einheitlich erklärt, den Kampf noch weiter und härter führen zu wollen.

Siemens

Schrumpfen, um zu expandieren

München. „Jetzt muß Kaske (Vorstandsvorsitzender der Siemens AG) Wildwuchs kappen wie ein Gärtner, um weiteres Wachstum nicht zu gefährden.“ So kommentierte die Presse die Entlassungspläne gegen 24000 Siemens-Beschäftigte im In- und Ausland. Haupträumgebiete sind für die Siemens-Kapitalisten die Bereiche Datenverarbeitung, wo ganze Bereiche aufgelöst werden, und der Bereich Bauelemente.

Allein in München sind 3000 „Freisetzungen“ geplant, bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl von ca. 40000. Im Bereich Bauelemente München bedeuten die 800 Entlassungspläne ca. 15% der Belegschaft. Was die Siemens-Kapitalisten mit den Entlassungen planen, wird aus der Entwicklung des Umsatzes, der Beschäftigtenzahl und der Dividende deutlich: Nach den Entlassungen von 20000 in den Jahren 1967/68 stieg der Umsatz innerhalb von zwei Jahren von 7,9 Mrd. DM auf 10 Mrd. DM, die Dividende von 140 auf 159 Mio. DM. Bei der nächsten Entlassungswelle 1974/75 kletterte der Umsatz von 17 auf 20 Mrd. DM, die Dividende von 226 auf 250 Mio. DM. Und so soll es nach den Vorstellungen der Vorstandsherren auch weitergehen: Schrumpfen, um in Jahresfrist wieder zu expandieren. Und das mit Millionenzuschüssen des Bundesministeriums für Forschung. In den Bereich Bauelemente fließen allein ca. 80 Mio. DM Forschungsgelder. Auf drei Hauptbereiche konzentriert sich die Verwendung dieser Mittel, auf die Produktforschung, auf die Umstellung der Produktion in computergesteuerte Linien und auf den Kauf neuer Maschinen. In der Kurzarbeitsphase im Be-

reich Einzelhalbleiter wurde diese Umstellung angegangen, jetzt werden aus der Kurzarbeit Entlassungen.

Die Siemens-Kapitalisten gehen nicht nur an die Umwälzung der Produktionslinien, sondern verringern ebenso den Eigenmaschinenbau und damit die Versuchswerkstätten und den Werkzeugbau. Von den 90 Arbeitern und Angestellten in diesem Bereich in München Balanstraße sollen 30 Facharbeiter und 10 Angestellte „freigesetzt“ werden. Was bezweckt die Geschäftsleitung mit diesem Schritt? Aufträge werden an andere Firmen gegeben, wo die Auftragskonkurrenz groß ist und Siemens die Bedingungen diktiert. Zum anderen werden hochqualifizierte Fachkräfte freigesetzt, denen angeboten wird, in der Produktion als Maschinenführer im Zwei-Schichtbetrieb zu arbeiten. Ein gutes Geschäft für Siemens – doch der Werkzeugmacher kann seinen Beruf nach langjähriger Tätigkeit auf so einer Stelle vergessen.

Der Betriebsrat im Werk München Balanstraße hat eine außerordentliche Betriebsversammlung einberufen. Der neue Bereichsleiter wurde aufgefordert, anwesend zu sein, um die Forderungen der Belegschaft zu hören.

Bayerischer Staatshaushalt Haushalt der „absoluten Solidität“

München. Der bayerische Finanzminister Max Streibl preist den vom Ministerrat Anfang November gebilligten Nachtragshaushalt 1982 als einen „echten Sparhaushalt“ an, die „bayerische Alternative“ zur verfehlten Finanzpolitik des Bundes. Um diesen „echten Sparhaushalt“ zu bewerkstelligen, ist ein Schwerpunkt die Umschichtung von konsumtiven Ausgaben, insbesondere Personalausgaben, zu den Investitionsausgaben.

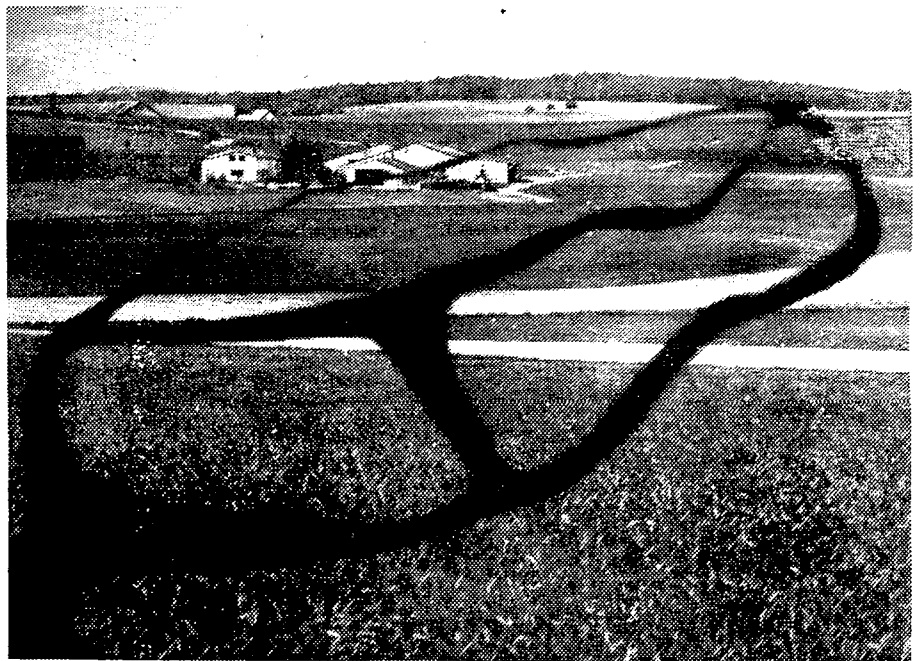
So ist ein wesentlicher Punkt des Streiblschen Sparhaushalts die Sperrung und schließliche Einziehung von 1380 freiwerdenden Stellen in der Zeit von 1. Juli 1982 bis zum 30. Juni 1984. Davon sollen allein im Bereich des Kultusministeriums 711 Stellen gestrichen werden. Rund 280 Mio. Mark rechnet die Landesregierung, durch Kürzungen bei den Personalkosten – einschließlich der von der Bundesregierung vorgesehenen Lohnkürzungen – einsparen zu können. Weiterhin sollen zahlreiche freiwillige Leistungen eingefroren werden, so z.B. das Darlehensprogramm „Junge Familie“.

Um 4,9% ist der Staatshaushalt erhöht worden, die Staatsausgaben steigen um 23,5 Mio. DM auf 35,06 Milliarden DM. „Schlußlicht“ bei der

Staatsverschuldung, „Spitzenreiter“ bei der Investitionsrate im Ländervergleich, so rühmt Streibl seinen „echten Sparhaushalt“. Um 230 Mio. DM auf rund 7,6 Milliarden DM (1981: 7,3 Mrd. DM) erhöhen sich die Investitionen, die Investitionsquote steigt von 21,6 auf 22,2 Prozent. Die Schwerpunkte bei den Investitionen liegen beim Wohnungsbau, beim Studentenwohnheimbau, bei der Förderung des Baus von Abwasseranlagen, beim Staatsstraßenbau, bei der Förderung des Mittelstandes und des Handwerks, beim Fernwärmeprogramm, bei der Landwirtschaftsförderung sowie beim Krankenhausbau. Dabei soll vorrangig in strukturschwächeren Gebieten investiert werden. Bis 1982 sollen die Investitionsausgaben auf 8,2 Milliarden Mark steigen. „Um dies finanzieren zu können, will die Regierung im Personalbereich vom Stellenzuwachs der vergangenen Jahre auf Stellenabbau

umschalten und zur Bewältigung neuer Aufgaben künftig ausschließlich das Instrument der Stellenumschichtung einsetzen.“ (Finanzminister Streibl)

Auf einer Protestveranstaltung der ÖTV in München am 26.11. gegen die „arbeitnehmerfeindlichen Sparbeschlüsse“ bestätigten die 1350 Anwesenden die Beschlüsse des Hauptvorstandes vom 24.11. in einer gemeinsamen Resolution: Eine Kürzung der Bezüge um 1% über Aufkündigung der Zulagen-Tarifverträge bei den Arbeitern soll durch gemeinsames Vorgehen verhindert werden. Bei Scheitern der Verhandlungen Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik. In der Tarifrunde kein Verzicht auf Ausgleich der Inflationsrate. Dem vorausgegangen waren Protestaktionen der DPG in München und Augsburg, sowie zahlreiche Resolutionen gegen die Sparmaßnahmen auf Mitglieder- und Delegiertenversammlungen der ÖTV und DPG.



Teststrecke Boxberg

Für Daimler-Benz und Regierung weiterhin von „landespolitischem Interesse“

Schon im Sommer hat das bad.-württ. Landesamt für Flurbereinigung und Siedlung das im Dezember 1980 angeordnete Flurbereinigungsverfahren Boxberg/Assamstadt gestoppt, bis über die Normenkontrollklage gegen den Bebauungsplan für die Daimler-Benz-Teststrecke entschieden wird. Mit einem Urteil des Verwaltungsgerichtshofes Mannheim ist zum Frühjahr 1982 zu rechnen. Am 10. November hat nun das Landesamt den Flurbereinigungsbeschuß aufheben müssen. Angeordnet wurde die Flurbereinigung damals, um Voraussetzungen für die Enteignung der Bauern und

Grundstückseigentümer zu schaffen, die zum Verkauf an die Landsiedlung bzw. Daimler-Benz nicht bereit sind. Ein Verfahrensfehler sei bei diesem Beschluß unterlaufen, stellt der Landwirtschaftsminister Weiser fest, „denn er wurde vom Präsidenten des Landesamtes ... erlassen, obwohl er als Mitglied des Aufsichtsrates der Landsiedlung Bad.-Württ. GmbH insoweit für das Landesamt nicht tätig werden durfte ... Hierdurch ist jedoch das Flurbereinigungsverfahren nicht ... erledigt“ (Aufhebungsbeschuß).

Noch im April 1981 hat das Landwirtschaftsministerium 160 Widersprü-

che gegen die Flurbereinigung zurückgewiesen, obwohl in deren Begründung u.a. die Befangenheit des Präsidenten Eilfort festgestellt wurde: „Der Präsident ... hat mehrere gemeinsame Besprechungen von Behörden zusammen mit der Fa. Daimler-Benz und Vertretern der Stadt Boxberg ... teils geleitet und teils an ihnen teilgenommen. Im Rahmen dieser Gespräche hat er erklärt, er werde eine Unternehmensflurbereinigung anordnen ...“ Dies geschah schon zu einem Zeitpunkt, als die Pläne noch nicht endgültig beschlossen waren und noch kein Antrag dafür vorlag. Mit dem Aufhebungsbeschluß versucht die Landesregierung, den Bau der Teststrecke rechtlich abzusichern, denn schon zwei Tage später wurde mit der Terminierung einer neuen Aufklärungsversammlung auf den 10. Dezember eine Neuauflage des Flurbereinigungsverfahrens vorbereitet.

Weitere Bedingung für den Baubeginn ist die Baugenehmigung, die vom Landratsamt am 14. Oktober erteilt wurde mit der Auflage, daß Daimler-Benz zuerst im Besitz aller Grundstücke sein müsse. Außerdem wurde die Daimler-Benz AG zur Zahlung einer sog. naturschutzrechtlichen Ausgleichsabgabe von 3,535 Mio. DM verpflichtet. Allerdings entspricht diese Summe in etwa dem Betrag für die Grunderwerbssteuerbefreiung, die der damalige Innenminister Späth Daimler-Benz schon am 13.4.1978 in Aussicht gestellt hat. An weiteren staatlichen Fördermitteln kann der Konzern 10% der Bausumme, ca. 20 Mio. DM, erwarten sowie die Kostenübernahme der Straßenneubauten für die Teststreckenzufahrt mit etwa 30 Mio. DM. Bei diesen über 50 Mio. DM sind eventuelle Subventionen aus dem Militär-etat, wegen der militärischen Bedeutung des Projekts, nicht enthalten.

Die Grünen haben am 27. Oktober im Landtag eine 57 Fragen umfassende große Anfrage zur Teststrecke eingebracht. Gefragt wird u.a. nach dem Zusammenhang zu dem ca. 500 m entfernten NATO-Tanklager und einer Nutzung als Flughafen im Kriegsfall, nach dem Anteil der öffentlichen Mittel für dieses Projekt, nach der Anzahl und Qualität der versprochenen Arbeitsplätze, nach der Provision, die die Landsiedlung von Daimler-Benz für den Landkauf erhält, und wieso Daimler-Benz als Nichtlandwirt im Grundbuch bereits als Eigentümer landwirtschaftlicher Grundstücke eingetragen ist. Im Vorfeld der Landtagsdebatte, die im Januar zu erwarten ist, hat Kretschmann (Grüne) erklärt, es sei nicht einzusehen, daß hier „Land, das sowieso schon dauernd überbaut wird, weiter dem Konkurrenzprinzip der Konzerne geopfert wird“.

Anläßlich einer Delegationsreise von SPD-Bundtagsabgeordneten erklärte die Stuttgarter Abgeordnete Hartenstein im November, sie sei „prinzipiell gegen die Teststrecke“, allerdings sei dies ihre persönliche Meinung. Die SPD-Landtagsabgeordnete Adler machte wenige Tage später „der enorme Landbedarf sehr betroffen“, aber beim Gespräch mit Boxbergs Bürgermeister Zipperle hat sie nicht gegen die Teststrecke Stellung bezogen. Im August haben die Abgeordneten Weng und Vollmer (FDP-MdL) für die Teststrecke plädiert: „Einem Unternehmen von der Größe Daimler-Benz müssen in einer freien Wirtschaftsordnung Entwicklungsmöglichkeiten gegeben werden.“ Jetzt wurde bekannt, daß die FDP-Fraktion mehrheitlich eine positive Stellungnahme zur Teststrecke abgelehnt hat. Der Tauberbischofsheimer IG Metall-Bevollmächtigte Exner hat vor einigen Wochen zur Arbeitsplatzpropaganda von Daimler festgestellt, „daß zwar durch das Daimler-Benz-Vorhaben einige Betriebe angelockt worden sind ... es handelt sich um Zweigbetriebe, bei denen in Strukturkrisen ein Abbau von Arbeitsplätzen aber sehr schnell denkbar ist“.

Die Aufhebung des Flurbereinigungsverfahrens ist ein Ergebnis des fast vierjährigen Widerstandes gegen die direkte Unterwerfung einer ganzen Region unter das Diktat eines Konzerns. Die Absichten von Daimler und CDU-Landesregierung haben sich jedoch keinesfalls geändert. Daimler-Direktor Schmidt erklärt, daß es keine Alternativen gäbe: „Auf 170 Märkten in der Welt muß Daimler-Benz wettbewerbsfähig bleiben.“ Wenig später setzt Minister Weiser nach: „... daß es nach wie vor im landespolitischen Interesse liegt, die Teststrecke in Boxberg zu bauen, und daß die Landesregierung für dieses Projekt eintritt.“

Studenten Aktionen gegen Überlastprogramm

Braunschweig. Am 16.11.81 besetzten ca. 100 Biologiestudenten der TU Braunschweig den Hörsaal des Botanischen Instituts (Bild), um ihren Forderungen nach mehr Lehrpersonal und mehr Räumen Nachdruck zu verleihen. Nach vier Tagen wurde die Besetzung vorerst abgebrochen, da Verhandlungen mit einer Kommission des Ministers in Aussicht gestellt wurden.

Seit 1977 hat sich das Betreuungsverhältnis von zehn Studenten pro Lehrperson auf 14 (WS 79/80) verschlechtert. Die Biologiestudenten fordern die Wiederherstellung des Verhältnisses von 1977. Am Fachbereich Chemie

wurden zum Wintersemester 107 Diplomstudenten zugelassen, obwohl nur 60 Praktikumsplätze zur Verfügung stehen.

Erst nach massivem Druck auf den Präsidenten und Fachbereichsrat wurden Sondermittel bereitgestellt, die eine Durchführung des Praktikums für alle ermöglichen können. Ein Literatur-einführungskurs am Fachbereich Germanistik war zu Beginn des Semesters mit ca. 65 Teilnehmern in einem Raum für 30 total überfüllt. Nach längeren



Verhandlungen mit den Professoren konnte ein Parallelkurs durchgesetzt werden. Am Fachbereich Geologie wurden in diesem Semester 52 Erstsemester zugelassen gegenüber maximal 16 in den vergangenen Jahren.

Zwar steht die Berechnungsmethode der Zulassungszahlen gemäß Kapazitätsverordnung seit 1976 fest und damit auch die Überlast an den Hochschulen, da konkrete Studienbedingungen wie Studiengang und Raumsituation ausdrücklich nicht in die Berechnung eingehen, doch tritt die Wirkung erst seit dem letzten Jahr in Verbindung mit den Sparmaßnahmen von Bund und Land so kraß hervor. Im August 1980 hat die Niedersächsische Landesregierung ihr Ausbauziel von 85500 flächenbezogenen Studienplätzen im Land um 4700 reduziert, obwohl die Studentenzahlen weiter steigen werden. So mußte die KMK jetzt ihre Studentenzahlprognose von 1978 nach oben hin korrigieren: Für 1990 werden jetzt bundesweit ca. 26000 mehr Studienanfänger erwartet als 1978 prognostiziert.

Eine TU Vollversammlung mit ca. 900 Teilnehmern am 16.11. beschloß, die VDS-Aktionstage vom 7.-12.12. für die Entwicklung gemeinsamer Forderungen der Fachschaften gegen das Überlastprogramm (Veranstaltungen, Untersuchungen) zu nutzen und die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu verbessern.

Mit „Heimen der offenen Tür“ gegen selbstverwaltete Jugendzentren

Gleich nach dem Krieg begann die amerikanische Besatzungsarmee mit der Gründung der sogenannten GYA-Heime (german youth activities), eine Art offener Jugendheime, um „der sozialen und materiellen Not der Nachkriegsjugend“ zu begegnen, sowie „der Gefahr der politischen Radikalisierung“. Da es der sich neu bildenden westdeutschen Bourgeoisie nicht gelang, den überwiegenden Teil der Jugend in den bestehenden Jugendverbänden zu organisieren (Anfang der 50er Jahre nur jeden vierten), griff sie die Idee auf und legte 1953 mit den sogenannten „Gautinger Beschlüssen“ den Grundstein für den Aufbau der Heime der offenen Tür, die die CDU noch heute propagiert. Die Heime sollten „weltanschaulich neutral“ und für alle Jugendlichen offen sein. In der Praxis stellte sich aber bald heraus, daß das nur ein Versuch war, die Freizeit der nicht organisierten Jugendlichen zu verwalten; die Besucherzahlen waren rückläufig. Stattdessen griff die Bildung von Clubs immer mehr um sich, Filmstar-Clubs, Tanz-Clubs, Kino-Clubs.

Der Staat versuchte, diese Clubs in den Griff zu bekommen, indem Zuschüsse gewährt wurden, wenn sich die Clubs als eingetragener Verein registrierten, und indem verschiedene Jugendämter von sich aus Clubs gründeten. Obwohl die eingetragenen Clubs 1959 bereits ca. 130000 Mitglieder hatten, blieb es im wesentlichen eine eigenständige Bewegung. Man traf sich irgendwo privat, in einem Keller oder in der Kneipe.

Einen wesentlichen Schritt voran machte die Jugendbewegung Ende der 60er Jahre mit der Forderung nach selbstverwalteten Räumen oder Häusern, die von der Stadt oder Gemeinde finanziert werden sollen. Wenn auch die spektakulären Aktionen um selbstverwaltete Jugendzentren (SJZ) in großen Städten waren wie z.B. um das Georg-v. Rauch-Haus in Westberlin, so bekam die Jugendzentrumsbewegung ihren größten Aufschwung in ländlichen Gebieten und kleineren Städten. Eine Umfrage des ARD-Magazins „Diskus“ ergab 1974, daß 80% aller Jugendzentrums-Initiativen in Orten zwischen 5000 und 50000 Einwohnern

bestanden. In den größeren Städten gab es zumindest noch kommerziell betriebene oder staatliche Jugendeinrichtungen, in den kleineren Orten aber gab es schlicht nichts, außer vielleicht mal eine Disco.

1974 schätzte die Zeitschrift „Deutsche Jugend“ die Zahl der Initiativgruppen auf 800 bis 900. Fast keinem Kreis, keiner Partei blieb es erspart, sich irgendwie mit diesem Problem auseinanderzusetzen. Die CDU geht auf Ablehnung. In ihren „Jugendpolitischen Leitsätzen“ heißt es: „Unabhängige Jugendzentren werden von der CDU nicht unterstützt, da einerseits die Gefahr einer unpluralistischen und an den Interessen und Bedürfnissen nur eines kleinen Teils der jungen Menschen orientierten Gestaltung sehr groß ist, und andererseits die Kommune die von ihr unterstützten Projekte verantworten muß.“ Die SPD will Mitbestimmung: „In den öffentlichen Jugendfreizeitzentren muß den jungen Menschen eine qualifizierte Mitbestimmung in personellen, konzeptionellen und organisatorischen Fragen und weitestgehende Selbstorganisation gewährt werden.“ (Parteitagbeschuß 1975). An den einzelnen Orten können den Parteien allerdings oft weitergehende Beschlüsse abgerungen werden, z.B. hat sich der Bezirksparteitag der SPD in Hannover 1977 ganz eindeutig für SJZ ausgesprochen, Jusos und Jungdemokraten unterstützen den

Jugendfreizeitstätten und die Forderungen der Jugendlichen dazu

Institutionen, die der offenen Jugendarbeit dienen, reichen von „Heimen der offenen Tür“, die eine kommunale Einrichtung sind, genau wie ein Schwimmbad, bis zu selbstverwalteten Jugendzentren, die zwar Geld von den Kommunen erhalten, sonst aber möglichst unabhängig zu bleiben versuchen. Die Heime der offenen Tür sind meist finanziell und personell gut ausgestattet, weil sie Vorzeigestücke der Kommunen sind und in Konkurrenz zu den Selbstverwalteten Jugendzentren (SJZ) besser dastehen sollen. Sie entsprechen aber nur in sehr eingeschränktem Umfang den Interessen der Jugendlichen. An den Wochenenden sind sie häufig gar nicht geöffnet, werktags nur bis 20 Uhr. Gruppen, die dort tagen wollen, müssen bei der Stadt einen Antrag stellen, wie sowieso alles, was dort vor sich geht, erst durch die Verwaltungsmühlen der Stadt geschleust werden muß. Die Sozialarbeiter in diesen Heimen sind von der Stadt angestellt, sind dann natürlich an die Weisungen der Stadt gebunden.

SJZ dagegen sind fast ohne Ausnahme von Jugendlichen gegen die Stadt oder Gemeinde erkämpft worden. In der Regel ist von den Jugendlichen und Leuten, die das unterstützen, ein Trägerverein gegründet worden, der dann mit der Stadt die Verträge abschließt. Dieser Vertrag beinhaltet normalerweise, daß den Jugendlichen Räume oder ein Haus einschließlich Einrichtung von der Gemeinde zur Verfügung gestellt wird, daß die laufenden Kosten übernommen werden und daß die Stadt den Jugendlichen jährlich eine Summe Geld zur Verfügung stellt, woraus die inhaltliche Arbeit bestritten werden kann und woraus der Verein die hauptamtlichen Kräfte für das SJZ einstellen kann. Um diesen Punkt gibt es die meisten Auseinandersetzungen. Häufig haben sich die Städte oder Gemeinden vorbehalten, die Einstellung des Personals selbst vorzunehmen. Sie behalten damit einen wichtigen Einfluß auf das JZ; zwar hat der Verein in der Regel ein Mitspracherecht bei der Einstellung, trotzdem kann die Stadt, vor allem wenn es zu Auseinandersetzungen

gen mit den Jugendlichen kommt und die Mitarbeiter sich auf die Seite der Jugendlichen stellen, rein rechtlich immer Gründe finden, um Mitarbeiter zu entlassen oder per Dienstanweisung zu reglementieren. Einige SJZ haben deshalb ganz auf hauptamtliche Kräfte verzichtet, so z.B. in Wedel bei Hamburg oder in Ahrensburg, Schleswig-Holstein. Das bedeutet dann natürlich, daß alle Hausarbeiten, Verwaltungsangelegenheiten, anfallende Schwierigkeiten usw. von den Jugendlichen im wesentlichen selbst erledigt werden müssen.

Ein typisches Beispiel für ein teil-selbstverwaltetes JZ ist Niebüll in Nordfriesland. Die Stadt hat mit dem Trägerverein einen Vertrag ausgehandelt, der die obengenannten Sachen enthält. Allerdings wird das Personal von der Stadt eingestellt. Der Verein hat alle ihm aus dem Vertrag erwachsenen Rechte den Selbstverwaltungsorganen der Jugendlichen übertragen, einschließlich der Verfügung über das Geld. Um die politischen Aktivitäten einzudämmen, die vom JZ ausgehen, spielt die Stadt ihre Karten voll aus: Dienstanweisungen an den Erzieher,

Aufbau von SJZ in ihren Beschlüssen.

Die Gemeinden reagieren durch finanzielle und verwaltungsmäßige Gängelung. Wenn nach jahrelanger Hinhaltetaktik den Jugendlichen schließlich ein Jugendzentrum (JZ) zugestanden wird, müssen erst Vereine gegründet werden und komplizierte Verträge abgeschlossen werden, wo dann nur noch Spezialisten durchblicken (siehe Kasten). 1974 gab es eine Untersuchung von M. Goschler über Jugendzentren in Schleswig-Holstein. Die 22 befragten Jugendzentren hatten durchschnittlich nur 7500 DM pro Jahr zur Verfügung, 10 davon sogar nur unter 2000 DM. Außerdem wurden von den Gemeinden dauernd die bestehenden Verträge gekündigt, um neue Gängelungsklauseln durchzusetzen. In Niebüll (Nordfriesland) z.B. jetzt schon das dritte Mal seit dem sechsjährigen Bestehen. Um diesem Druck zu widerstehen, mußte sich die JZ-Bewegung besser organisieren. Es wurden Koordinationstreffen organisiert und Mitteilungsblätter herausgegeben. Ab 1975 etwa begann dann der Aufbau von Landesorganisationen und einer Bundeszentrale, die inzwischen auch regelmäßig eine bundesweite Zeitung herausgibt. Im Saarland beschäftigt der Landesverband sogar eine hauptamtliche Kraft, in Schleswig-Holstein dagegen gibt es lediglich ein Koordinationsbüro und unregelmäßig stattfindende Landestreffen.

über lange Zeit nur befristete Einstellung, Schikanen bei Geldangelegenheiten und jetzt zum Jahresende auch noch die Kündigung des Vertrages zwecks Durchsetzung eines für die Jugendlichen schlechteren. Die Forderungen der Jugendlichen sind: Mehr Einfluß bei der Einstellung des Personals, Erhöhung der finanziellen Mittel, Verlängerung des Vertrages, freie Betätigung für alle im JZ!



Neuerdings versucht vor allem die CDU, die JZ-Bewegung stärker in die Zange zu nehmen und zwar entweder durch den großzügigen Aufbau sogenannter Heime der offenen Tür oder durch eine so starke Gängelung der Jugendzentren, daß fast kein Unterschied mehr zu den Heimen ist. In Niebüll z.B. sollen in einem neuen Vertrag die Kontrollpflicht des Erziehers verstärkt werden, eine altersmäßige Begrenzung eingeführt werden und die Öffnungszeiten verkürzt werden. Dagegen ist in Tarp, einem Mittelpunkt in Schleswig-Holstein, ein Haus der Jugend für 1,2 Mio. DM errichtet worden mit Werkstatt, Fotolabor und etlichen Veranstaltungsräumen. Oder in Neumünster ist eine alte Fabrik für 15 Mio. DM in ein Haus der Jugend umgebaut worden, während das Jugendzentrum in einem alten Kino ist. Der Forderung nach Umzug in eine alte Schule ist bisher nicht stattgegeben worden.

Lehrerreferendare Gegen die Sparmaßnahmen des Bremer Senats

Bremen. Wie aus einer Umfrage des Bildungssenators zum Lehrerberuf vom August 81 hervorgeht, fehlen an Bremens Schulen über 6000 Lehrerwochenstunden, d.h. über 4% oder 250 Stellen sind unbesetzt. An den Berufsschulen treten teilweise über 10% Fehlstunden auf. Gleichzeitig sind über 300 Lehrer in Bremen arbeitslos gemeldet und plant der Senat im Rahmen seiner Sparmaßnahmen 1983 die Streichung von 223 Lehrerstellen.

Seit Juli 81 werden nur noch Angestelltenverträge vergeben. Zur Zeit gibt es über 200 Verträge mit maximal neun Wochenstunden, so daß nicht mal Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht.

Der Kampf der Referendare gegen diese Senatspolitik konzentriert sich auf die Forderung nach Abschaffung des bedarfsdeckenden Unterrichts. Mit dem bedarfsdeckenden Unterricht während der Ausbildungszeit (drei Referendare ersetzen einen Lehrer) werden 172 Planstellen eingespart.

Trotz Androhung von Disziplinarmaßnahmen des Leiters vom Institut für Schulpraxis wurde in der letzten Woche die Urabstimmung für einen Demonstrationsstreik durchgeführt und sprach sich $\frac{1}{3}$ der Referendare dafür aus. Damit wurde noch nicht die erforderliche Mehrheit erreicht, sind aber die Bedingungen günstig, um den Kampf weiter zu führen.

Stützen können sich die Referendare dabei auf den Beschluß der Lehrpersonalversammlung. Ca. 2000 stimmten für die Abschaffung des bedarfs-



Trotz Drohungen des Bildungssenators demonstrierten 15000 Bremer Schüler am 6.10.81 während der Schulzeit gegen die Sparmaßnahmen der Landesregierung.

deckenden Unterrichts und die Einstellung aller ausgebildeten Lehrer.

Auch die Stellungnahme der Bremer GEW an den Leiter des Instituts für Schulpraxis ist nützlich. Darin heißt es: „Ihre Position, daß ein Beamtenstreik verfassungsrechtlich untersagt sei, ist nicht die Rechtsposition der GEW. Die in Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz garantierte Koalitionsfreiheit macht keine Einschränkung und gilt für alle Arten von Beschäftigten. Sie schließt das Streikrecht ein. Der Beamtenstreik ist weiter durch Artikel III der Europäischen Menschenrechtskonvention garantiert, die den Rang eines innerstaatlichen Gesetzes besitzt. Wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einer Ende 1976 getroffenen Entscheidung betonte, müssen auch Gewerkschaften, die schwerpunktmäßig die Interessen von Beamten vertreten, das Recht haben, „für die Interessen ihrer Mitglieder zu kämpfen“.“

Fritz Werner Rationalisierung in Konstruktionsbüros

CAD steht für Computer Aided Design, zu deutsch sinngemäß: rechnergestütztes Entwerfen und Konstruieren. Die Deutsche Industrieanlagen Gesellschaft (DIAG) richtet jetzt in ihrem Westberliner Fritz Werner Werk den ersten CAD-Arbeitsplatz ein. Kosten: 250000 DM.

Seit 1970 haben die Kapitalisten intensiv an der Entwicklung des CAD-Systems gearbeitet. Zu diesem Zeitpunkt bestanden im Jahresdurchschnitt 7305 offene Stellen im Beruf

des technischen Zeichners. Heute kann mit Hilfe der Komponenten-Konstruktion über das CAD-System jederzeit jedes beliebige Teil dreidimensional auf einem Bildschirm dargestellt werden. Gleichzeitig ist es möglich, durch entsprechende Programmierung den Zusammenbau verschiedener Teile konstruktiv auf dem Bildschirm zu vollziehen, sowie in beliebiger Weise Veränderungen durchzuführen (Vergrößern, Verkleinern, andere Bohrungen, Winkelmaße usw.). Darüberhinaus kann über einen Schnellzeichner und -drucker (Plotter) jede Bildschirmkonstruktion als fertige Werkstattzeichnung ausgeworfen werden.

Für die Kapitalisten bietet sich mit der Einführung dieses Systems nach den Berechnungen der IG Metall die Möglichkeit, zwei Drittel aller Arbeitsplätze in den Konstruktionsbüros zu beseitigen. Fritz Werner-Betriebsführer Schulz will folglich die Ausbildung von technischen Zeichnern ab 1982 einstellen. Der Betriebsführung liegt eine Studie zur Einführung des CAD-Systems vor, in der aufgrund der hohen Kosten und der schnellen Überalterung durch permanente Neuentwicklungen Schichtarbeit und Leistungskontrolle für die Arbeit an CAD-Geräten empfohlen wird.

Der Betriebsrat arbeitet gegenwärtig mit Unterstützung der IG Metall eine Betriebsvereinbarung aus, deren wesentliche Bestandteile sein sollen: stündlich fünfzehnminütige Pausen, Einrichtung zusätzlicher Pausenräume, Begrenzung der Arbeitszeit an den Bildschirmen auf vier Stunden täglich, keine Einführung von Schichtarbeit, keine Kündigungen in Folge der Einführung von CAD.

IG Druck und Papier Neue Lohnstruktur wird angestrebt

München. In der letzten Novemberwoche beschäftigte sich die Tariff Kommission für die Druckindustrie mit Forderungen für eine neue Lohnstruktur. Damit folgt sie einem Auftrag des Gewerkschaftstages von 1980.

Verschiedene Entwicklungen im Lohngefüge haben diese Überlegungen notwendig gemacht: 1. Die übertariflichen Zulagen haben sich immer weiter von der Tarifwirklichkeit entfernt. Während es der Gewerkschaft bis 1980 gelungen war, die Tariflöhne auf einen Abstand von 74% (8,82 DM) bis 120% (14,30 DM) vom Ecklohn einzugrenzen, haben die Kapitalisten die Spanne



Die Mehrheit der weiblichen Beschäftigten ist in den Lohngruppen I–III beschäftigt.

der effektiven Bezahlung von 76,3% (9,05 DM) bis 145,4% (17,33 DM) ausgedehnt. Dabei gilt die untere Marke für Tischarbeit in der LG I, die obere für Scanner-Operator, jeweils im Bundesdurchschnitt. 2. Die Tarifgruppen der Korrektoren und Maschinensetzer, die oberhalb des Ecklohns liegen, sind durch die Umwandlung zu Angestellten beträchtlich ausgedünnt worden. 3. Die Tätigkeitsmerkmale bei den Hilfsarbeiterlohngruppen berücksichtigen nicht die heutigen Arbeitsanforderungen. So ist die LG IV einzig für „körperlich schwere Arbeit“ vorgesehen, was es weiblichen Beschäftigten nahezu unmöglich machte, in diese Gruppe aufzurücken.

Der Gewerkschaftstag hatte einen Antrag an die Tariff Kommission beschlossen, der die Öffnung der 120%-Gruppe für alle Facharbeiter vorsieht. Bei den Hilfsarbeitern soll die Lohngruppe I wegfallen, die unterste Lohngruppe bei 80% des Ecklohns beginnen. Kriterien wie „Monotonie“ und „einseitige Belastung“ sollen als Tätigkeitsmerkmale aufgenommen werden.

Die Prioritäten bei der neuen Struktur sind umstritten. In der Tradition der IG Druck und Papier hat die „Qualifikation“ der Facharbeiter stets eine tarifbestimmende Bedeutung gehabt. Von daher nimmt in der Diskussion die Angleichung der Tariflöhne an die Effektivlöhne einen großen Raum ein. Dabei wäre allerdings die „Kostenneutralität“ der neuen Struktur mit der Tatsache erkaufte, daß man der Wertschätzung der Arbeitskraft durch die Kapitalisten weitgehend folgt. Andererseits sind von der Gewerkschaft in der letzten Zeit Aktionen durchgeführt worden, die auf eine Bezahlung entsprechend der tatsächlichen Verausgabung der Arbeitskraft abzielen. So mit den Kampagnen „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und „gerechte Eingruppierung“.

Die Forderungen zur Lohnstruktur sollen im nächsten Tarifkampf zur Verhandlung kommen.

Verfassungsschutz Prozeß gegen Opel- Betriebsrat

Essen. Am 30. November beginnt der Zivilprozeß gegen Peter Jaszczyk, Betriebsrat bei Opel-Bochum, vor dem Essener Landgericht. Er soll zu der Zahlung von fast 10000 DM verurteilt werden, Krankenkosten einer angeblichen Körperverletzung, die P. Jaszczyk dem Verfassungsschützer Köntgen am 1. Juni 1981 beigebracht habe.

Der Verfassungsschützer Siegfried Köntgen hatte – nach eigenen Angaben im Auftrag eines Herrn Degenhardt, Abteilung III des Verfassungsschutzes in Köln – versucht, den Betriebsrat als Spitzel anzuwerben. Er verlangte Informationen über die DKP (in der P. Jaszczyk Mitglied ist), deren Mitglieder und Sympathisanten, sowie Informationen aus dem Betrieb und der Gewerkschaft. Der Betriebsrat P. Jaszczyk sollte dafür monatlich 500–2000 DM erhalten. Bei einem „Gespräch“ am 1. Juni 81 in der Wohnung von P. Jaszczyk, bei dem Kollegen des Betriebsrates anwesend waren, hatte Köntgen keinen großen Erfolg, sondern bezog wohl eine anständige Tracht Prügel. Am 26. Juni drang ein Großaufgebot an Polizei in die Wohnung von P. Jaszczyk; sie beschlagnahmte Fotos von den Warnstreiks der IG Metall und eine Protesterklärung des Opel-Betriebsrates gegen die Absicht des Verfassungsschutzes, einen Betriebsrat als Spitzel zu werben.

Am 6. Juli werden in Essen Wohnungen von Mitgliedern der IGM und HBV durchsucht. Der HBV-Gewerkschafter Wolfgang Hausmann wird festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Der Fachgruppenvorstand der HBV protestiert dagegen, W. Hausmann hatte zu der fraglichen Zeit eine Sitzung im DGB-Haus in Essen.

Die Vertreterversammlung der IG Metall Essen hatte bereits 1979 gegen solche Bespitzelung protestiert. Vor den Betriebsratswahlen 81 hatte Innenminister Baum zugesagt, daß die politische Überwachung der Betriebsräte eingestellt werde, nachdem die IGM die Bespitzelungspraktiken in den Betrieben angeprangert hatte. Es ist vollständig richtig, von Bundesinnenminister Baum die Zurücknahme der Klage gegen P. Jaszczyk zu verlangen.

In Bochum ist ein Solidaritätskomitee aus Betriebsräten, IGM-Vertrauensleuten und Opel-Arbeitern mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit getreten, um die Verurteilung von P. Jaszczyk zu verhindern und jegliche Versuche, „demokratische Rechte von Arbeitern und Gewerkschaftern einzuschränken“, zu verhindern.

Die DGB-Kulturinitiative Frankfurt – mit Satire, Klamauk und Selbstironie gegen die Reaktion



Demonstration gegen die Startbahn West. Links: Frau Rauscher aus der Klappergass. – Rechts: Gymnastische Übung „Aufmucken, Ducken“. – Unten: Das Ballett der Frankfurter Knüppelgarde.



Wiesbaden, 14.11. Auf der Massendemonstration gegen die Startbahn West tummeln sich seltsame Gestalten: Bundeswehrgrünzeug, Schlagstöcke, weiße Badekappen auf dem Kopf, Aufschrift „Polizei“. Nach mehreren „Einsätzen“ gegen die Demonstranten dann das Ballett der Frankfurter Knüppelgarde: „Wir sind die Knüppelgarde, und tun nur unsre Pflicht, und wer sich uns entgegenstellt, der kriegt was ins Gesicht. Ob Hausfrau, Rentner, Kommunist, ob Schulkind oder Krüppel, wenn man uns erst mal losläßt, spürt jeder unsern Knüppel.“ Klaus-Jürgen (Hoffie, hess. Wirtschaftsminister) und Erich (Becker, FAG-Vorsitzender) singen im Duett: „Unsre Freunde, bei den Banken, tun schon furchtbar, mit uns zanken.“ Begleitung: das „Äppelwoi-Ensemble“, das sodann eine Frankfurter Traditionsfigur besingt: „Die Frau Rauscher, aus der Klappergass, die hat e Beul am Ei, ob von de Rohrbachsträss, ob von de Startbahn West, es war die Bolizei.“

Große Begeisterung unter den Demonstranten, wie auch am Abend zuvor auf einer Veranstaltung von DPG und GEW, wo eine Parodie auf die Fernsehsendung „Dalli, Dalli“ aufgeführt wurde. In Arbeit gegenwärtig die Szene „Börners Traum“, in der Kasperl den Ministerpräsidenten vertritt. Die Ausdrucksformen der Kulturgruppe sind vielfältig. Parodien auf bürgerliche Massenkultur („NATO-Hitparade“) wechseln mit reinen Klamaukszenen, Satiren und drastischem Humor im Stile von Volksbühnen. Im Stück über das Institut für dynamische Meinungsbildung DYMFORM werden Charaktere auf die Bretter gestellt:



50 Jahre deutsche Reaktion. Links: Hitler und das Finanzkapital, Schattenspiel. – Mitte: Hitlers Tod. Die Ärzte beschließen, nochmals von vorn anzufangen. – Rechts: Anhörung Hitlers für den Öffentlichen Dienst.

Oberst a.D. Schleissner („zügig, aber nachhaltig ...“), die Psychologin Frau Dr. Panz („Ich empfinde ...“), der abgehalfterte Verfassungsschutz-agent N.X. Nutzkovsky („sieht alles, hört alles, riecht alles ...“) und die typische Bonner Sekretärin Christiane betreiben im Auftrag Bonns Meinungsbildung für Pershing und Cruise Missile.

Seit einem knappen Jahr besteht diese Gruppe junger Gewerkschaftler. Ihr Bedürfnis, sich selbst durch Theater-spiel eine lustvolle Form gewerkschaftlicher und politischer Betätigung zu schaffen, ist bei jedem Auftritt zu spüren und steckt an. Ihre Absicht war es, selbst einfache kulturelle Formen zu entwickeln, die in der Jugendarbeit genutzt werden können. Bereits die Revue zum 1. Mai war ein Knüller: Rede eines Funktionärs für Arbeitsplatzsicherung bei der Polizei durch Bau von KKW's; die Wirkung faschistischer Agitation auf Jugendliche; Freizeit in Frankfurt; „Unterdrückung des Mannes durch die Frau“; zum Schluß das pompöse Fest der Spekulanten. Die Begeisterung des gewerkschaftlichen Publikums ist darauf zurückzuführen, daß die Spieler nichts darstellen, womit sie sich nicht selbst befassen, sind sie doch allesamt aktiv in der Gewerkschaft und den verschiedensten sozialen Bewegungen tätig.

Wenn es auch schwerfällt, die Interessen des politischen Gegners in solch knappen Sketchen darzustellen, so gelingen immer wieder treffsichere Karikaturen auf die Reaktionäre: Dargestellt wird ihr Zynismus und Hohn gegenüber der arbeitenden Bevölkerung. Die satirische Überspitzung läßt zugleich ihre Lächerlichkeit erkennen. Der Zuschauer soll Mut bekommen, sie zu bekämpfen.

Die Erarbeitung der Szenen erfolgt nicht nach festem Schema. Manchmal wird zuerst der politische Inhalt diskutiert und danach die passende Form geschaffen. Manchmal ist außer einer Idee nur die Form da, oder um einen Gag wird ein Sketch gebastelt. Bei der anschließend dokumentierten Szene stand am Anfang die Absicht, etwas gegen Kriegerziehung durch Kriegsspielzeug zu unternehmen. Der entscheidende Einfall war, das Ganze als Vorbereitung des Besuchs eines Kindergartens bei der Bundeswehr aufzu-ziehen, so daß zum Zweck des Spielzeugs nicht mehr viel Worte gemacht werden mußten. Die Arbeitsgruppe assoziierte dann Begriffe wie Bomben-lutscher, Panzer-Bastelbögen, Starfalter-Karussell. Beim anschließenden Rollenspiel, das gleich auf Band aufgenommen wurde, begannen die Soldaten zu leben, so daß die Szene auch einiges über die Verhältnisse beim Bund ausdrückt.



Links: „Gibts keine jungen Männer mehr, zwingen wir halt Frauen in die Bundeswehr. Die Männerherrschaft ist jetzt vorbei, wir machen jetzt die Frauen frei.“ – Rechts: NATO-Hitparade „Ja im Panzer ist es lustig.“



„Kennst Du die Pershing, die Pershing zwo. Der Ronald Reagan, der liebt sie so. Sie ist viel schneller, schneller als der Schall, in 7 Minuten von der Pfalz bis zum Ural.“ (Melodie: Kufstein-Lied)



Schreckensnachricht aus Bonn: „Regierung ist in Keller des Bundeshauses geflüchtet, Lindenberg Kanzler! Christiane, mein Herzschrittmacher!“

Raketen sind süß, Bolschewismus ist bitter.

Personen: Drei Soldaten, Offizier

Requisiten: BW-Kleidung, Stühle, Teddybär, Bastelbogen (Drei Soldaten sitzen im Raum)

2: Ich möchte bloß mal wissen, was der Alte schon wieder von uns will.

1: Ist doch klar, – wegen dem Tag der offenen Tür.

3: Scheiß Tag der offenen Tür, der geht mir langsam auf den Sack. Ist doch alles Extraarbeit.

1: Morgen sollen doch wieder die Kinder kommen.

2: Ist doch stark, Kinder ...
3: Sagst Du! (*Offizier kommt mit Uffdada herein.*)

2: Achtung! (*Soldaten springen auf.*) Feldwebel Knaak, wie befohlen, mit zwei Soldaten angetreten.

Offz: Rührt euch! Stehen Sie bequem, meine Herrn. (3. Soldat setzt sich.) Ich sagte, bequem stehen! (*Soldat steht wieder auf.*) Wie Sie wissen, steht morgen auf dem Dienstplan: Tag der Offenen Tür. Das heißt für Sie: 1. Korrekter, vorbildlicher Anzug; 2. Soldatisches Verhalten. Die Leute sollen wissen, daß Sie bei der Bundeswehr sind, in einer deutschen Kaserne. Wir empfangen zahlreiche Schulklassen und vom ortsansässigen Kindergarten eine äh ... Kindergartenklasse. Sie können die Kinder natürlich nicht mit solchen Gesichtern empfangen. Die kriegen ja Angst vor der Bundeswehr. Daher müssen Sie morgen lächeln. (*Soldaten lachen.*) Nicht jetzt, Sie können morgen genug lächeln. Dieses Lächeln werden wir jetzt üben. Wenn ich das Kommando gebe: Achtung, Lächeln!, dann lachen Sie. (*Soldaten lachen.*) Ich wüßte

nicht, was es da zu lachen gibt. Achtung: Lächeln! ... was ist denn das für ein schäbiges Grinsen? Nochmal! Achtung: Lächeln! Na also meine Herrn, es klappt ja. Mit diesem Lächeln werden Sie morgen die Kinder empfangen. – Gefreiter, holen Sie mal den Karton da hinten. Ein bißchen Zack-Zack! Dieser Karton enthält Lutscher – Bombenlutscher, Sie sehen, wirklich eine Bombenform.

3: Knallen die auch?

Offz: Ich verbitte mir diese idiotischen Fragen! Diese Lutscher erfüllen den Zweck, Raketen und Bomben den Kindern schon in frühem Alter möglichst nahe zu bringen.

Hitlers Anhörung für den Öffentlichen Dienst

Personen: Vorsitzender, zwei Beisitzer, Herr Hitler

Requisiten: Tisch, Stühle, Ordner, Bild mit Carstens

Vors.: Herr Hitler, Sie haben sich um die Aufnahme in den öffentlichen Dienst beworben. Bitte fassen Sie das, was wir hier machen, nicht als Verhör auf. Wir wollen lediglich ein paar Fragen stellen.

H: Aber bitte sehr!

Vors.: (*aus der Akte vorlesend*) Sie waren von 1932 bis 1933 Regierungsrat in Braunschweig, von 1933 bis 1945 waren Sie als Reichskanzler tätig, daran hat sich ein längerer Südamerikaaufenthalt angeschlossen. Ist das richtig?

H: (*in den bekannten Tonfall sich steigend*) Jawohl, Herr Vorsitzender. Leider war meine frühere Tätigkeit im öffentlichen Dienst – Sie wissen ja – einer von kommunistischer Seite angezettelten, völlig unsachgemäßen Kritik ausgesetzt. Das hat sich Gott sei Dank geändert. Ich habe so viele Bücher über mich gelesen, so viele Schallplatten mit meinen Reden gehört, so viele Filme gesehen, daß ich wieder Mut gefaßt habe. Auch daß das höchste Amt der Bundesrepublik Deutschland von einem ehemaligen Mitglied der von mir gegründeten Partei zu aller Zufriedenheit verwaltet wird, hat in mir den unwiderstehlichen Entschluß reifen las-

1: Schmachhaft zu machen.
Offz: Jawoll, schmachhaft zu machen!

1: Getreu dem Motto: Raketen sind süß, Bolschewismus ist bitter!

Offz: Bravo! Das nenn ich Initiative. Wie ist Ihr Name?

1: Schleicher, Gefreiter Schleicher.

(*Im Folgenden wird mit dem Teddybär „geübt“.*)

Offz: O.k., meine Herrn. Sie begleiten die Kinder anschließend in unseren Unterrichtsraum. Die Kinder bekommen jedes eine Schere, Uhu und einen Bastelbogen. Sie sehen: Etwas zerlegt, die Panzer, die die Kinder vorher gesehen haben. Die Kinder werden sie unter Ihrer Anleitung zusammenbasteln.

3: Dürfen die Kinder die Panzer auch mitnehmen, also die gebastelten?

Offz: Natürlich, das soll doch ein Andenken sein.

1: Sie sollen ja schon lernen, damit umzugehen.

Offz: Jawoll, Schleicher. Sie sind heute schon zum 2. Mal positiv aufgefallen. Soweit alles klar, meine Herrn?

1,2,3: Jawohl!

1: Und wer führt die Kinder zum Ausgang?

Offz: Unterbrechen Sie mich nicht! Die Kinder bekommen natürlich noch Kaffee und Kuchen.

2: Für die Kinder gibt es doch wohl Kakao?

Offz: Aus den Kindern sollen mal Soldaten werden, sie bekommen Kaffee!

3: Sind eigentlich auch Mädchen dabei?

Offz: Natürlich, aber wohl nicht das Alter, das Sie interessieren dürfte.

2: Bis auf die Kindergärtnerin.

Offz: Moment mal! Diese Kindergärtnerin wird mir anständig behandelt. D.h.: Keine unsittlichen Annäherungsversuche während der Dienstzeit.

sichern! Keine Funktionärsherrschaft der Gewerkschaftsbözen zulassen. Jedem das Seine! Dem Arbeiter Arbeit, dem Unternehmer Gewinn! Daran hat sich bis heute nichts geändert: Meine Arbeitszeitordnung von 1938 ist unverändert in Kraft. Das war moderne Sozialpolitik, und das ist sie noch heute!

2. *Beis.:* Herr Vorsitzender, erlauben Sie ...

Vors.: Aber bitte!

2. *Beis.:* (*zögernd*) Herr Hitler, Ihre Einstellung zu unseren jüdischen Mitbürgern ...

H: (*unterbrechend*) Wissen Sie, darauf habe ich gewartet. Aber auch da stellt sich die Sachlage heute wohl anders dar, als die Vulgärmarxisten und Geschichtsklitterer behaupten: Wir haben damals den Judenstaat auf Madagaskar gründen wollen. Nun ist er in Palästina gegründet worden. Und ich kann nur sagen: Hut ab vor dem, was die israelische Luftwaffe leistet. Da habe ich in mancher Hinsicht dazugelernt.

Vors.: (*nach längerem Getuschel mit den Beisitzern*) Herr Hitler, ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß gegen Ihre Bewerbung um Wiederaufnahme in den öffentlichen Dienst unsererseits keine Bedenken bestehen. (*Hitler die Hand reichend*) Eine Demokratie, die sich ihrer Feinde erwehren muß, braucht Männer wie Sie!



Mexiko gegen US-Interventionismus

Die mexikanische Regierung hat letzte Woche bei einem zweitägigen Besuch von US-Außenminister Haig in Mexiko-Stadt die US-Interventionsdrohungen gegen Kuba und Nicaragua schroff verurteilt. Reagan-Berater Meese hatte kurz vorher eine Seeblockade gegen Nicaragua angedeutet. Haig war frech genug, dem mexikanischen Außenminister ins Gesicht zu sagen, die USA beabsichtigten zwar „für den Augenblick nicht“, in Kuba oder Nicaragua militärisch zu intervenieren, schlossen aber „andere Zwangsmaßnahmen“ nicht aus. Bei Ankunft und Abreise Haigs demonstrierten Tausende. Die Regierung teilte in einem Kommuniqué mit, daß „Präsident López Portillo die Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Ländern, vor allem die unterschiedliche Behandlungsweise der gespannten Lage in der Region, unterstrichen“ habe. Der Außenausschuß des mexikanischen Senats verurteilte die Ausbildung von Söldnern in den USA zur Intervention in Kuba, Nicaragua und El Salvador. Bis zum 7.12. führen die USA in der Karibik Flotten-

Papandreuos Regierungsprogramm

Mit 172 zu 113 Stimmen hat das griechische Parlament am 25.11. das Programm der sozialistischen PASOK-Regierung unter Andreas Papandreu gebilligt. Die konservative „Neue Demokratie“ stimmte dagegen, die Revisi-onisten enthielten sich. Papandreu kündigte in seiner Regierungserklärung die „Sozialisierung“ der Energieerzeugung, des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, des Bergbaus, der großen Zement- und Kunstdüngerbetriebe, Werften und Stahlwerke, der Pharma- und Rüstungsindustrie sowie der Versicherungen an. Die „So-



zialisierung“ soll durch Aufkauf der Mehrheitsanteile erreicht werden; Belegschaften und örtliche Selbstverwaltungsorgane sollen an der Leitung der sozialisierten Betriebe teilnehmen. Ein wirtschaftliches

Sofortprogramm sieht Lohn-erhöhungen und Steuersenkungen für die niedrigen Einkommen vor. Papandreu nahm einige außenpolitische Forderungen der PASOK teilweise zurück. Statt sofortigem NATO-Austritt macht er den Verbleib in der Militärorganisation jetzt von einer Garantie für die Grenze zur Türkei abhängig. Die US-Basen werden nicht sofort, sondern nach noch auszuhandelndem Zeitplan geschlossen. Über den EG-Austritt soll ein Referendum entscheiden, dem der konservative Staatspräsident Karamanlis zustimmen müßte. Unabhängig davon fordert die Regierung eine Revision der Beitrittsbedingungen.

manöver mit 41 Kriegsschiffen, darunter zwei Flugzeugträgern durch. Sie könnten den Rahmen für eine Provokation gegen Kuba wie im Sommer gegen Libyen abgeben.

Seychellen: Putschkommando geschlagen

Ein südafrikanisches Söldnerkommando hat am 25.11. versucht, die sozialistische Regierung der Seychellen zu stürzen. Nach zwanzigstündigem

Kampf konnte die Armee des Inselstaates nördlich von Madagaskar den Flughafen zurückerobern, auf dem das Kommando mit einem Linienflugzeug gelandet war. Die überlebenden Söldner, Elitesoldaten der südafrikanischen Kolonialarmee, flogen mit einem entführten indischen Flugzeug zurück nach Durban/Südafrika. Die Imperialisten reizt die strategische Lage des 62000 Einwohner zählenden Landes.

Indien: Demonstration für Arbeiterrechte

Über 500000 Arbeiter aus verschiedenen Teilen Indiens demonstrierten am 23.11. in Neu-Delhi zum Parlament. Sie protestierten gegen die Teuerung, das Streikverbot in wichtigen öffentlichen Diensten und andere „arbeiterfeindliche Maßnahmen der Regierung“ und forderten die Anhebung der Mindestlöhne. Auf dem Marsch wurden rote Fahnen getragen. Acht Gewerkschaftsbünde und über 40 Einzelgewerkschaften beteiligten sich. Auf einer Versammlung riefen die Demonstranten auf, am 19.1.82 im ganzen Land zu streiken. In einer Resolution legten sie fest: „Vereinigte, organisierte und ununterbrochene Massenaktionen sind erforderlich, um die Regierungspolitik der Inflation, der Preiserhöhung und der umfassenden Angriffe auf die Gewerkschaften und demokratischen Rechte aufzuhalten und zurückzuschlagen.“

Notstandsvorbereitung in der VR Polen

„Militärische städtische Operationsgruppen werden bei den Vorbereitungen zum Winter helfen“, meldete am 28.11. die polnische Tageszeitung „Zycie Warszawy“. Nachdem in der ersten Phase Gruppen von jeweils drei Soldaten auf dem Land eingesetzt waren, sollen nun neue Gruppen im Umfang von 10 bis 15 Spezialisten in allen größeren Städten eingesetzt

werden, „um die Volkswirtschaft für den Winter zu rüsten, also den Wohnungsbau, die Energie- und Heizwerke, die städtischen Verkehrsbetriebe ...“. Der weitere Plan für den Winter sieht vor, daß sich die Gruppen mit dem Gesundheitswesen und der Sozialfürsorge befassen. Insgesamt handelt es sich um eine von General Jaruzelski durchgeplante

Notstandsübung und eine Operation, die die Gewerkschaft Solidarität als die Kraft, die sich um die Versorgung der am schlechtesten gestellten Teile der Bevölkerung bemüht, außer Gefecht setzen soll.

Die Führung der PVAP treibt mit Nachdruck die Verabschiedung des Gesetzes über außerordentliche Mittel zum Schutz der Bürger und des Staates“. Sie hat die Parlamentsfraktion verpflichtet, den Entwurf einzubringen. Das Gesetz soll die Nutzung des Streikrechts unmöglich machen durch die Verpflichtung zur Ausschöpfung aller anderen Mittel zur Lösung von Konflikten. Dies wäre die Handhabe für den Staat, jeden Streik als Verstoß gegen das Gesetz zu behandeln. Um auch die Streikvorbereitung zu behindern, wird das Gesetz die Möglichkeit des generellen Versammlungsverbotes vorsehen. Erlaubt ist dann, was zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung nützt, nämlich traditionelle religiöse Veranstaltungen und das Zusammentreten von Militärgerichten.



Malta: ARD-Team rausgeflogen

Die Regierung Maltas hat in der letzten Woche ein ARD-Korrespondententeam ausgewiesen. Das ARD-Team beabsichtigte, wie schon 1978, in einem Bericht Stimmung gegen die Politik der Labour-Regierung zu machen. Am 12. Dezember wird das neue Parlament gewählt. Die Regierung Mintoff hat durchgesetzt, daß die NATO ihre Stützpunkte von der Insel 1980 endgültig zurückziehen mußte.

Gewerkschaftswahlen 1981/82: „Erfolgreiche Arbeiterpolitik“?

Anfang November begannen die Gewerkschaftswahlen 81/82 in der DDR. Ende des Monats waren sie auf der unteren Ebene abgeschlossen, in rund 400 000 Versammlungen wählten die Gewerkschaftsgruppen ihre Vertrauensleute. Die Vorsitzende der IG Chemie, Glas, Keramik, Edith Weber, weist in ihrer Einschätzung vor dem ZK der SED auf Kritik am Plan und an den Arbeitsbedingungen hin: „Die bisherigen Ergebnisse der Gewerkschaftswahlen haben aber auch deutlich gemacht, daß trotz guter Ergebnisse der sozialistische Wettbewerb noch nicht so effektiv wie möglich geführt wird. Es gab z.B. Kritiken zur ungenügenden Aufschlüsselung der Planaufgaben, wodurch die Mitglieder mancher Kollektive nicht in der Lage waren, anspruchsvolle und persönliche Planangebote zu übernehmen.“ „Viele Kollektive haben uns nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Gewerkschaftsleitungen nicht immer hartnäckig genug für eine weitere Verbesserung eintreten. In vielen Fällen geht es um solch einfache Dinge wie ein undichtiges Fenster, kalte Aufenthaltsräume und ähnliches mehr.“

Der FDGB zählt zu Jahresbeginn 9,047 Mio. Mitglieder, über die Hälfte sind Arbeiter. Der Organisationsaufbau folgt dem Prinzip „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“; es gibt 16 Industriegewerkschaften und Gewerkschaften, die Fachabteilungen des FDGB sind. Die Organisationsdichte liegt – nimmt man die Rentner aus der Berechnung – bei 85–90% der Beschäf-

tigten. Die Sozialversicherung wird vom FDGB geleitet. Im Betrieb erfüllen die Gewerkschaften auch Aufgaben wie unsere Betriebsräte, sie haben eine starke Stellung gegenüber der Werksleitung.

Daß diese Rechte nicht nur formell auf dem Papier bestehen, zeigen die praktischen Erfolge gewerkschaftlicher Tätigkeit, z.B. beim Arbeitsschutz, der von gewerkschaftlichen Inspektoren kontrolliert wird. 1970 kamen in der DDR auf 1000 Vollarbeitskräfte 40,8 Unfälle und Berufserkrankungen, in der BRD 93,8. Für 1977 lauten die Zahlen: DDR 31,1, BRD 74,3.

Die Gewerkschaftsgruppen sind meist identisch mit einem Arbeitskollektiv. Die vom Bundesvorstand des FDGB herausgegebene Tageszeitung „Tribüne“ berichtete ausführlich über die Wahlen in den Gewerkschaftsgruppen. Die alten Vertrauensleute (sie haben Kündigungsschutz) legten Rechenschaft über ihre Tätigkeit und die Planerfüllung des Kollektivs ab und machten Vorschläge für neue Verpflichtungen. Kritik an den Arbeitsbedingungen, wie sie eingangs in der Rede der IG Chemie-Vorsitzenden zitiert wird, gab es häufig. Aber auch an der Organisation der Produktion. So von den Arbeitern der Leiterplattenprüfung im Fernsehgerätekwerk Straßfurt. „Punkt Nummer 1 unter den kritischen Hinweisen der Kollegen: die immer noch vorhandene Unregelmäßigkeit im Montageablauf. Das Werk besitzt 600 Zulieferbetriebe, und nicht immer treffen alle Teile pünktlich ein. Resultat:

Mitunter wird tagelang auf Sparflamme produziert, während sich gegen Monatsende die Überstunden häufen.“ (Tribüne, 5.11.81)

An diesem Punkt: Plandiskussion und -realisierung, und das ist ja ein zentraler Teil der Arbeit des FDGB, ist die Berichterstattung jedoch äußerst dürftig. Nicht, daß es an konkreten Zahlen mangelt – da wird in Stunden, Mark, Tonnen und Prozenten vorge-rechnet, wie der letzte Plan erfüllt und übererfüllt wurde und was für den neuen zu leisten ist. Aber man erfährt nicht: Gibt es Vorschläge über den eigenen Betrieb hinaus; gibt es eine Debatte über den Gesamtplan, über das, was produziert werden soll, über eine andere Verteilung der gesellschaftlichen Akkumulationsfonds; gibt es eine Auseinandersetzung über die vorliegenden Planziffern Warenproduktion, Arbeitsproduktivität, Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung, also darüber, warum bei vermehrter Verausgabung von Arbeitskraft die Einkommen langsamer steigen sollen? Gibt es Einspruch gegen zu hohe Planzumutungen?

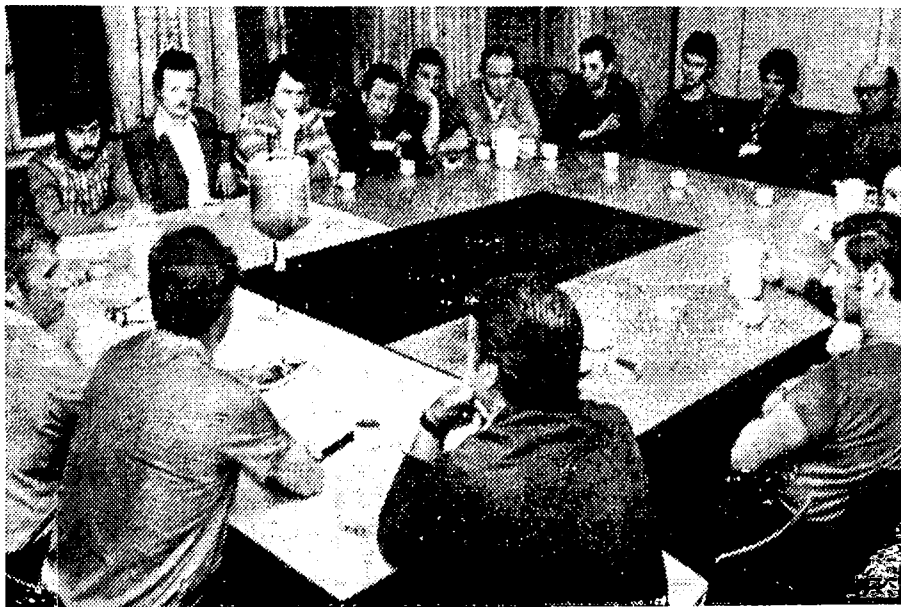
Der staatliche Gesamtplan *kann* in Widerspruch zu den Interessen der Arbeiter stehen. Deshalb müssen sie und ihre Gewerkschaft ihr Veto einlegen können. Dazu brauchen sie auch wieder das Streikrecht, das die erste Verfassung der DDR garantierte.

Namibia

Imperialisten fordern Garantie ihres Besitzes

In offenem Widerspruch zu den Beschlüssen der Vereinten Nationen versuchen die Imperialisten weiterhin, die Unabhängigkeit Namibias zu verhindern und insbesondere ihren Kolonialbesitz zu sichern. Am 19. November begann die UNO-Generalversammlung ihre erneute Debatte über die andauernde Besetzung Namibias durch südafrikanische Truppen. Dutzende von Vertretern der Staaten der Dritten Welt griffen die Imperialisten wegen ihrer Verzögerungstaktik an und forderten die sofortige Durchführung der UNO-Sicherheitsratsresolution 435, d.h. sofortigen Abzug der 60 000 Mann südafrikanischer Truppen und Durchführung von Unabhängigkeitswahlen unter Aufsicht der UNO. Der Sprecher der „Kontakt-Gruppe“ der fünf westlichen Imperialisten USA, Kanada, BRD, Frankreich und Großbritannien, der kanadische Delegierte Pelletier, wies diese Forderungen als „völlig unrealistisch“ brüsk zurück.

Stattdessen haben die Staaten der imperialistischen „Kontakt-Gruppe“



Die Gewerkschaftsgruppen wählen einen Vertrauensmann, den Arbeitsschutz- und den Kulturobrmann, den Sportorganisator und den Sozialversicherungsbevollmächtigten.

den afrikanischen Frontstaaten, der SWAPO und dem südafrikanischen Kolonialregime und seinen Marionetten in Namibia eine neue „Übergangslösung“ vorgeschlagen. Der entscheidende Unterschied dieses imperialistischen Plans gegenüber den Beschlüssen der UNO und den Forderungen der SWAPO ist, daß die SWAPO vor Durchführung der UNO-Resolution 435 einer „vorläufigen Verfassung“ zustimmen soll, in der sie den weißen Siedlern und den imperialistischen Bergwerkskonzernen ihren zusammengekauften Kolonialbesitz garantiert und zusagt, diesen nur gegen sofortige und umfassende „Entschädigung“ zu enteignen. Die Kontrolle aller Bodenschätze und der besten landwirtschaftlichen Flächen des Landes durch Imperialisten und Siedler wäre so verewigt.

Die afrikanischen Frontstaaten und die SWAPO haben diesen neuen imperialistischen „Lösungsvorschlag“, insbesondere die geforderten „Verfassungsgrundsätze“, auf einer Konferenz in Lusaka abgelehnt. Trotzdem halten die Imperialisten an ihrem Projekt fest. Am 26.11. empfing die Bundesregierung zum ersten Mal in Bonn offiziell eine Delegation der „Demokratischen Turnhallenallianz“, der von der südafrikanischen Regierung eingesetzten Marionetten„regierung“ in Namibia, in der die deutschen Siedler in Namibia stark vertreten sind. Die Delegation zeigte sich von dem imperialistischen „Verfassungsvorschlag“ begeistert.

Tschad OAU-Friedensinitiative unter US-Kriegsdruck

Am 29.11. unterzeichneten der Vorsitzende der Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit des Tschad (GUNT) Oueddei und OAU-Generalsekretär Kodjo ein Abkommen über die Entsendung einer OAU-Friedenstruppe in das nordwestafrikanische Land. Diese soll „den Feindseligkeiten im Tschad ein Ende machen und die Sicherheit des tschadischen Staates gewährleisten. Sie wird zudem der Regierung des Tschad helfen, eine integrierte nationale Armee zu bilden.“ (aus dem Dokument) Das Kontingent soll aus 5000 Soldaten Nigerias, Senegals, Benins und Zaires bestehen, ihr Oberbefehlshaber von Generalsekretär Kodjo nach Absprache mit dem Präsidenten Oueddei ernannt werden.

Die förmliche Einigung über das Abkommen erfolgte drei Wochen nach der *prinzipiellen* Zusage der OAU und genau 14 Tage nach Abzug der letzten libyschen Soldaten aus dem Tschad. Ob die Truppe in absehbarer Zeit ope-

rationsfähig sein wird, ist heute durchaus noch unsicher; bisher sind allein 700 zairische Fallschirmjäger in der Hauptstadt N'Djamena eingetroffen. Vor allem zwei Gründe haben die Umsetzung der Vereinbarung bisher verzögert: die beteiligten afrikanischen Staaten waren bereit, durch die *Anwesenheit* ihrer Truppen und das moralische Gewicht eines OAU-Beschlusses den Ausbruch erneuter Kämpfe zu verhindern. Diese jedoch sind mittlerweile in



vollem Gange, nachdem der vor elf Monaten von der GUNT mit Hilfe libyscher Truppen geschlagene Putschist Habré jetzt sofort nach Abzug der libyschen Truppen mehrere Orte im Osten des Tschad erobert hat. Direkte *Kampfhandlungen* der Friedenstruppe auf fremdem Boden müßten die Einheit der OAU selbst erheblich gefährden, zumal die sudanesisch wie ägyptische Regierung ihre Sympathie für Habré nicht verhehlen. Ein zweites Hindernis bilden die hohen Kosten der Unterhaltung der Truppe.

Die Zeitung der FLN Algeriens, „El Moudjahid“, hatte schon kurz nach dem Abzug des libyschen Militärs aus dem Tschad auf US-amerikanische Anstrengungen verwiesen, Habré im Nordosten des Landes zu installieren, um so verlorenen Einfluß der westlichen Imperialisten zurückzugewinnen und Libyen auch von Süden bedrohen zu können. Habrés Einmarsch von Sudan aus erfolgte dann auch praktisch zeitgleich mit den amerikanisch-ägyptischen Militärmanövern. Direkt nach Beginn der Kämpfe ließ ein Vertreter des US-Ölkonzerns CONOCO in N'Djamena verlauten, die unterbrochenen Ölprospektionen im Süden des Tschad schnell wiederaufnehmen zu wollen. US-Außenminister Haig will der GUNT und der OAU „Hilfe“, Piloten, Techniker, aber auch Geld aufdrängen.

US- wie westeuropäische Imperialisten waren noch Anfang des Jahres mit

ihrer Taktik gescheitert, über die Propaganda der „Invasion des Tschad durch Libyen“ Interventionsmöglichkeiten zu schaffen. Jetzt hat die GUNT schon wieder französische Waffenlieferungen akzeptieren müssen; die OAU-Friedenstruppenmitglieder stehen unter Druck, finanzielle und logistische „Hilfe“ anzunehmen und laufen Gefahr, in langwierige kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt zu werden. Präsident Oueddei hat angedeutet, eventuell erneut libysche Unterstützung zu erbitten.

Kanadische Verfassung Teilerfolg der Indianer und Inuit

Großbritannien hat Kanada 1867 zwar selbständige Rechte eingeräumt, nicht aber die Verfassungshoheit. Ein wesentliches Kalkül war, Versuche der USA, in Kanada eine Anschluß-Bewegung zu entfachen, zu erschweren. Wenn jetzt die Regierung Trudeau mit viel liberalem Pathos die „Heimholung“ der Verfassung propagiert, so geht es ihr unter anderem um die Stärkung der Position der Bundesregierung in den Streitpunkten mit den USA, wie Zölle, Fischfang, Luftverschmutzung. Innenpolitisch geht es Trudeau vor allem um die Stärkung der Zentralgewalt gegenüber den Provinzen und um die Aneignung des Indianerlandes.

Das oberste kanadische Gericht hat entschieden, daß das kanadische Bundesparlament nicht die Zustimmung der Provinzen für die Verabschiedung einer eigenen Verfassung braucht. Hierdurch gestärkt hat Trudeau neun der zehn Premierminister der Provinzen auf seinen Verfassungsentwurf festlegen können. Nicht zugestimmt hat Premierminister Lévesque von Québec, der französischsprachigen Provinz, die England 1763 im amerikanischen Teil des Siebenjährigen Krieges im Kampf gegen Frankreich eroberte. Québec hat seine eigenständige Sprache und Kultur stets verteidigt – wegen der sich anbahnenden amerikanischen Revolution mußte die britische Krone damals weitgehende Zugeständnisse an die Frankokanadier machen. Premier Lévesque erklärte jetzt: „Wir werden niemals zustimmen, daß unsere traditionellen und grundlegenden Befugnisse ohne unser Einverständnis abgeschafft werden.“ Durch die Verfassung will die Regierung Trudeau die Frankokanadier zwingen, der englischsprachigen Minderheit Anspruch auf Englischunterricht einzuräumen. Die Frankokanadier sehen dadurch den Fortbestand ihrer ohnehin durch die Übermacht der englisch-amerikani-

schen Sprache und Kultur bedrohten Nation gefährdet.

Die Nationen der Indianer und Inuit haben am 23.11. einen wichtigen Teilerfolg errungen: Ihre „existierenden“ Rechte und Verträge sollen in der Verfassung garantiert werden. Ursprünglich war es die Absicht vor allem der Provinzregierungen, die Existenz angestammter Rechte der Indianer und Inuit zu ignorieren. Der Verfassungsentwurf kannte nur „kanadische Bürger“ – damit wäre den angestammten Herren des Landes die Existenz als souveräne Nationen abgesprochen worden.

Seit zweihundert Jahren haben die indianischen Nationen zahlreiche Verträge mit der englischen Krone abgeschlossen, und in diesen Verträgen sind sie als souveräne vertragsschließende Nationen anerkannt worden – ein Zugeständnis, zu dem England im wesentlichen durch den Kampf der Indianer gegen Besiedlung und Landraub gezwungen wurde. 1763, als England das französische Kanada erobert hatte, gaben sich die Indianer nicht geschlagen und eroberten fast die gesamte Kette der vorgeschobenen westlichen Forts. Daraufhin erließ Georg III. von England eine Proklamation, in der er die Souveränität aller indianischen Nationen anerkannte, die in nicht-eroberten Gebieten lebten. Sie ist weiterhin geltendes Recht.

Der Fortbestand der alten Verträge und Rechte ist jetzt von der kanadischen Bourgeoisie anerkannt worden – sofort wies aber die Kanadische Indianische Bruderschaft, Vertretungsorgan von 300 000 Indianern, darauf hin, daß dennoch die Frage, *welche* Rechte sich aus den alten Verträgen ableiten lassen, umstritten bleibt. So beansprucht die kanadische Bourgeoisie die Verfügung über die Bodenschätze in den Landgebieten der Indianer und Inuit.



Kanadische Indianer demonstrieren in London für Verfassungskonferenz

USA

Angriff auf Wahlrecht der Minderheiten

Die Reagan-Regierung plant weitgehende Angriffe auf die „Bürgerrechtsgesetze“, d.h. die von den schwarzen Volksmassen in den 50er und 60er Jahren durchgesetzten politischen Freiheiten. Das erste Ziel ist die weitgehende Außerkraftsetzung des „Wahlrechtsgesetzes“. 1965 hatte der US-Kongreß dieses Gesetz verabschieden müssen, als die schwarzen Volksmassen, zu meist geführt von Bürgerrechtsorganisationen, ihre Kämpfe auf das ganze Land ausdehnten und die schwarzen Armen in den Gettos des Nordens ganze Stadtviertel brandschatzten und plünderten.

Diese Kämpfe richteten sich gegen die brutale Unterdrückung und Ausbeutung der schwarzen Volksmassen durch die US-Finanzbourgeoisie und die weißen Großgrundbesitzer, die Nachfahren der Sklavenhalter, in den Südstaaten. Mit einer Fülle von „Segregation-Laws“ („Rassentrennungsgesetzen“), die den Schwarzen in den Südstaaten *getrennte* Sitze in den Bussen, in Parks, *getrennte* Schulen, Krankenhäuser usw. vorschrieben, mit Lynchjustiz und Terrorbanden à la Ku-Klux-Klan sicherten diese ihre brutale Ausbeutung der Schwarzen. Noch in den 50er Jahren hatten Schwarze in Arkansas überhaupt kein Wahlrecht, in Alabama mußten Schwarze „die Verfassung erklären“ können, andere Südstaaten verlangten ähnliche „Qualifikationen“ als Voraussetzung für das Wahlrecht. 1948 besaßen gerade 750 000 der 10 Mio. Schwarzen in den Südstaaten das Wahlrecht.

Das „Wahlrechtsgesetz“ von 1965 sicherte diesen Schwarzen prinzipiell das Wahlrecht zu. Alle Gemeinden und Bundesstaaten im Süden mußten ihre Wahlvorschriften der Kontrolle der Bundesregierung unterwerfen. Die Schwarzen konnten gegen Wahlbehinderungen klagen, mußten aber *beweisen*, daß diese Behinderungen ihnen *absichtlich* das Wahlrecht nehmen.

Dieses Wahlgesetz läuft in wesentlichen Teilen im August nächsten Jahres aus. Am 6. November erklärte Reagan, er sei prinzipiell für eine weitere Verlängerung des Gesetzes, aber nur, wenn „Staaten und Gemeinden, die das Wahlrecht respektiert haben, ... eine Möglichkeit bekommen, von den Verpflichtungen des Gesetzes ausgenommen zu werden.“ Da auch heute noch in den Südstaaten die staatliche Verwaltung praktisch komplett in Händen der Weißen ist, selbst in Gebieten mit 80% schwarzer Bevölke-



1963: Massendemonstration gegen die Unterdrückung der Minderheiten

rung, können diese somit umgehend zu den früheren Praktiken zurückkehren. Außerdem lehnte Reagan eine Gesetzesvorlage des Repräsentantenhauses, die künftig Klagen gegen Wahlbehinderungen auch zulassen will, wenn Wahlvorschriften *faktisch* das Wahlrecht aufheben, entschieden ab.

Dieser Anschlag auf das Wahlrecht ist der bisher offenste Angriff der Reagan-Regierung auf Rechte der Minderheiten in den USA. Justizminister Smith erklärte vor kurzem, er werde gegen Gemeinden, die nicht mehr, wie gesetzlich vorgeschrieben, schwarze Schüler mit öffentlichen Bussen in gemischte Schulen transportieren, keine rechtlichen Maßnahmen ergreifen.

Die US-Bürgerrechtsorganisationen haben die Angriffe der Reagan-Regierung entschieden verurteilt und Kampfmaßnahmen angekündigt. Das in den 40er Jahren gegründete „Südliche Regionalkomitee“ der Bürgerrechtsorganisationen erklärte, die Reaganschen Pläne würden aus dem Wahlrechtsgesetz eine „leere Hülle“ machen und das Wahlrecht von Millionen Schwarzen, Mexikanern und Indianern bedrohen.

Eurokommunismus PCE gegen vereinigte baskische Linkspartei

Der Streit darüber, ob und unter welchen Bedingungen sich die baskische Regionalorganisation (EPK) der eurokommunistischen KP Spaniens (PCE) mit der linksnationalistischen Partei der Baskischen Revolution EIA vereinigen soll, hat die seit Monaten schwelende Krise in der PCE zum Ausbruch gebracht. Die der Guerillaorganisation ETA (politico/militar) nahestehende EIA ist Hauptkraft des Wahlbündnisses Euskadiko Eskerra (Baskische Lin-

ke), das mit sechs von 60 Abgeordneten die drittstärkste Fraktion im baskischen Regionalparlament stellt. Die EPK ist dort mit nur einem Abgeordneten vertreten.

Der Gründungsparteitag der neuen, vereinigten Partei soll im Mai durchgeführt werden, bis dahin sind provisorisch gemeinsame Leitungskörper eingesetzt. In einem Dokument zur Gewerkschaftsfrage haben sich EPK und EIA dafür ausgesprochen, daß ihre Mitglieder in ihren bisherigen Gewerkschaften (den Arbeiterkommissionen bzw. der baskischen Nationalgewerkschaft ELA) weiterarbeiten und dort dafür eintreten, „die andauernde Spaltung der baskischen Arbeiterbewegung in Nationalisten und Nichtnationalisten einerseits und in Nationalisten, Sozialisten und Kommunisten andererseits zu überwinden.“

Eine Mehrheit im ZK der EPK unter Generalsekretär Lertxundi meint, daß die Linke im Baskenland gegenüber der nationalistischen Bourgeoisie, die in Gestalt der PNV die Regionalregierung stellt, politisch nur Boden gewinnen kann, wenn sie die nationalen Forderungen des baskischen Volkes aufnimmt. Die PCE-Zentrale dagegen hatte zur Vorbedingung einer eventuellen Vereinigung mit der EIA u.a. die „ausdrückliche Ablehnung der Unabhängigkeitsforderung einerseits und des Terrorismus (d.h. der ETA, d. Red.) andererseits“ gemacht. Bedingungen, die eine Vereinigung praktisch unmöglich machen und darüber hinaus die EPK weiter zu einer ziemlich isolierten Nebenrolle im Baskenland verurteilen würden. Am 26.10. hat das PCE-Sekretariat das ZK der baskischen Parteiorganisation aufgelöst, seitdem ist die EPK faktisch von der PCE abgespalten.

Das Vorgehen des PCE-Sekretariats ist in der Partei auf Widerstand gestoßen. Sechs ZK-Mitglieder und Madrider Stadträte der PCE riefen zu einer Veranstaltung mit Lertxundi und dem EIA-Vorsitzenden Onaindia auf. Sie wurden daraufhin aus dem ZK ausgestoßen bzw. aus der Partei ausgeschlossen. Zwei Provinzkomitees wurden wegen Unterstützung der EPK aufgelöst. Diese Maßnahmen richteten sich gegen die „Erneuerer“, die schon auf dem letzten Parteitag im Juli Generalsekretär Carrillo angegriffen hatten. Außer in Fragen des innerparteilichen Umgangs vertreten aber Carrillos Kritiker, fast durchweg intellektuelle, keine Alternative zu dessen klassenversöhnlerischem Kurs, der die Partei seit 1978 ein Drittel ihrer 200000 Mitglieder gekostet hat. Vertreter des Gewerkschaftsflügels, u.a. der Vorsitzende der Arbeiterkommissionen Camacho, haben sich für politische Klärung statt Disziplinarmaßnahmen ausgesprochen.

Italien

Gewerkschaftskongresse suchen neue Wege zur Einigung der Arbeiterklasse

Der größte italienische Gewerkschaftsbund CGIL hatte seinen Kongreß, mit dem Mitte November die Reihe der Gewerkschaftstage dieses Jahres zuendeging, unter das Motto gestellt: „Die Kräfte der Arbeit vereinigen, um die Gesellschaft zu verändern.“ Wenige Monate vor den (dreijährlichen) Tarifkämpfen in den wichtigsten Industriezweigen erwarteten die Arbeiter von der kommunistisch-sozialistischen CGIL (4,3 Mio. Mitglieder einschl. Rentner) Vorschläge zur Einheit ebenso wie von der katholischen CISL (2,8 Mio.) und der sozialistisch-laizistischen UIL (1,2 Mio.).

Die Arbeitslosigkeit ist auf über 2 Mio. gestiegen, bei zunehmender Zerklüftung des Arbeitsmarktes. Nach Gewerkschaftsschätzungen wird inzwischen $\frac{1}{3}$ aller Lohnabhängigen der Industrie in „dezentralisierten“ Kleinbetrieben oder Heimarbeit ausgebeutet, oft ohne Gewerkschaft, Tarif und Arbeitsschutz. In den Großbetrieben haben die Belegschaften offene Entlassungen meist verhindern können. Aber seit die Fiat-Kapitalisten vor einem Jahr gegen einen 35tägigen Streik über 20000 Arbeiter auf Kurzarbeitergeld setzen konnten, wiederholt sich fast jeden Monat in einem Konzern der glei-



Streik gegen Haushaltsbeschlüsse und Lohnsenkung am 23.10.81. Nach monatelangem Streit rufen die drei Gewerkschaftsbünde gemeinsam zum Kampf auf.

Alle drei hatten sich auf ihren Kongressen mit tiefen Spaltungen in der Arbeiterbevölkerung auseinanderzusetzen. Die sog. EUR-Linie, mit der die Gewerkschaften seit 1977/78 „mittelfristig Vollbeschäftigung durch demokratische Wirtschaftsplanung“ um den Preis von „Lohnmäßigung“ erreichen wollten, hat sich als krasser Fehlgrieff erwiesen. Seit 1975 haben die Kapitalisten die Lohnquote in der verarbeitenden Industrie von 70,6 auf 62,2%, d.h. unter das Niveau von 1970 drücken können. Spätestens seit 1979 sinkt der Reallohn auch absolut. Die durch niedrige Lohnforderungen begünstigte wuchernde Lohndrift in den oberen Gehaltsgruppen erleichtert den Kapitalisten die Abspaltung der Angestellten und Techniker von den Arbeitskämpfen.

che Vorgang: Die Kapitalisten kündigen Massenentlassungen an, mit Streik setzt die Belegschaft schließlich durch, daß die betroffenen Arbeiter „stattdessen“ auf Kurzarbeitergeld gesetzt werden. Von den offiziell Arbeitslosen unterscheiden sich die 500000 „Kurzarbeiter“ (dreimal so viel wie vor einem Jahr) meist nur dadurch, daß sie nennenswerte Versicherungsleistungen kriegen (80% des Lohns).

Ausgerechnet auf dem von den letzten Gewerkschaftskongressen 1977 zur Hauptaufgabe erklärten Feld der Beschäftigungspolitik haben die Gewerkschaften jede Initiative verloren. Nach dem Scheitern des – auf staatliche Rahmenpläne konzentrierten – EUR-Konzepts schlagen die Gewerkschaftsbünde jetzt andere Wege zur Vermittlung von Alltagskämpfen und Einfluß-

nahme auf den Akkumulationsprozeß vor. Die sei nötig, um die Zerrissenheit des Arbeitsmarktes zu überwinden. Wie sich die Arbeiterklasse gestützt auf die Verwertung des Kapitals statt im Gegensatz zu ihr einigen soll, ist nirgends recht geklärt.

Die CGIL ist für „Unternehmenspläne“, deren Verbindung mit regionalen und Branchenplänen den Zusammenschluß von beschäftigten und arbeitslosen Arbeitern ermöglichen soll. Die CISL verfiert einen „Solidaritätsfonds“, eine Art „Vermögensbildung“, finanziert aus Versicherungsbeiträgen der Arbeiter, die Investitionen unter direkter Gewerkschaftskontrolle ermöglichen soll. Ein Regierungsdekret, für einen solchen Fonds Zwangsbeiträge zu erheben, war im Sommer 1980 durch Streiks zu Fall gebracht worden. Die UIL schließlich tritt für die Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern an der Leitung der Staatsbetriebe ein.

In ihren tarifpolitischen Beschlüssen gehen alle drei Gewerkschaftsbünde auf die Zerklüftung des Arbeitsmarktes ein, oft freilich eher als Ausgangspunkt denn als Gegenstand von Forderungen. So soll die bisher fast nirgends tariflich geregelte, aber gleichwohl verbreitete Teilzeitarbeit tarifiert werden. Aber muß man sie dazu als „neues Bedürfnis“ ausgeben? Oder entspricht sie nicht vielmehr der altbekannten Tatsache, daß der Lohn nicht reicht, bzw. der Gratisvernutzung von jugendlicher Arbeitskraft in den Hochschulen? Und kann man die Spaltungen zwischen den Lohnabhängigen ausgerechnet durch Vertiefung der Lohnspaltung (mit „differenzierten“, d.h. für die oberen Lohngruppen höheren Forderungen) überwinden?

Der Streit zwischen den Richtungs-
gewerkschaften um die Haltung zu den
Angriffen auf die Inflationszuschläge
hatte die Arbeiterbewegung seit dem
Frühjahr gelähmt. Auf ihrem Kongreß
hat die CGIL mehrheitlich vorgeschla-
gen, Lohnerhöhungen bis zur „geplan-
ten Inflationsrate“ von 16% steuerlich
zu entlasten, höhere Steigerungen aber
durch Steuerprogression und höhere
Versicherungsbeiträge zu „entmuti-
gen“. Wenn die Inflation tatsächlich
von jetzt knapp 20% auf 16% zurück-
geht, wären damit die Reallöhne in den
untersten Lohngruppen gesichert,
durch steuerfreie Festgeld-Inflations-
zuschläge. Sinkt die Inflation aber
nicht, schnappt die Progressionsfalle
zu. CGIL-Vorstandsmitglied Giovan-
nini warnte vor den Folgen für den Ta-
rifkampf: „Wir können uns 1982, mit-
ten in einem Angriff der Unternehmer
auf Belegschaften und Arbeitsorgani-
sation, nicht leisten, die Fabrikinitia-
tive durch eine Art ‚Rezeptgebühr‘ auf
den Tarifkampf zu blockieren oder zu
entmutigen.“

Aus Dokumenten der Ge- werkschaftskongresse

Thesen des X. Kongresses der CGIL
Auf allen Ebenen müssen den Werk-
tätigen Informations-, Vorschlags-
und Kontrollrechte gesichert werden,
in deren Rahmen die Gewerkschaft
verhandelt ... Die CGIL hält dazu
die Präsenz von Gewerkschaftsver-
tretern in den Leitungsorganen (der
Unternehmen) nicht für zweckmä-
ßig. In diese allgemeine Orientierung
ordnet sich der Vorschlag des *Unter-
nehmensplans* ein. Es handelt sich
darum, einerseits die Schranken der
bloß betrieblichen Handhabung des
„ersten Teils“ der Tarifverträge (in
dem die Informationsrechte geregelt
sind, d. Red.) ... und andererseits
die Unbestimmtheit und Zerbrech-
lichkeit des Verhältnisses zwischen
den Subjekten der Planung, den pa-
lamentarischen Wahlkörpern und
dem Unternehmersystem zu überwin-
den ...

Die auf für alle gleiche Erhöhung
gegründete *Lohnpolitik*, die den gan-
zen arbeitenden Klassen einen großen
Drang nach vorn bei der Einkom-
mensverteilung und bei der Überwin-
dung von Ungerechtigkeiten und
Einseitigkeiten ermöglicht haben,
sind heute ... Ursache von neuen
Ungleichgewichten. Diese Lohnpoli-
tik hat u.a. den Unternehmen einen
weiten Spielraum für ein starke Stei-
gerung des nicht tarifierten Lohns
und den daraus folgenden Verlust an
gewerkschaftlicher Verhandlungs-
macht gelassen, mit neuen Elementen
der Spaltung zwischen den Werktäti-
gen, vor allem zwischen bestimmten
Schichten der Angestellten und Tech-
nikern und der breiten Masse der Ar-
beiter. In diesem Zusammenhang ist
das Ziel der Gewerkschaft, die Fähig-
keit zur Beherrschung des Effektiv-
lohns zurückzuerlangen. Das schließt
die Verteidigung bzw. Wiederherstel-
lung des Anteils der abhängig Be-
schäftigten am (Volks-)Einkommen
ein; in diesem Rahmen ist der Schutz
der niedrigsten Einkommen – die
Verteidigung des gegenwärtigen Me-
chanismus der Inflationszuschläge ist
davon integrierender Bestandteil –
mit stärkerer Berücksichtigung der
verschiedenen national wie betrieb-
lich vereinbarten Eingruppierungs-
niveaus verflochten. Daraus folgt, daß
die Verteidigung des einheitlichen
Punktwerts bei den Inflationszu-
schlägen (also Zahlung von Festgeld-
beträgen, d. Red.) mit einer Linie di-
ferenzierter Lohnerhöhungen ver-
bunden sein muß.

Die *Arbeitszeitverkürzung* ...
muß, um vom Gesichtspunkt der Er-

höhung der Beschäftigungsniveaus
und der Verbesserung der Arbeitsbe-
dingungen wirksam zu sein, mit einer
neuen Strategie der Flexibilität der
Arbeitsorganisation und der Arbeits-
zeitregelung verbunden sein. Es geht
dabei z.B. um Arbeitszeitregelungen,
die eine bessere Ausnutzung der An-
lagen zulassen und breiten Massen
von Werktätigen effektive Möglic-
keiten zur Verbindung von Studium
und Arbeit lassen.“

*CISL-Generalsekretär P. Carniti im
Bericht an den IX. Kongreß*

Wir haben die Beweislast, daß die
Aufrechterhaltung und Verbesserung
der Verteilungspolitik zugunsten der
Lohnabhängigen mit der Möglichkeit
verträglich ist, das Problem der Bil-
dung, Verwendung und Bestimmung
der Ressourcen angemessen zu be-
handeln. Eine an Beschäftigung und
Mezzogiorno geknüpfte selektive
Entwicklung unserer Wirtschaft be-
deutet, angemessene Antworten auf
das Erfordernis des Ressourcentrans-
fers, nicht von den Löhnen zu den
Profiten, sondern vom Verbrauch zu
den Investitionen zu geben. In diese
Logik ordnet sich der Vorschlag des
„Solidaritätsfonds“ ein ... Wenn
ein demokratischer Planungsprozeß
eine sehr viel einschneidendere politi-
sche Funktion der werktätigen Klasse
postuliert, als sie in den Formen der
parlamentarischen und Parteienre-
präsentation möglich ist, dann muß
sie sich auch in direkteren Formen
ausdrücken können, nicht bloß be-
schränkt auf die Realität in der Fa-
brik, sondern über Einrichtungen,
die in der Lage sind, sie (die politi-
sche Funktion) an die Orte der allge-
meineren Entscheidungen zu projie-
zieren.“



Die Generalsekretäre der CGIL und
CISL Lama und Carniti.



Wahl der Waffen

Filmische Diskussion über Gangstermethoden und das Gute des Gewaltverzichts

Ein alter Gangster, von dem man nicht erfährt, was er früher gemacht hat, außer wahrscheinlich geschossen, und zwar lohnend, da es für die Anschaffung eines Herrensitzes samt Gestüt, Dienerschaft und Klassefrau gereicht hat, nimmt einen alten, auf der Flucht aus dem Gefängnis schwer verletzten Kumpan auf. Leider stirbt dieser ihm unter den Händen.

Übrig bleibt sein junger Mit-ausbrecher, der Mörder Mickey, durch dessen jugendliche Unbedachtheit sich der alte Gangster Noel zum Handeln gezwungen sieht, obwohl er doch allen kriminellen Neigungen abgeschworen und sich bereits zum Bourgeois geläutert hatte.

Aufgrund eines Mißverständnisses bringt Mickey die Tragödie ins Rollen. Er verfolgt den Alten, weil er glaubt, der habe ihn bei der Polizei verpfeiffen. Noel greift auf alte Beziehungen und eine solide Organisation zurück, um Mickey aufzuspüren und in die Initiative zu kommen. Dieser dreht an dem Punkt durch, als vermeintlich seine kleine Tochter bedroht ist. Voll Wut bemächtigt er sich der Frau Noels, ihr Leben hängt an einem seidenen Faden, als Noel anruft und Mickey beschwört, doch auf ihn zu warten und ihm nicht seinen einzigen Lebensinhalt zu rauben. Mickey, der im Grunde seines Herzens für Fairness ist, kommt der Aufforderung nach.

Die Schöne kommt dennoch um, weil sich in der Zwischenzeit ein ehrgeiziger junger Poli-

zist mit einem Killertrupp angeschlossen hat und den Ausbrecher stellt. Mickey schießt in Notwehr, der Polizist trifft statt seiner die Frau.

Noel entschließt sich zur Rache. Als er Mickey's Liebe zu seinem Kind entdeckt, erkennt er in ihm die verwandte noble Seele. Wie von selbst verhilft er ihm nach einem Bankeinbruch zur Flucht, da der Helfer mit dem Auto ihn im Stich gelassen hat.

Dieser Verräter gehört zu den armen Leuten, die im Film auch vorkommen. Er hat es nie zur Verwirklichung auch nur des bescheidensten Wunsches gebracht, zum Beispiel zum Besitz eines Schlagzeugs. Aber er hat auch nicht diese großartige Gefühlsfähigkeit des alten Gangsters, der so aufopfernd in seelischer Übereinstimmung mit seiner Frau nachts eine kranke Stute pflegt. Er hat bloß einen Haufen Kinder, eine miese Schlampe und eine zu enge Wohnung, offensichtlich alles falsch gewählt.

Der Film ist nicht einseitig. Nein, auch die Polizei hat ihren großen alten Mann, der nicht mehr wild auf Blut ist und so dem alten Gangster gesinnungsverwandt ist. Das männliche Dreiergespann stellt so etwas wie die gesammelten Helden des Films dar. Wenn bloß alles Gute vereinigt werden könnte, wäre alles in Ordnung.

Die Frauen sind Dekoration und daher auch nicht Träger der wesentlichen Dialoge im Film. Sie spielen mehr oder

weniger stumme Rollen, und wenn sie vernünftig sind, gehorchen sie.

Ebenso sprachlos werden die rauschgiftsüchtigen Jugendlichen in der Diskothek dargestellt, die sich zum Schutz ihres Kumpels zusammenrotten. Mit erhobenen Messern und Fäusten ziehen sie sich in einem stummen Ballett zurück, machtlos und lächerlich gegenüber den gutsituierten und wohlorganisierten Gangstern Noels.

Daß der Mann sein Schicksal wählen muß, ist das durchgehaltene Motiv. Aber Mickey scheitert mit seinem Versuch, als liebender Vater ein neues Leben anzufangen, weil er verwerfliche Mittel gewählt hat. Noel kann nicht mit seiner Frau ein ruhiges Leben auf einem noch schöneren Gestüt führen, weil er sich erneut für die Methoden der Vergangenheit entschieden hat. Seine wahre Größe liegt in der Selbstüberwindung, die er an den Tag legt, als er den Polizisten, der seine Frau und schließlich auch den ihm ans Herz gewachsenen Mickey getötet hat, nicht umlegt, als er die Möglichkeit dazu hat, sondern ihn bloß moralisch fertigmacht und mehrfach an seinem Kopf vorbeischießt. Die letzte Entscheidung fällt also gegen die Waffen. Die höhere Einheit des Gewaltverzichts hebt die Differenzen zwischen Polizeichef und Gangsterboß auf.

Noel wird endgültig gut, nimmt das Kind des toten Verbrechers zu sich und fährt mit ihm davon.

Helden braucht für den „starken Staat“

„Seit ... Hitler den deutschen Volksglauben für seine politischen Zwecke mißbraucht hat, ist das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Mythologie empfindlich gestört.“ Frühmittelalterliche „Heldenmythen“ wieder aufzuputzen, damit der Einzelne „sein Leben besser ausfüllen“ könne, sei deshalb das Ziel seines Films „Excalibur“, hat der Regisseur J. Boorman erklärt. Seit Anfang November läuft sein Schinken über (Ritter-), „Treue, Liebe und Verrat“ in westdeutschen Kinos. Thema ist die Runde des sagenhaften englischen Königs Arthur. Diese „edlen Ritter“, untereinander ständig im Krieg um die Rolle des größten Bauernausplünderers, werden von Arthur dazu bewegt, künftig untereinander alles ganz „demokratisch“ auszumachen, um das Auseinanderfallen des Reiches in einander befehlende Feudalfürstentümer aufzuhalten. Arthur gelingt die Schaffung eines scheinbar blühenden Ritterkönigreiches, aber durch die Intrigen seiner machtbessenen Schwester geht sein Reich am Ende in einem Gemetzel unter. An seine Stelle tritt – angedeutet durch den mythischen „Gral“, den die Ritter der „Arthurs-Runde“ suchen – das christliche Feudalzeitalter. Hinter der Lobpreisung der vorfeudalen „Adelsdemokratie“ schlecht verborgen steckt die Propaganda des „starken Staates“, wo es „dem König und dem Volk gutgeht, weil der Staat stark ist“, und wo es „ritterliche Helden“ braucht, die sich für den König schlagen. Die GSG 9 als lauter „Jung-Siegfrieds“?

„Super“-Mensch schafft Ordnung

Seit Jahrtausenden besteht das Riesenreich der Sylvaner, zu dem neun Welten mit zahllosen Planeten gehören. Geschaffen ist dieser interplanetare Komplex von Sonnen – den „allmächtigen Vätern des Universums“. Ziel: mit Sylva „eine glänzende und gerechte Macht zu errichten, die von starken, logisch denkenden Lebewesen“ kontrolliert sein sollte. Im Machtzentrum der Sylvaner haben die Sonnen einen Kreis etabliert, anzusehen wie ein „Heiligenschein“ und sozusagen die Verkörperung allen Wissens, der Allgegenwärtigkeit. Doch aus dem Ex-

periment ist eine inhumane Diktatur geworden, die andersdenkende Lebewesen über eine Arreststrafe in Strahlenkäfige befördert oder einfach in Nichts auflöst. Und die Führer der Sylvaner sind heimtückisch und rückgratlos, geadeso wie die elastische Molekularstruktur aller Materie auf Sylva. – Die Sonnen haben inzwischen eingesehen, daß ihr Experiment nicht „von Glanz und Gerechtigkeit, sondern von Gewalt und Unterdrückung“ geprägt ist. Doch bevor sie selbst eingreifen, tritt Stahlauge mit seiner Geliebten Chaos (griechisch: der ungeordnete Urstoff) in Aktion, von der Rasse der Eumigen in der Retorte gezüchtet als Nachfahren der ausgestorbenen Menschenrasse. Beiden ist alles denkbare Wissen einprogrammiert, sie reagieren um Nanosekunden schneller als jeder Roboter, haben jedoch menschliche Instinkte. Stahlauge hat zudem einen unbesiegbaren Körper und ein „Stahlauge“, das jeden Feind durch nukleare Strahlen vernichtet. Fazit: Der neue „Super“-Mensch vollstreckt im Auftrag der göttergleichen Sonnen den Untergang der inhumanen Sylva-Diktatur, das Gute siegt, Stahlauge schafft Ordnung im Universum. Wieso er dazu in der Lage ist, bleibt offen.

Saul Dunn: Stahlauge – die Elastowelt, Bastei-Lübke 23002, 4,80 DM

Wie Frau Fischer die „wilde Jugend“ zähmt

Marie Louise Fischer gibt zum besten, wie sie sich die Zurechtbiegung der arbeitenden Jugend nach Schablonen der bürgerlichen Moral vorstellt, und bringt ihre Grundsätze ohne Rücksicht auf Wahrscheinlichkeit der Charaktere an den Mann. Hauptschauplatz ist



das Kaufhaus Meyer in einer Großstadt, wo die Lehrlinge fürs Leben lernen. Ralf etwa ist vom Gymnasium geflogen, weil er mit einer Mitschülerin im Physiksaal erwischte worden ist. Dieser Angebeteten, aus besseren Kreisen stammend wie er selbst, bleibt er treu trotz aller Hindernisse wie Unterbringung durch Mami im Internat. Das hindert ihn jedoch nicht, bei jeder sich ergebenden Gelegenheit, z.B. Kurzschuß im Fahrstuhl, seine Kolleginnen zu vernaschen und anschließend auch noch mit kaltem Hohn zu behandeln. Er entwickelt sich erstaunlich, sieht ein, daß er „noch viel zu jung für solche Geschichten“ war, und beginnt eine herzerfrischende Freundschaft mit dem äußerst netten, äußerst kameradschaftlichen und trotz ihrer jungen Jahre alle Schwierigkeiten ausräumenden Mädchen Susi, das ihm nicht nachgelaufen ist. „Sie lachen sich an, und dann laufen sie, Hand in Hand, auf die Straße ... Weil es sie freute, zusammen zu sein, weil sie ihren Überschuß an Kraft abreagieren mußten.“

Tina, die gleichzeitig bei Meyer angefangen hat zu arbeiten, reift innerhalb eines halben Jahres vom Kind, das noch wächst, zur Verlobten des zu Unrecht als Dieb verdächtigten Kaufhausdetektivs heran. Gaby wendet sich nach allerlei hergeholten und mißglückten Abenteuern mit einem Playboy dem ritterlichen Kollegen zu, der sie ständig vor lusternen Kunden beschirmt.

Und die Arbeit? Selbst im Weihnachtsgeschäft wird für Lehrlinge die 40-Stunden-Woche eingehalten, strahlt Frau Fischer. Klar, für Erwachsene sieht die Sache anders aus. Aber wozu auch Tarife, wenn es einen so verständnisvollen Personalchef gibt, der den Wünschen der Lehrlinge nachkommt, sie versetzt, wenn sie möchten, und zum Dank auch mal ein Küßchen abbekommt.

Das Ganze ist mit Krimielementen aufgemischt. Nachts fällt sich ein Junge im Haschrausch im Kaufhaus zu Tode. Der Lehrling, der die „Gammel“ reingelassen hat und selber hascht, scheut auch vor einem Mordversuch nicht zurück. Die Guten gehen zur Polizei und scheiden sich sauber vom Dreck, für den es keinen Platz gibt.

Marie Louise Fischer, Wilde Jugend, Heyne Taschenbuch 5246, München 1979, 3,80 DM.

Heilkräuter

Zurück zur Natur oder Kostendämpfung

1976 hat der Homöopath Samuel Hahnemann sein Buch „Versuch über ein neues Prinzip zur Auffindung der Heilkräfte der Arzneisubstanzen nebst einigen Blicken auf die bisherigen“ veröffentlicht. Seit dieser Zeit herrscht Streit zwischen den Verfechtern der naturheilkundlichen Medizin und den Verfechtern der naturwissenschaftlichen Medizin, der Schulmedizin. In diesem Streit ist die naturheilkundliche Medizin an den Hochschulen noch der Schulmedizin unterlegen, jedoch wird die Debatte mit großem Ernst und immer weniger Polemik geführt. Diese Auseinandersetzung hat jedoch nicht ausschließlich wissenschaftliches Interesse. Im Zuge der Kostensenkung im Gesundheitswesen tauchen seit einigen Jahren in der Illustriertenpresse Wunderheiler und Heilkundige wie der täglich ins „Bild“ gesetzte Dr. jur. Manfred Köhnelechner auf, Bücher werden geschrieben, um als Ratgeber in medizinischen Fragen zu dienen. Durch schlechte Erfahrungen mit der Schulmedizin und durch oft erhebliche, das normale tägliche Leben einschränkende chronische Erkrankungen wenden sich viele Patienten diesen Büchern zu und versuchen, durch dieses oder jenes Naturrezept oder durch Aufsuchen eines meist sehr teuren Heilkundigen Rat und Unterstützung wegen ihrer Erkrankung zu bekommen.

Als absoluter Spitzenreiter der sog. Naturheilkundebücher gilt das Buch von Maria Treber „Gesundheit aus der Apotheke Gottes“, erschienen im Verlag Wilhelm Ennsthaler. In der 6. Auflage ist seit 1980 das 600tausendste Buch gedruckt. Mit viel Geschick, anknüpfend an den konkreten Erfahrungen der Menschen, trägt Maria Treber dazu bei, daß die Leute, die ihr Buch lesen, verunsichert werden, den Gang zum Arzt scheuen, notwendige Medikamente nicht einnehmen. Zudem verstärkt sie die Ansicht, daß die Krankheit ein persönliches Übel des einzelnen sei, gewissermaßen von Gott gegeben. „In einer Zeit, in der ein Großteil der Menschheit sich von der natürlichen Lebensweise weitgehend entfernt, bedrohliche Krankheiten durch falsche Lebenseinstellung auf sie zukommen, sollten wir zu unseren Heilkräutern zurückfinden, die der Herrgott durch SEINE Güte uns seit erdenklichen Zeiten schenkt ... Aus der Hoffnungslosigkeit des Siechtums, aus eigener Kraft und eigenem Willen, dank der göttlichen Hilfe unserer Heilkräuter herauszufinden, ist menschlich erhebend ... Ich verfolge seit Jahren ärztliche Tagungen und Kongresse, deren Ergebnisse auch in den Tageszeitungen erscheinen. Viele verantwortungsbewußte Ärzte warnen vor allzu großer Tablettensucht ... Blutdrucksenkende Mittel zum Beispiel, längere Zeit hindurch genommen, fördern bei Frauen Brustkrebs, wie drei voneinander unabhängig arbeitende Forschungsgruppen in Boston, Bristol und Helsinki festgestellt haben.“

Solchermaßen vorbereitet, werden die Ratschläge der Maria Treber verbreitet. Das hohe Lied, das diese z.B. auf die Mistel singt, die, folgt man ihrem Rat, ein Wunderheilmittel ist, erschwert die sachliche Auseinandersetzung um die Integration und wissenschaftliche Erforschung der Naturheilkunde an den Universitäten weiter und leistet Ehrenbergs Kostendämpfungsmaßnahmen weiter Vorschub. Die Techniker Krankenkasse und die Barmer Ersatzkasse raten bereits ihren Mitgliedern, die natürlichen Heilweisen nicht zu vernachlässigen. Das, was Maria Treber in ihrem Kräuterbuch als natürliche Heilweise vertritt, ist für den medizinischen Laien schwer widerlegbar und aus Unkenntnis von der Homöopathie, die seit 184 Jahren von ernsthaften Naturkundlern betrieben wird, nicht unterscheidbar.

Eine Kostprobe aus Trebers Buch soll veranschaulichen: Die Mistel (*Viscum Album*) hilft bei Epilepsie, bei chronischen Krämpfen und hysterischen Beschwerden, bei gefrorenen Nasen, als stoffwechselsförderndes Mittel, z.B. bei der Zuckerkrankheit, denn die „Zuckerkrankheit verliert bei fortgesetzter Teekur ihre Entstehungsursache“. Diese Aussage ist sicher richtig, der Patient wird aber nach einiger Zeit an Entkräftung sterben, da zum Leben Energiezufuhr nötig ist. Weiter bei Maria Treber: Die Mistel hilft bei Arterienverkalkung, bei Schlaganfall, als blutstillendes Mittel, „kalt durch die Nase aufgezogen, wirkt der Misteltee stillend bei Nasenbluten“. Weiß man nicht schon seit der Kindheit, daß kaltes Wasser bei Nasenbluten hilft? Dies ist ein normaler physiologischer Reiz, da der Kältereiz die Gefäße schließt.

„Als Tee genossen“ hilft „die Mistel bei Lungenblutungen und bei Darmblutungen im Verlauf von Typhus und Ruhr“, sie sei das beste Herz- und Kreislaufmittel bei hohem und niedrigem Blutdruck, bei Gebärmutter- und Menstruationsstörungen. „In neuerer Zeit wird die Mistel als Krebsverhütend und krebsentgegenwirkend medizinisch angewendet.“

Abgesehen davon, daß die Ratschläge der Maria Treber zumindest bei der Epilepsie lebensgefährlich sein können, erweckt diese Frau im medizinischen Laien den Eindruck, daß ihre Ratschläge gutgemeint sind, und mit den Fallbeispielen in ihrem Buch legt sie nahe, auch Erfolg versprechend. Die ganze Debatte um die „Naturheilkundigen“, wie sie von interessierter Seite betrieben und unterstützt wird, verunsichert die Patienten und treibt sie Quacksalbern zu, die ihnen noch das Geld aus der Tasche ziehen. Einen Nutzen von dieser Art der Medizin haben lediglich die „Naturheilkundler“ und Ehrenberg. Das dämpft Kosten.

Grüne

Schwarm von Glaube, Hoffnung und Wärme

Der Bundesvorstand der Grünen hat ein Friedensmanifest ausgearbeitet. Die Ausarbeitung dieses Manifestes gelang nach der großen Demonstration vom 10.10. in Bonn und parallel zur Ausarbeitung des Aufrufes zur Breschnew-Besuchs-Demonstration vom 22.11., ebenfalls in Bonn. Der Inhalt dieser Dokumente vermittelt die Befürchtung, daß im Schoße der grünen Partei doktrinäres Sektierertum heranreift. Hier soll nicht kritisiert werden, daß die Grünen sich vom Sammelbecken verschiedener Kräfte zu einer Partei entwickeln wollen, die politische Grundsätze aufstellt und politische Ziele bestimmt. Die Propaganda von Zielen muß nicht doktrinär sein, die Propaganda von Grundsätzen nicht sektiererisch. Man höre jedoch die Grünen in ihrem Breschnew-Besuchs-Demonstrations-Aufruf:

„Wir nehmen dies zum Anlaß, erneut deutlich zu machen, daß Abrüstung und die Verwirklichung von Menschenrechten in Ost und West notwendig sind.“

„Atomare Abrüstung einseitig zu beginnen, gilt in Ost und West, denn sonst kann sich jede Seite immer mit dem Hinweis auf die andere herausreden.“

„Wir wenden uns gegen das System der atomaren ‚Abschreckung‘ in Ost und West, denn solange unser Widerstand gegen den atomaren Rüstungswahnsinn auf einen Block beschränkt bleibt, kann der Rüstungswettlauf nicht gestoppt werden.“

„Nur eine große europäische Friedensbewegung kann dafür sorgen, daß die Regierungen bei den kommenden Verhandlungen zu wirklichen Abrüstungsschritten gezwungen werden.“

„Letztenendes kann der Graben zwischen Ost und West nur von unten zugeschüttet werden. Das erfordert ungehinderten Meinungs- und Informationsaustausch der Friedensbewegungen und die Durchsetzung von Grund- und Menschenrechten in Ost und West.“

Diese Zitate sind aus dem Aufrufertext herausgeklaut, weil ihnen ein stark formulierter Wahrheitsanspruch gemeinsam ist. Da wird festgestellt, was in Ost und West notwendig ist, was jede Seite sonst immer kann, wie der Rüstungswettlauf nicht gestoppt werden kann, wer ausschließlich die Regierungen zwingen kann, wer ausschließlich einen Graben von unten zuschütten kann, was dazu in Ost und West erforderlich ist und durchzusetzen wäre. Vom Inhalt her ist diesen Äußerungen gemeinsam, daß durch sie politische Ziele und Verfahrensweisen festgelegt sind, und zwar nicht nur für die Anhänger der Grünen oder auch nur für die Einwohner der BRD, sondern für einen weitaus größeren Teil der Menschheit. Und, in der modernen Politik ziemlich ungewöhnlich, daß diese Ziele nicht einmal versuchsweise aus den Interessen der Menschen begründet sind, die doch andererseits den durch Grüne gebahnten Weg beschreiten sollen. Zu der auf diese Weise zusammengerufenen Demonstration erschienen dann ungefähr fünftausend Leute. Was befähigt die Grünen dazu, eine derartige Tonart anzuschlagen, was berechtigt sie wohl nach ihrer Meinung zu derart vorschrittmäßiger Politik? Die Grünen haben zu einer politischen Philosophie gefunden. Sie haben den Weg, die Wahrheit, und für das Leben stehen sie sowieso. Das Friedensmanifest führt diese politische Philosophie auf rund 20 Seiten aus. Sie ruht auf drei Säulen, der Hoffnung, dem Glauben und der Liebe (wörtlich „Wärme“), also auf den drei christlichen Grundtugenden. Das Friedensmanifest stellt den Versuch dar, die massenhafte Kritik an gesellschaftlichen Zuständen ins verstei-

nerte Gehäuse dieser drei religiösen Kategorien zu sperren. Woran glauben die Grünen?

„Der Glaube an den guten aktivierbaren Kern im Menschen ist eine wichtige Voraussetzung für die Einstellungs- und Verhaltensänderung gegenüber dem angeblich feindlichen Volk. Dies gilt nicht allein für außenpolitische Beziehungen, sondern bewährt sich in der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern im eigenen Lande. Deshalb hängt auch die Glaubwürdigkeit unseres Engagements für den Frieden, für die Neugestaltung der Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Paktes und der ‚Dritten Welt‘ davon ab, wie wir mit den politischen Gegnern und auch mit den Regierenden und Ausführenden staatlicher Gewalt sprachlich, physisch und psychisch umgehen. Wer im Gegner nicht auch den Menschen sieht, kann nicht erwarten, daß sein Anliegen aufgenommen und gar angenommen wird. Gewaltfreier Widerstand und vernichtender Haß schließen einander aus.“

Beiseite die eigentlich interessante Frage, wer den guten aktivierbaren Kern ins Menscheninnere gepflanzt hat, beiseite auch, woraus die schlechte Hülle wuchern mag. Dies ist ein politisches Manifest, da interessieren politische Festlegungen. Die Grünen folgern nämlich aus der Gleichheit des Menschen (in Bezug auf seinen guten aktivierbaren Kern) einen Unterschied in Bezug auf die Aktivierungsmittel, die erlaubt sind. Worauf haben die „Regierenden und Ausführenden staatlicher Gewalt“ einen Anspruch? Darauf, daß man in ihnen den Menschen sehe, der Gewalt nicht leiden kann, auch, ja gerade wenn er dabei ist, zu regieren oder staatliche Gewalt auszuführen. Da er dabei ein Mensch ist, muß er sich des Glaubens der Betroffenen an seinen guten aktivierbaren Kern gewiß sein können. Wenn er, der regierende oder staatliche Gewalt ausführende Mensch, sich nun nicht nur physisch, nein auch sprachlich oder psychisch bedrängt fühlt, was dann? Na klar, sein guter aktivierbarer Kern wird verschüttet, er wird zum Unmenschen, und wer ist schuld? Diejenigen, die ihn gekränkt haben, statt seinem Regieren und seiner Ausführung staatlicher Gewalt physisch, sprachlich und psychisch Bahn zu lassen. Sie haben ihm doch geradezu vorgemacht, wie man sich nicht verhalten darf, und nun verhält er sich genauso, bloß daß er eben regierend oder staatliche Gewalt ausführend ist.

Das Schonprivileg, das den Regierenden und Ausführenden staatlicher Gewalt bei diesen Beschäftigungen zusteht, hat schon der Theorie des gewaltfreien Widerstandes zu Grunde gelegen. Jetzt, wo es aus der allgemeinen Theorie vom guten aktivierbaren Kern im Menschen hergeleitet ist, weitet sich die Doktrin vom gewaltfreien Widerstand auf das Gebiet der Kritik gesellschaftlicher Zustände aus. Man sage: Wegen der Sicherheit der Ölversorgung würde die NATO einen Krieg anfangen. Man sage weiter: Die Planungen der NATO bewiesen, daß ein solcher Krieg vorbereitet wird. Man sage weiter: Schmidt wisse das auch. Schmidt sage, das sei falsch, er wolle den Frieden. Man sage darauf: Schmidt lüge! Was sagen die Grünen? – Gewaltfreier Widerstand und vernichtender Haß schließen einander aus. Schmidt ist Regierender. Kein Feind. Sein guter aktivierbarer Kern ist freizulegen. Haß wird ihn verschütten. Wenn auch der Glaube an den guten aktivierbaren Kern im Menschen eine wichtige Voraussetzung für den Frieden ist, die Hoffnung ist nicht auf die Regierenden zu setzen.

„Hoffnung kommt nicht von Regierungen. Die verlassen sich auf ihre Geheimdienste und erweitern täglich ihre Waffenarsenale. Sie schüren Angst und suggerieren ihren Völkern Feindbilder. Hoffnung kommt vielmehr von den Völkern. Kraft und Phantasie zur Schaffung einer neuen Erde ohne Krieg erwachsen in den Herzen vieler Millionen Menschen in Ost und West. Hoffnung erwächst aus der Geburt einer großen neuen Basisbewegung, der sich täglich mehr Menschen anschließen: der internationalen Friedensbewegung.“

Die Hoffnung kommt, die Hoffnung wächst. Woher kommt die Hoffnung? Von den Völkern und hier wiederum von der Kraft und der Phantasie, die in den Herzen wächst. Daher kommt die Hoffnung. Aber woher erwächst sie? Aus der Geburt einer großen neuen Basisbewegung. Wem dieses aufdringliche Anlauten an die Frohbotschaft des Weihnachtsfestes zur Beurteilung nicht ausreicht, der mag sich die Frage vorwerfen: Wer hat diese Basisbewegung erzeugt? Wer hat das Wachsfähige in die Herzen gepflanzt? Die Ableitung der Hoffnung erfolgt nur zum Schein, nur zum Zwecke der Irreführung aus dem unbestritten wachsenden Gegensatz von Völkern und Herrschenden. Daran setzt der Text nur an, um predigtschlau auf allgemeinemenschliche Herzenseigenschaften zurückzukommen. Wie geht's nun zu, daß diese allgemeinen, dem Menschengeschlecht vom Schöpfer eingepflanzten Herzenseigenschaften so verschüttet sind?

„Das Prinzip der Achtung und Wertschätzung allen Lebens – der Lebens- und Naturschutz – bildet für unsere ökologie- und friedenspolitischen Ziele in gleicher Weise die Grundlage. Das Industriesystem der eu-

ropäische Zivilisation, in dem der Mensch als Ausbeuter und Herrscher über andere Menschen und eine als Feind erlebte Natur verstanden wird, hat die Gesellschaft zunehmend in eine Sackgasse geführt. Der technische Fortschritt und die Organisation der Arbeit folgen einer Wachstumsdynamik, die dem Menschen entfremdet ist und in der die Entwicklung der Produktivkräfte nicht seiner bewußten Gestaltung unterliegt. Seit Jahrzehnten sind die 'modern' genannten Kriegsmaschinen mit ihrem immer größeren Selbstvernichtungspotentialen der Motor und wichtigste Sektor dieser Art technischen 'Fortschritts'. Das ausbeuterische Verhältnis der Menschen untereinander und zur Natur hat die Menschheit an den Rand der Selbstvernichtung geführt."

Also: Nicht etwa die Ausbeutung eines bestimmaren Teils der Menschheit durch einen anderen, ebenfalls bestimmaren, sondern das 'ausbeuterische Verhältnis' der Menschen untereinander. Also: Ein Mensch namens Thyssen beutet einen Menschen namens Meier aus. Zwischen Thyssen und Meier besteht also ein ausbeuterisches Verhältnis. Man möchte lachen und sagen, schon, aber immerhin, wer wen ausbeutet, ist doch klar. Nicht unbedingt. Nehmen wir an, der Säugling Meier sei einstmals mit dem Säugling Thyssen verwechselt worden, und die Sache käme auf. Hätte nicht Meier nach allem, was man über den Menschen weiß, überhaupt keine Hemmungen, an seinen wahren Platz als Thyssen zu treten? Und genau da liegt der Grund. Das ausbeuterische Verhältnis hat wechselseitig bestanden, und das war einfach sichtbar zu machen. Der Unsinn ist übrigens kirchenamtliche Theorie, wonach Revolutionen lediglich die vormals Ausbeutenden zu Ausgebeuteten machen, weil der Mensch zwar einen guten aktivierbaren usw. hat, aber in der Praxis leider schlecht ist. So liegt es dann an den Ausgebeuteten, die gefährliche Schlechtigkeit als erste abzuschütteln. Und zwar bei sich selber. Auf Christendisch: Sie haben durch Beispiel zu wirken. Was sie an sich nicht verwirklicht haben, können sie nicht von anderen fordern. Der Gedankengang ist schwer so weit nach links zu biegen, daß eine Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse überhaupt erlaubt bleibt. Die Grünen schaffen gleichwohl:

"Gewaltfreie 'Ungehorsame' stehen mit ihrer ganzen Person für den Gesetzesbruch aus Gewissensgründen ein, nehmen eher Gewalt und Strafe gegen sich inkauf, als selbst gewalttätig oder ungerecht zu werden oder durch passives Nichtstun an der Gewalt anderer mitschuldig zu werden. *„Wenn aber das Gesetz so beschaffen ist, daß es notwendigerweise aus Dir den Arm des Unrechts an einem anderen macht, dann, sage ich, brich das Gesetz ...“* (H.H. Thoreau)"

Die Formulierung setzt an dem weit verbreiteten und durch mannigfaltige gesellschaftliche Praxis hervorgerufenem Bedürfnis an, die Gesetze zu brechen, d.h. aus der bestehenden Ordnung der Dinge auszubrechen. Sie verpflichtet unter der Hand auf eine Martyriumstaktik. Sie erlaubt nicht, der Gewalt der Ausbeuter die Gewalt der Ausgebeuteten entgegenzustellen. Sie erlaubt nicht einmal, passiv oder gar billigend zuzusehen, wenn Ausgebeutete und Unterdrückte sich gewaltsam zur Wehr setzen. Bei einer solchen Festlegung politischer Taktik bedarf es einer Ermütigung. Das Friedensmanifest endet mit folgenden Worten:

"Nicht die 'Mächtigen' dieser Erde, nicht die gerissenen Politiker und nicht die eiskalten Strategen werden Frieden schaffen. Nein, wahrhaft *ent-waffnend* wirken die Wärme, die Hoffnung und der Mut von Millionen 'Machtlosen', die vereinzelt ohnmächtig, gemeinsam jedoch unwiderstehlich sind."

Die Grünen machen sich leicht. Was heißt da unwiderstehlich? Hat es den Opfern des Hitlerfaschismus im Inland und im Ausland an Charme gefehlt? Sind die Völker der Dritten Welt nicht warm genug? Ist die Hoffnung der Unterdrückten auf die Gestaltung einer besseren Zukunft nicht hundertmal mit Militäristiefeln niedergetreten und vergast worden?

Im besten Falle führt die Taktik der Grünen zu einer defätistischen Massenbewegung. Sie wird ohne jeden Zweifel von den herrschenden Ausbeutern im blutigen Martyrium ehrenwerter Leute erstickt werden. Für irgendeine andere Ansicht besteht überhaupt kein geschichtlicher Anhaltspunkt. Im schlimmsten Fall führt die Taktik der Grünen zu einer konterrevolutionären Propaganda, die sich mit dem bestehenden Recht und mit dem bestehenden Staatsapparat verschmilzt, so bald und soweit dieser als Kraft der Ordnung auftritt. Die Grünen stehen an einem Scheideweg. Sie werden entweder fortfahren, Schalen aufzustellen, in denen die verantwortlichen Pfaffen ihre Hände in Unschuld waschen können, sei es entweder, weil die anderen Völker bei der Friedensbewegung nicht ausreichend mitgezogen hätten, besonders die im Osten nicht, sei es, weil die Bewegung entartet sei, ihrerseits zu jenen Mitteln gegriffen habe, denen ursprünglich die Kritik gegolten hätte, oder aber sie werden die Pfaffen zurückstutzen, die sich da breit machen.

„Madame“, „Vogue“ u.a.

Zeitschriften für das „Vergnügen an den schönen Dingen“

Während Frauenzeitschriften wie „Brigitte“ (1,4 Mio. Auflage) oder „Freundin“ im wesentlichen die lohnabhängige Frau ansprechen, wenden sich die Magazine „Madame“, „Vogue“, „Charme“, „Chic“ oder „Lady“ ausschließlich an die Bourgeoisfrau, deren gesellschaftliche Aufgabe es ist, nichts zu tun als das Geld, das aus der Ausbeutung fremder Arbeitskraft stammt, auszugeben. Im übrigen hat sie den gehobenen Stand an der Seite ihres Gatten zu repräsentieren.

Zu diesem Zweck muß sie exklusiv modisch ausgestattet sein. Und was da in diesen Zeitschriften (Preis: 5,50 – 8 DM) angeboten wird, ist ausgewählt – Chanel, Cardin, Cerruti, Ungaro – Haute Couture, die ihren Preis verlangt. Für ein Kostüm sind drei Monatsgehälter einer Sekretärin unterstes Preisniveau, ein Lederrock für 1800 DM nicht außergewöhnlich. 32 Seiten Pelze in der „Madame“, Nov. 81, Python-Schlange mit Chinchilla ist das Allerneueste. Und wo bliebe die weibliche Ausstrahlung ohne das extravagante Parfum, 30 ml für 245 DM? Man muß „Vergnügen an den schönen Dingen“ haben können („Chic“). Über die gehobene Pflege des Körpers, das wesentliche „Kapital“ der Bourgeoisfrau, wird ausführlich berichtet. Schönheitsschlaf über Tags, Frischzellkuren und Schönheitsfarmen werden angeboten, 1230 DM die Woche plus 195 DM Vollpension täglich.

Die Aufgaben der Bourgeoisfrau, im Gegensatz zu der berufstätigen Frau, die sich ihre Arbeit mit dem Mann teilt, werden in „Madame“ deutlich dargestellt. In dem Artikel „Männer – das sensiblere Geschlecht“ heißt es: „Immer noch durchstreifen Banden von militanten Vertretern der Frauenemanzipation die Straßen einiger amerikanischer Städte auf der Suche nach Männern, um sie zusammenzuschlagen ...“ Und die Männer helfen „ihren feministischen Frauen dadurch, daß sie auf deren Kinder aufpassen, wenn sie auf Versammlungen gehen“. Dagegen ist die Geliebte, also die Bourgeoisfrau, „dem Manne immer zugetan. Sie tut genau das, was er will. Sie kümmert sich um ihn, macht ihm Komplimente, entspannt ihn.“

In „wer, was, wo“, „Man traf sich“ oder „Madame berichtet aus“ wird dann der notwendige Gesprächsstoff für die Party geliefert: wer der Skilehrer des Schah Reza war und jetzt Prinz Charles ausbildet (der soll sich etwas schwer dabei tun), welche Antiquitätenmesse wo stattfindet, daß den Vorsitz des deutsch-chilenischen Freundeskreises nun endlich eine Frau innehat (ihr Mann ist Direktor der Deutschen Bank), daß man in New York ausgezeichnet bei „One Fifth“ speisen kann (Chateaubriand Bérnaise für 32 Dollar als Entree, versteht sich). Informationen über Ballett, Museen, Maler, Literatur und Filme, kurz das Neueste in der Kulturszene sind recht ausführlich, man muß sich bewegen können in diesen Kreisen, und das erfordert nun mal auch etwas Bildung. Und da man ja viel reist, werden auch „phantastische, aufregende und exclusive“ Reisen von „Vogue“ angeboten: für 10980 DM drei Wochen West-Iran oder Papua-Neuguinea für 9380 DM.

„Cosmopolitan“ (200000 Auflage) ist auch eine Frauenzeitschrift für „bessere“ Frauen, allerdings bringt sie weniger Modeseiten als vielmehr Reaktionäres in Wort und Schrift. Mit der Langeweile der Bourgeoisfrauen befaßt sich ein Artikel in der November-Ausgabe, am Beispiel der „gut geschiedenen“ Fabrikantenfrau Helene und der Managerin Stefanie soll bewiesen werden, daß es die viele Freizeit ist, die den heutigen Menschen kaputtmacht. Und daß die Jugend aus keinem anderen Grund als aus Langeweile so rebellisch sei. Der Artikel gipfelt in der Aussage: „der Krieg – Ausweg aus der Langeweile“.

Unter dem Titel „Hausfrau – kein schlechter Beruf“ wird einige Seiten weiter die Frauenarbeit ausschließlich als emanzipatorischer Akt und die Frauenarbeitslosigkeit als heilsamer Ausweg aus diesem Übel dargestellt. Massive Angriffe gegen die Gewerkschaftsbewegung werden in dem Artikel „Schluß mit dem blöden Ladenschluß“ geführt. Dort wird die Einführung der Schichtarbeit gefordert und „auch von Gewerkschaftsfrauen kann man privat diese Forderung hören.“ Mit 100000 – 120000 Auflage sind diese Zeitschriften beschränkt – im doppelten Sinn des Wortes.

Lohndrift metallverarbeitende Industrie von 80 auf 81

Der Vergleich der Effektivlohnstatistik Juli 1980 auf Juli 1981 bietet Stoff zum Rätselraten. Obwohl prozentig wesentlich mehr weibliche Arbeiter entlassen wurden als männliche Arbeiter (-5,8% zu -2,1%), ist der Lohndurchschnitt für weibliche Arbeiter stärker gestiegen als für männliche (4,6 zu 4,2%). Obwohl weniger weibliche und mehr männliche Angestellte Beschäftigung fanden (-0,3% zu +1,2%), steigt auch hier der Lohndurchschnitt für weibliche Angestellte stärker als für männliche (5,4% zu 5,0%). Obwohl insgesamt weniger Frauen und mehr Männer beschäftigt wurden (-3,8% zu -1,1%), ist der Lohndurchschnitt für Frauen stärker gestiegen als für Männer (5,3% zu 4,8%). Im Extrem: Für die bestbezahlte Gruppe männlicher Angestellter bewegte sich der Lohndurchschnitt um 4,7%, und die Beschäftigung nahm um 3,2% zu, für die schlechtestbezahlte Gruppe weiblicher Arbeiter bewegte sich der Lohndurchschnitt um 4,6%, und die Beschäftigung nahm um 5,8% ab.

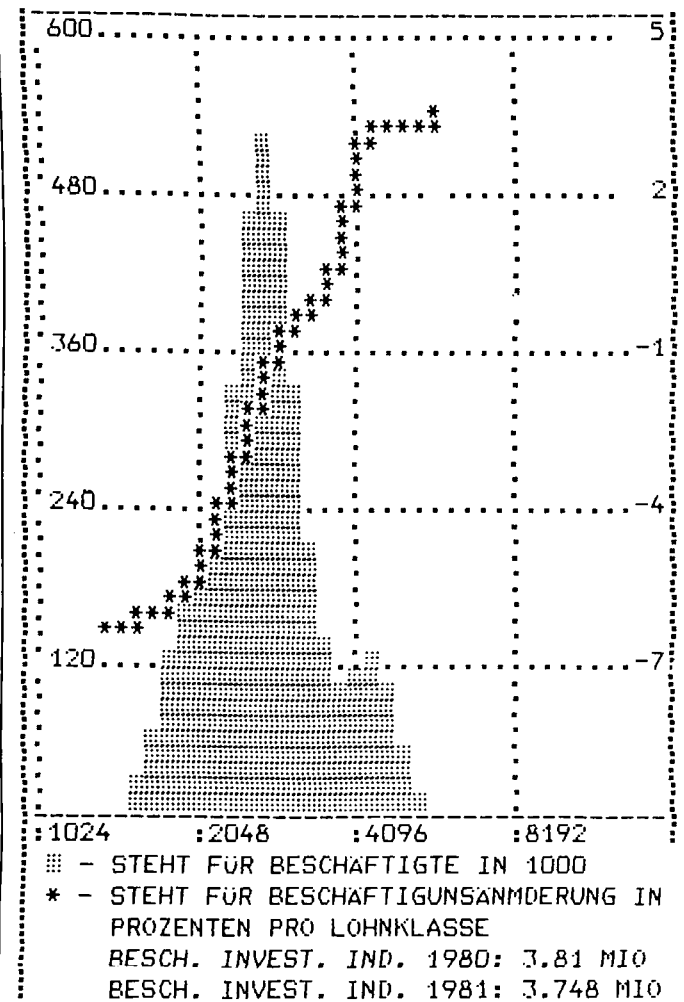
Der in der letzten Zeit ganz deutlich feststellbare Zusammenhang von Beschäftigungslage und Lohnentwicklung scheint zerrissen. Eine Tendenz der Kapitalisten, diejenigen Arbeitskräfte besser zu zahlen, die sie weniger brauchen, scheint sich auszudrücken. Verliert Deutschlands Kapital seinen Geschäftssinn? Dies ist selbstverständlich nicht der Fall.

Erstens fällt die Bewegung des Lohndurchschnitts im Ganzen hinter die Bewegung der Inflation zurück. Nicht eine gemischte Bewegung von Steigen und Fallen der Löhne und Gehälter in den verschiedenen Bereichen der Lohnskala steht zur Diskussion, sondern ein unterschiedlich geschwindes Fallen. Zweitens liegt diese Fallbewegung für viele, ja die meisten unterhalb der durch den Tarifabschluß gesetzten Marke von 4,9%, und nur für wenige ist diese Marke realisiert. Trotzdem verlangt nach einer Erklärung, wieso diese allgemeine Fallbewegung der Löhne und Gehälter nicht parallel zur Entwicklung der jeweiligen Beschäftigungslage sich zu entwickeln scheint.

Berechnet man aus der Gesamtverteilung aller Löhne und Gehälter den Lohndrift über die Lohnklassen, so erscheint die Tendenz so: Im unteren Lohnbereich liegt der Lohndrift höher als im mittleren, wenngleich niedriger als im höchsten (s. Schaubild rechte Seite). Führt man aber dieselbe Rechnung nur für männliche Arbeiter und Angestellte durch, so ergibt sich eine Parallele von Arbeitsmarktlage und Lohndrift, wie sie bekannt ist. Der Lohndrift ist dort höher, wo eingestellt wird, dort niedriger, wo entlassen wird. Führt man dieselbe Rechnung nur für die weiblichen Arbeiter und Angestellten durch, das gleiche Bild. Obwohl bedacht werden muß, daß die Unterschiede im Lohndrift nicht so groß sind, daß ganz eindeutige Beurteilungen sicher wären, spricht doch manches für die folgende Erklärung.

Die Kapitalisten entlassen nach wie vor Fertigungsarbeiter und stellen bei Angestellten um so mehr ein, je weniger deren Funktion unmittelbar mit dem Produktionsprozeß verbunden ist. Sie fangen aber gleichzeitig an, Funktionen des Arbeitsprozesses, die vorher höheren Lohn- und Gehaltsrängen zugeordnet waren, in niedrigere zu verlagern. Konkret bedeutet dies bei den Arbeitern: Verlagerung von ausgesprochenen Fach- bzw. Reparaturarbeiterfunktionen auf die verbliebenen Fertigungsarbeiter. Verlagerung von bisher von Männern wahrgenommenen Arbeitsprozessen auf Frauen. Dies hat zur Folge, daß zwar für jene Arbeitskräfte, die nun diese Arbeiten (wahrscheinlich meist zusätzlich) erledigen müssen, eine gewisse Möglichkeit zur Stabilisierung der Falltendenz ihrer Löhne besteht. Für den Kapitalisten aber besteht einfach die Möglichkeit, teuer gezahlte Arbeitskräfte durch minderbezahlte zu ersetzen. Weil über die ganze Lohnskala hin die Möglichkeit, Funktionen männlicher Beschäftigter durch weibliche Arbeitskräfte billiger zu erledigen, besteht, ergibt sich wahrscheinlich für die weiblichen Arbeitskräfte über die ganze Lohnskala hin ein Lohndrift, der über dem für männliche Arbeitskräfte liegt, wenngleich er immer noch unter der Inflationsrate und weithin auch unter dem Tarifabschluß liegt.

Der Effekt wird Kämpfe verschärfen, wie sie unter der Losung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ stattfinden, weil die Verbreitung ungleicher Bezahlung für die gleiche Arbeit dabei zunimmt.



Effektivlöhne und -gehälter in der Investitionsgüterindustrie Juli 80/Juli 81

Leistungsgruppe	Juli 80		Juli 81	
	Monatsbrutto	Beschäft. in Tsd.	Monatsbrutto	Beschäft. in Tsd.
Arbeiter, M				
LG 1	2784	1256	2888	1250
LG 2	2485	647	2585	621
LG 3	2213	184	2299	172
Zus.	2641	2086	2750	2043
Arbeiter, W				
LG 1	2182	15	2330	15
LG 2	1949	206	2026	198
LG 3	1845	314	1927	291
Zus.	1892	535	1979	504
Alle Arbeiter	2490	2621	2594	2549
Angestellte, M				
LG 2	4372	413	4578	426
LG 3	3334	401	3487	402
LG 4	2553	70	2693	68
LG 5	2151	4	2263	3
Zus.	3751	888	3940	899
Angestellte, W				
LG 2	3675	22	3844	23
LG 3	2739	119	2876	120
LG 4	2115	147	2224	144
LG 5	1719	14	1802	13
Zus.	2457	301	2591	300
Alle Angest.	3423	1189	3603	1199

GEMEINDEARBEITER BMT-IV; EIN KIND

:Jahr	Monat	: Brutto	Netto	Kaufkr.1/80
:78	Jan.	: 1775	1244	1343
:	Feb.	: 1775	1244	1336
:	März	: 1775	1244	1333
:	Apr.	: 1775	1244	1329
:	Mai	: 1775	1244	1326
:	Juni	: 2087	1413	1503
:	Juli	: 2003	1369	1459
:	Aug.	: 1853	1287	1372
:	Sept.	: 1853	1287	1374
:	Okt.	: 1853	1287	1372
:	Nov.	: 3756	2377	2529
:	Dez.	: 1853	1287	1363

:Summe der Kaufkraft: 17639

:79	Jan.	: 1853	1303	1367
:	Feb.	: 1853	1303	1362
:	März	: 1853	1303	1356
:	Apr.	: 1853	1303	1347
:	Mai	: 1853	1303	1345
:	Juni	: 2143	1476	1515
:	Juli	: 2260	1540	1570
:	Aug.	: 1960	1368	1393
:	Sept.	: 1960	1368	1390
:	Okt.	: 1960	1368	1386
:	Nov.	: 3970	2527	2553
:	Dez.	: 1960	1368	1375

:Summe der Kaufkraft: 17959

:80	Jan.	: 1960	1366	1366
:	Feb.	: 1960	1366	1351
:	März	: 1960	1366	1343
:	Apr.	: 1960	1366	1335
:	Mai	: 1960	1366	1330
:	Juni	: 2444	1632	1580
:	Juli	: 2381	1600	1547
:	Aug.	: 2081	1436	1387
:	Sept.	: 2081	1436	1387
:	Okt.	: 2081	1436	1385
:	Nov.	: 4211	2712	2600
:	Dez.	: 2081	1436	1369

:Summe der Kaufkraft: 17980

:81	Jan.	: 2081	1435	1356
:	Feb.	: 2081	1435	1346
:	März	: 2081	1435	1337
:	Apr.	: 2081	1435	1329
:	Mai	: 2081	1435	1324
:	Juni	: 2432	1635	1500
:	Juli	: 2503	1673	1529
:	Aug.	: 2203	1509	1374
:	Sept.	: 2203	1509	1368
:	Okt.	: 2203	1509	1361
:	Nov.	: 4456	2863	2565
:	Dez.	: 2203	1509	1344

:Summe der Kaufkraft: 17733

:82a	Jan.	: 2203	1506	1332
:	Feb.	: 2203	1506	1322
:	März	: 2203	1506	1315
:	Apr.	: 2203	1506	1307
:	Mai	: 2203	1506	1303
:	Juni	: 2722	1788	1541
:	Juli	: 2633	1744	1498
:	Aug.	: 2333	1582	1356
:	Sept.	: 2333	1582	1350
:	Okt.	: 2333	1582	1343
:	Nov.	: 4716	2967	2510
:	Dez.	: 2333	1582	1329

:Summe der Kaufkraft: 17506

:82B	Jan.	: 2185	1496	1323
:	Feb.	: 2185	1496	1313
:	März	: 2185	1496	1307
:	Apr.	: 2185	1496	1299
:	Mai	: 2185	1496	1294
:	Juni	: 2185	1496	1290
:	Juli	: 2485	1667	1432
:	Aug.	: 2185	1496	1282
:	Sept.	: 2699	1777	1516
:	Okt.	: 2313	1570	1333
:	Nov.	: 4677	2951	2497
:	Dez.	: 2313	1570	1319

:Summe der Kaufkraft: 17205

KRANKENSCHWESTER KR IV; EIN KIND

:Jahr	Monat	: Brutto	Netto	Kaufkr.1/80
:78	Jan.	: 2030	1383	1494
:	Feb.	: 2030	1383	1486
:	März	: 2030	1383	1482
:	Apr.	: 2030	1383	1478
:	Mai	: 2030	1383	1474
:	Juni	: 2383	1560	1660
:	Juli	: 2268	1506	1606
:	Aug.	: 2118	1430	1525
:	Sept.	: 2118	1430	1526
:	Okt.	: 2118	1430	1525
:	Nov.	: 4286	2658	2828
:	Dez.	: 2118	1430	1515

:Summe der Kaufkraft: 19599

:79	Jan.	: 2118	1462	1534
:	Feb.	: 2118	1462	1528
:	März	: 2118	1462	1521
:	Apr.	: 2118	1462	1512
:	Mai	: 2118	1462	1509
:	Juni	: 2446	1637	1681
:	Juli	: 2542	1683	1716
:	Aug.	: 2242	1531	1559
:	Sept.	: 2242	1531	1556
:	Okt.	: 2242	1531	1551
:	Nov.	: 4535	2819	2847
:	Dez.	: 2242	1531	1539

:Summe der Kaufkraft: 20053

:80	Jan.	: 2242	1528	1528
:	Feb.	: 2242	1528	1511
:	März	: 2242	1528	1502
:	Apr.	: 2242	1528	1494
:	Mai	: 2242	1528	1488
:	Juni	: 2790	1796	1739
:	Juli	: 2679	1745	1688
:	Aug.	: 2379	1599	1545
:	Sept.	: 2379	1599	1545
:	Okt.	: 2379	1599	1542
:	Nov.	: 4809	3024	2899
:	Dez.	: 2379	1599	1524

:Summe der Kaufkraft: 20005

:81	Jan.	: 2379	1606	1518
:	Feb.	: 2379	1606	1507
:	März	: 2379	1606	1497
:	Apr.	: 2379	1606	1487
:	Mai	: 2379	1606	1482
:	Juni	: 2777	1812	1662
:	Juli	: 2825	1835	1677
:	Aug.	: 2525	1685	1535
:	Sept.	: 2525	1685	1528
:	Okt.	: 2525	1685	1519
:	Nov.	: 5101	3208	2875
:	Dez.	: 2525	1685	1500

:Summe der Kaufkraft: 19787

:82a	Jan.	: 2525	1688	1492
:	Feb.	: 2525	1688	1482
:	März	: 2525	1688	1474
:	Apr.	: 2525	1688	1465
:	Mai	: 2525	1688	1460
:	Juni	: 3115	1976	1703
:	Juli	: 2973	1909	1640
:	Aug.	: 2673	1764	1512
:	Sept.	: 2673	1764	1505
:	Okt.	: 2673	1764	1497
:	Nov.	: 5396	3318	2807
:	Dez.	: 2673	1764	1482

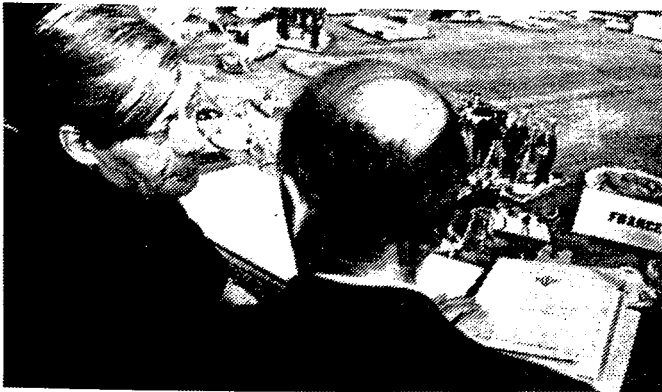
:Summe der Kaufkraft: 19519

:82b	Jan.	: 2506	1678	1484
:	Feb.	: 2506	1678	1473
:	März	: 2506	1678	1466
:	Apr.	: 2506	1678	1457
:	Mai	: 2506	1678	1452
:	Juni	: 2506	1678	1447
:	Juli	: 2806	1829	1571
:	Aug.	: 2506	1678	1438
:	Sept.	: 3091	1964	1676
:	Okt.	: 2652	1752	1487
:	Nov.	: 5354	3296	2788
:	Dez.	: 2652	1752	1472

:Summe der Kaufkraft: 19211

EG-Gipfel

Westdeutsche „Initiative“ zwecks Neuordnung Europas



Ob Agrarpolitik, Fischereipolitik, Stahl ... — die Widersprüche zwischen den staatlich organisierten Kapitalistengruppen in der EG sind angespannt. Die BRD fühlt sich berufen, „zentrifugalen Kräften ... entgegenzuwirken und das europäische Einigungswerk wieder auf seine politische Finalität auszurichten“. Und wenn sie nicht willig sind? So weit jedenfalls ist das bisherige „Einigungswerk“ gediehen, daß es an Zwangsmitteln nicht fehlt.

Stahlkrise

Kapitalisten rationalisieren und entlassen, Forderungen der IG Metall

Die westdeutsche Rohstahlproduktion wird 1981 auf voraussichtlich 41 Mio. t sinken (1979: 46 Mio. t). Die US-Stahlkonzerne suchen mit einer Dumpingklage die Stahlimporte v.a. aus der EG einzudämmen; die Konkurrenz auf dem Weltstahlmarkt ist härter denn je. Durch staatlich geförderte Investitionen und beschleunigte Zentralisation wollen die westdeutschen Stahl-

kapitalisten ihre Schlagkraft stärken: Hoesch, Krupp und die Salzgitter AG erwägen die Fusion. Angesichts weiterer Massenentlassungen fordert die IG Metall regionale Förderungsprogramme. Förderungsprogramme verlangen die Kapitalisten auch. Entscheidend sind die Auflagen, die damit verbunden sind bzw. nach dem Willen der IGM verbunden werden sollen.



DGB-Kulturinitiative Frankfurt

Munter gegen die Reaktion



Ob NATO-Hitparade mit dem neuesten „Bomben-Hit“: „Marmorstein und Eisen bricht nicht, wenn die Neutronenbombe zischt ...“, oder zur 1.-Mai-Feier die Rede eines Gewerkschaftssekretärs für Arbeitsplatzbeschaffung bei der Polizei durch mehr Kernkraftwerke und Startbahn West, oder in der Szene von der „Unterdrückung des Man-

nes durch die Frau“, ob die Anhörung Adolf Hitlers als Bewerber für den Öffentlichen Dienst in der BRD, oder als neueste Produktion das Ballett der Frankfurter Knüppelgarde, die Theater- und Kulturgruppe des DGB-Kreises Frankfurt greift in allen ihren Stücken die Reaktion und rückschrittliche Tendenzen in den eigenen Reihen an.

Italien

Arbeiterbewegung ringt um Programm gegen Krisenfolgen

In diesem Herbst haben die drei Gewerkschaftsbünde ihre Kongresse abgehalten, als letzte jetzt der CGIL. Die Gewerkschaften müssen einen Weg aus der schwierigen Lage finden, in der die Arbeiterbewegung steckt: fortwährende Angriffe auf den Lohn, Massenarbeitslosigkeit, rasende Teuerung. Die Richtungsgewerkschaften waren in den letzten Monaten zerstritten wie lange nicht mehr. Welche Ansätze zur Einheit gibt es?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich, Preis 2,- DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 517376

Sie erscheinen im

Verlag GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel 0221/ 517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement incl. Versand 29,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 58,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement incl. Versand 40,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 80,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement incl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel: 0221/ 517457